Donnerstag, 2. Januar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 1 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anschläge: Mit Befriedigung wurden in Israel Stellungnahmen aus Washington aufgenommen, wonach die US-Regierung Verständnis für einen möglichen israelischen Vergeltungsschlag für die Attentate von Rom und Wien hätte. Auch die USA arbeiten an Eventualplänen für militärische Aktionen gegen Terroristen, die auch Luftangriffe gegen Ziele in Libyen einschließen. (S. 10)

Synagoge: Die französische Polizei hat mit der Verhaftung von zwei Portugiesen und einem Ägypter einen neuen Anschlag auf eine Pariser Synagoge verhindert, die bereits vor fünf Jahren Ziel eines Attentats war. Die drei haben gestanden, den Anschlag im Auftrag einer Palästinenserorganisation vorbereitet zu haben.

Nahost: Ohne ein gemeinsames Kommuniqué und offenbar ohne Einigung in wesentlichen Fragen ist der Staatsbesuch des jordanischen Königs Hussein in Syrien zu Ende gegangen.

Neuregelung: Aus der Bundesrepublik können künftig Päckchen bis zu zwei Kilogramm Gewicht für ein Porto von 7,80 Mark in 58 Länder der Erde verschickt werden. Bisher lag bei den meisten Ländern das Höchstgewicht zwischen 500 und 1000 Gramm.

Libanon: Der zwischen den Bürgerkriegsparteien vereinbarte Waffenstillstand ist noch am Tag des Inkrafttretens gebrochen worden. Nach einem offensichtlichen Mordanschlag auf Präsident Amin Gemayel entbrannten im christlich kontrollierten Ost-Beirut heftige Kämpfe, bei denen zwölf Personen getötet wurden.

Verstärkung: Rund 2000 sowjetische Militärberater sind nach einem Bericht der halbamtlichen Kairoer Zeitung „Al Ahram" in Libyen eingetroffen, um Abschußbasen für Luftabwehrraketen Sam-5 zu bedienen, die Moskau vor kurzem geliefert hatte.

Haiti: Präsident Duvalier hat die vier wichtigsten Minister und den Chef der Staatspolizei aus ihren Ämtern entfernt und eine umfassende Kabinettsumbildung vorgenommen. Ihre Posten verloren die Minister für Inneres und Verteidigung, für Wirtschaft und Finanzen, für Justiz und Bildung sowie der Minister für Außenpolitik und Soziales.

Protest: Unter den Studenten in der Universitätsstadt Xinjiang im Nordwesten Chinas ist es zum drittenmal binnen eines Monats zu Protesten gegen chinesische Atomversuche gekommen, bestätigte die Regionalregierung.

ZITAT DES TAGES



» Die Mauer erinnert uns greifbar daran, daß die demokratischen Freiheiten, die wir im Westen als unser ureigenstes Recht hochachten, vom Osten als Bedrohung betrachtet werden «

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher in einer Neujahrsbotschaft an die Zeitung „Berliner Morgenpost" (S. 4)
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Währung: Der US-Dollar beginnt das neue Jahr mit einer Schwächephase. Der amtliche Mittelkurs wurde am Dienstag mit 2,4613 (2,4617) festgestellt. Das ist der niedrigste Kurs seit Mitte Mai 1983. Im Vergleich zum Jahresschlußkurs 1984 von 3,1480 DM fiel der Dollar 1985 um knapp 22 Prozent.

Postzusteller: Die auch in Europa tätige private amerikanische Postzustellgesellschaft United Parcel Service hat mit Boeing ein Vorabkommen über den Kauf von 20 Frachtflugzeugen vom Typ 757-200 PF abgeschlossen und Optionen auf 15 weitere Maschinen aufgenommen. Die Flotte soll es UPS ermöglichen, den Transport von Brief- und Paketsendungen zwischen den USA und Europa wesentlich auszuweiten.

Autoindustrie: Der Marktanteil der Japaner bei neuzugelassenen Pkw und Kombi in der Bundesrepublik hat sich nach Schätzungen der neun japanischen Hersteller 1985 mit 310 000 Einheiten auf 13 von 12 Prozent im Vorjahr erhöht.

US-Handelsbilanz: 1985 gab es wie erwartet ein neues Rekorddefizit. In den ersten elf Monaten erreichte das Defizit 131,8 und als Jahresrate 143,8 Milliarden Dollar, verglichen mit 123,3 Milliarden im Gesamtjahr 1984. (S. 11)

KULTUR

Film: Der amerikanische Filmproduzent Sam Spiegel ist im Alter von 81 Jahren während eines Karibik-Urlaubs gestorben. Zu den bekanntesten Produktionen des gebürtigen Österreichers gehören „African Queen", „Die Faust im Nacken", „Die Brücke am Kwai" und „Lawrence von Arabien". (S. 17)

Museen: In wachsendem Maße erliegen die Kommunen der Verlockung, an den Museumseingängen die „öffentliche" Hand aufzuhalten. Dabei schneiden sie sich jedoch meist ins eigenen Fleisch, wie eine Untersuchung zeigt. Wird Eintrittsgeld eingeführt oder erhöht, gehen die Besucherzahlen spürbar zurück. (S. 17)

SPORT

Ski: Sieger des Garmischer Neujahrs-Springens wurde Pavel Ploc (CSSR) vor Vettori (Österreich) und Ulaga (Jugoslawien). Bester Deutscher war der 16jährige Dieter Thoma (Platz 10).

Leichtathletik: Der Brasilianer José João da Silva gewann erneut den internationalen Silvesterlauf von São Paulo über 12,6 km. Als bester deutscher Läufer belegte Christoph Herle Rang neun. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Glenn Miller: Die Mutmaßungen über die Umstände des Todes des Bandleaders sind um eine Version bereichert worden. Danach verursachte ein Bomben-Notabwurf eines britischen Bomberverbands über dem Ärmelkanal 1944 den Absturz des leichten Flugzeugs, mit dem Miller nach Frankreich fliegen wollte. (S. 18)

Programm: Sechs bis acht Millionen Deutsche haben einen zu hohen Blutdruck. Die meisten wissen nichts davon. Mit einer bundesweiten Aktion wird jetzt versucht, die Gefahren des Bluthochdrucks einzudämmen. (S. 6)

Wetter: Schneefall oder Regen. Minus 4 bis plus 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Moskau zögert, sich auf Gipfel-Termin festzulegen

Reagan beschwört in seiner Rede an das sowjetische Volk den „Geist von Genf"

DW. Washington/Moskau

Das spektakulärste Ereignis seit dem Gipfeltreffen von Genf im November 1985 – der Austausch von Neujahrsbotschaften Präsident Reagans und Kreml-Chef Gorbatschows – war auf amerikanischer Seite von einer Konzentration auf das Positive geprägt. Vertreter des Präsidialamtes versicherten bereits mehrere Stunden vor der geplanten Ausstrahlung der als historisch empfundenen Rede an das sowjetische Volk, der Präsident wolle den „Geist von Genf" wachhalten. In Moskau hatte KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in seiner ersten Neujahrsansprache an die Bürger der UdSSR einen Einblick in sein Konzept für die Rede an die Amerikaner gegeben. Gorbatschow stellte die Gemeinsamkeits-Theorie heraus: „Die Völker der Welt befinden sich im Atomzeitalter in einem Boot." Es sei äußerst unverantwortlich, dieses Boot durch militärisches Abenteurertum zu erschüttern. Dabei bezog er sich nicht direkt auf die Vereinigten Staaten, er ließ nur durchblicken, daß Washington seiner Meinung nach eine militärische Überlegenheit anstrebe.

Die Botschaft Reagans an das sowjetische Volk und die entsprechende Rede des Kreml-Führers an die Menschen in den USA sollten gestern abend zeitgleich in beiden Ländern ausgestrahlt werden. Reagan hatte sich seit langem um eine Gelegenheit bemüht, *direkt zur sowjetischen* Bevölkerung sprechen zu können. Zum letzten Mal war dies Richard Nixon im Jahre 1972 möglich gewesen, und zwar während eines Besuchs in der Sowjetunion.

Die Video-Aufnahme der Reagan-Rede wurde der sowjetischen Botschaft in Washington übergeben. Die Aufzeichnung der Gorbatschow-Botschaft wurde den amerikanischen Diplomaten in Moskau zur Weiterleitung in die USA übermittelt.

Begleitet wurde der neue amerikanisch-sowjetische „Dialog" von Meldungen, daß die Sowjetunion „ernste Vorbehalte" gegen eine weitere Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow schon im Juni habe. Die „Washington Post" berichtete, sowjetische Diplomaten häten über Botschafter Anatoli Dobrynin „informell" vorfühlen lassen, ob die Amerikaner an einer Begegnung im September Interesse hätten. Beamte des US-Außenministeriums wurden von dem Blatt mit der Bemerkung zitiert, das Treffen im Juni sei damit „sehr viel weniger wahrscheinlich" geworden. Im Weißen Haus hieß es, derzeit sei ein Besuch Gorbatschows in Washington Anfang September wahrscheinlicher.

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" berichtete, daß nach dem Genfer Gipfel zahlreiche Amerikaner in Briefen an Gorbatschow die „sowjetischen Friedensinitiativen" unterstützt hätten. „Viele Amerikaner sagen, daß sie mit Ungeduld auf den US-Besuch von M.S. Gorbatschow warten." Für viele Menschen in den USA sei der Genfer Gipfel zum Symbol für die Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs geworden.

Der ehemalige amerikanische Aussenminister Alexander Haig hat vor der Auffassung gewarnt, das nächste Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow müsse zu Fortschritten in den Ost-West-Beziehungen führen. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CNN sagte Haig, dadurch werde der Präsident zum Nachteil des Westens unter Druck gesetzt.

DER KOMMENTAR

Auf Sendung

JÜRGEN LIMINSKI

Wie viele Amerikaner zwischen Arizona und Maine von der Neujahrsbotschaft Michail Gorbatschows beeindruckt waren und wie viele Russen oder Usbeken jene von Präsident Reagan sahen oder hörten, wissen wir nicht – die Botschaft selbst war das Ereignis. Gewiß hat der Grußaustausch den Eisernen Vorhang nicht durchlässiger gemacht, aber es darf eine vertrauensbildende Maßnahme genannt werden, falls Ronald Reagan unzensiert in sowjetische Wohnstuben gelangt sein sollte.

Der „gute Geist von Genf" ist ein ehrfurchtgebietender Vorsatz *der Weltpolitik. Mit den zweimal* fünf Fernsehminuten wird daran erinnert, daß der Dialog der Weltmächte eine Daueraufgabe ist, ständig von der Gefahr der Blässe bedroht. Angesichts der gegenseitigen Vorwürfe zu Vertrags- und Menschenrechtsverletzungen erfahren Sowjetbürger, daß Ronald Reagan ein Mann des guten Willens ist, was sie überraschen muß. Zur Wirklichkeit, die mehr ist als einige Grußworte, gehören Nicaragua, Afghanistan und viele andere Gegenden der Welt, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Den Geist von Genf anzurufen ist im Moment für Gorbatschow wahrscheinlich wichtiger als für Reagan. Der KP-Chef spricht nicht nur aus dem Tele-Fenster in Richtung Westen. Er hat auch seinen Kreml im Blick. In sieben Wochen wird er vor seinem Parteitag Rede und Antwort stehen müssen. Da mag ihm der Geist von Genfer Kaminen lieber sein als der kalte Hauch von Kabul. Gorbatschow braucht Zeit. Zum nächsten Treffen mit Reagan will er innenpolitisch konsolidiert und wirtschaftlich gestärkt anreisen, weshalb dieses Treffen auf Wunsch Moskaus in den Spätsommer verschoben werden soll.

Reagan kann zwar damit rechnen, daß Amerika die Sowjetunion technologisch weiter abhängt. Aber er hat zu berücksichtigen, daß auch bei ihm der Erwartungsdruck steigt. Die allgemeine Erwartung im Westen lautet, daß sich der Geist von Genf in Washington materialisiert. Dazu müßte man täglich auf Sendung gehen und nicht nur am Neujahrstag.

Bleifrei ist jetzt billiger als Normal

Wer nicht umweltschonend fährt, muß tiefer in die Tasche greifen / Andere Steuersätze

HEINZ HORRMANN, Bonn

Der Neujahrstag 86 wurde für 26 Millionen Autofahrer in der Bundesrepublik Deutschland zum einschneidenden Datum: Die, die nicht umweltschonend fahren, müssen von jetzt an tiefer in die Tasche greifen. So gelten seit gestern die erhöhten Steuersätze für nicht schadstoffarme Neuwagen von 21,60 Mark je 100 Kubik (bisher 14,40 Mark).

Zugleich ist von sofort an das bleifreie Benzin billiger als der Normalsprit. Ein Grund mehr, schadstoffarme Autos zu kaufen oder wenigstens im Rahmen der Möglichkeiten mit bleifreiem Kraftstoff zu fahren. Generell können damit alle Normalbenzin-Motoren betankt werden, die nicht älter als fünf Jahre sind. Im *Zweifel gibt die Werkstatt Auskunft.*

Autos, die Super benötigen, brauchen zumindest das Eurosuper (95 ROZ). Doch hier sind vorher meistens Eingriffe am Triebwerk notwendig, weil die Oktanzahl deutlich niedriger ist.

Nach einer Umfrage der WELT liegt zum Jahresbeginn der Durchschnittspreis für den Liter Benzin bei 129,9 Pfennig, das Super bei 136,9. Der bleifreie Normalkraftstoff ist jetzt am billigsten: 128,9 Pfennig.

Es ist wahrscheinlich, daß im Laufe des Jahres dieser Preis noch einmal sinken wird. Damit würde der Anreiz für Käufer eines Katalysatormodells oder für Leute, die ihr Auto schadstoffarm nachrüsten wollen, neben der Steuerersparnis noch einmal steigen.

Etwa 5000 Tankstellen bieten inzwischen den Sprit ohne Schwermetall an, rund die Hälfte davon auch Eurosuper.

Das System der steuerlichen Förderung umweltfreundlicher Automobile ist auf den ersten Blick immer noch verwirrend. Für diese gibt es, wenn sie in diesem Jahr gekauft werden, einen Nachlaß in der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 2200 Mark (mehr als 1,4 Liter Hubraum) und bis zu 750 Mark (weniger als 1,4 Liter).

2200 Mark bedeuten, daß beispielsweise ein 1,8 Liter-Mittelklassewagen fünf Jahre und acht Monate steuerfrei fährt. Auch nach dieser begünstigten Zeit bleibt der „saubere" Wagen im Vorteil.

Er wird dann mit 13,20 Mark pro 100 Kubikzentimeter besteuert, während der Satz für normale Gebrauchtwagen auf 18,80 Mark steigt (der Satz für neuzugelassene Autos liegt noch einmal 2,80 höher).

Nach anfänglichen Problemen wächst das Angebot an Nachrüstmöglichkeiten für Altfahrzeuge. Die Kosten sind heute oft niedriger als der damit verbundene Steuergewinn.

„Geregelte" Katalysatoren kommen allerdings für die Autos älterer Baujahre kaum in Frage, wohl aber die kleinen „ungeregelten" Schadstoffumwandler, die schon für 600 Mark angeboten werden. Der Einbau ist relativ problemlos.

General Jaruzelski beschuldigt die Opposition in Polen

DW. Warschau

Die politische Opposition in Polen ist von Staats- und Parteichef Jaruzelski beschuldigt worden, in fremdem Auftrag zu handeln. „Jeder ehrliche polnische Patriot" müsse diejenigen verurteilen, die bewußt oder unbewußt in fremdem Auftrag handeln, die Idee der Verständigung und Normalisierung untergrüben, sagte der General in einem von Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlten Interview.

Der Staats- und Parteichef bemühte sich darum, den Eindruck einer „Normalisierung" im Lande zu erwecken. Polen, so meinte er, sei auch auf der internationalen Bühne wieder ein anerkannter Partner. Seine Aussagen über die „Fortschritte" in der „Normalisierung" stehen in Widerspruch zu Kommentaren Warschauer Zeitungen, in denen ausdrücklich auf das Gefühl der politischen Ohnmacht in der Bevölkerung hingewiesen wird.

Seite 10: Warschauer Warnungen

Glotz: Schlacht um Bonn findet 1987 statt

DW. Bonn

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, stützt offenbar die These des Wahlkampfmanagers von Johannes Rau, Bodo Hombach, daß 1987 die letzte Chance für die SPD sei, in diesem Jahrhundert in Bonn an die Macht zu kommen. Glotz kündigte in einem Interview der „Bild"-*Zeitung jetzt an, die SPD-Parteibasis* darauf einzustimmen, daß „die große Schlacht um Bonn 1987 stattfindet".

Der SPD-Politiker hofft, daß die Grünen der SPD beim Erreichen der absoluten Mehrheit helfen werden. Viele Wähler der Grünen würden bei der nächsten Bundestagswahl für die SPD stimmen. Wenn die Grünen bei ihren radikalen Positionen – „sie verteufeln die Bundesrepublik als Polizeistaat, fordern den Austritt aus der NATO, streiten sich wie die Kesselflicker" – blieben, würden sie 1987 nicht mehr in den Bundestag gewählt, prophezeite Glotz.

Kreml macht Rumänien Vorhaltungen

Bukarester Medien verschweigen scharfe Attacken Schewardnadses gegen Shultz-Besuch

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwischen dem rumänischen Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu und der Kreml-Führung unter Michail Gorbatschow ist es in den letzten Tagen des alten Jahres wieder zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Außenminister Ilie Vaduva mußte sich während eines Moskau-Aufenthalts heftige Vorwürfe seines sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse wegen des jüngsten Bukarest-Besuchs von US-Außenminister George Shultz anhören.

Während einer Tischrede, deren Text bezeichnenderweise von den rumänischen Medien nicht veröffentlicht wurde, richtete Schewardnadse heftige Attacken gegen die Regierung *Reagan und auf den US-Außenminister.* In Anspielung auf die Shultz-Rede in Berlin erklärte er, es sei vollkommen unakzeptabel, daß die USA die Nachkriegsgrenzen in Europa in Frage stellen wollten. Zur Abwehr der amerikanischen Kampagne, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet sei, müßten diese eine „Einheitsfront" bilden.

Kam es während des rumänischen Außenministerbesuchs in Moskau bereits zu keinem gemeinsamen Kommuniqué mit den sowjetischen Gastgebern, so wurden die Konflikte zwischen Bukarest und dem Kreml noch deutlicher, als Parteichef Ceausescu vor dem politischen Exekutivkomitee der rumänischen KP zu den Resultaten des jüngsten Moskauer Technologie-Gipfels der RGW-Staaten Stellung bezog (WELT v. 30.12.85). Auffallend ist, daß die rumänischen Medien eine Rede des Bukarester Regierungschefs Dascalescu in Moskau, in der er das sowjetische Technologie-Programm positiv würdigte und die Einbeziehung der rumänischen Forschungsinstitute zugesagt hatte, mit absolutem Schweigen übergingen, während die sowjetische „Iswestija" den rumänischen Ministerpräsidenten ausführlich zitierte.

Demgegenüber gab Ceausescu in seiner Bilanz deutlich seiner Unzufriedenheit mit den Moskauer Technologie-Plänen Ausdruck. Man könne das Technologie-Problem nicht lösen, wenn nicht das Rohstoff-Problem innerhalb des RGW (Comecon) gelöst werde. Auch bei der bisherigen Zusammenarbeit innerhalb des RGW seien „nicht alle Abmachungen mit Leben erfüllt worden". Ferner betonte Ceausescu, die technologische Zusammenarbeit der RGW-Staaten auf der Grundlage des in Moskau beschlossenen Programms dürfe keinesfalls zu einer Isolierung Rumäniens von anderen Staaten – auch nicht von den „entwickelten kapitalistischen Ländern" – führen. Rumänien ist das einzige Ostblock-Land, das bis heute keinen bilateralen Vertrag mit der Sowjetunion über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet hat.

1985 – Börsenjahr der Superlative

DW. Frankfurt

Für die Aktionäre war 1985 ein Jubeljahr. Das Kursniveau an der deutschen Börse ist, gemessen am Aktienindex der WELT, um 70 Prozent geradezu explodiert. Die Erwartungen in einen fortgesetzten Aufwärtstrend sind auch für das Börsenjahr 1986 optimistisch. Doch die Entwicklung des Kursniveaus hängt davon ab, ob die ausländischen Anleger dem deutschen Aktienmarkt treu bleiben. Immerhin waren Ausländer im vergangenen Jahr die bedeutendste Anlegergruppe. Der ausländische Drang an den deutschen Aktienmarkt spiegelt die günstige Einschätzung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft ebenso wider wie das Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Seite 13: Die Risiken nehmen zu

Neue Runde gegen Wackersdorf

DW. Wackersdorf

Atomkraftgegner in der Bundesrepublik haben 1986 zum „Anti-WAA-Jahr" erklärt und damit eine neue Runde im Kampf gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf eingeläutet. Zum Jahreswechsel erhoben sie gleichzeitig schwere Vorwürfe gegen die Polizei. Ihr Vorgehen bei der Räumung des WAA-Baugeländes am 16. Dezember – so ein Sprecher der Bürgerinitativen gegen Wackersdorf – sei ohne Rechtsgrundlage gewesen.

Auch zu Beginn dieses Jahres halten Atomkraftgegner das Baugelände der Anlage in Wackersdorf „besetzt". Sie leben in einem Hüttendorf. Die Grünen sprechen von 400 „Bewohnern".

Seite 4: Abenteuer-Spielplatz

Hoffnung auf Ende des Schießbefehls?

Staatssekretär Hennig: Dann kann die Erfassungsstelle Salzgitter geschlossen werden

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesregierung erwartet für 1986 substantielle Änderungen im innerdeutschen Verhältnis, insbesondere die Aufhebung des Schießbefehls. Der Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, rief zum Jahreswechsel im Deutschlandfunk in Erinnerung, daß „1984 diese Todesautomaten weggekommen. 1985 sind die Minen weggekommen." Und er fuhr dann fort: „Wenn 1986 auch der Schießbefehl weg ist, dann können wir Salzgitter zumachen", die zentrale Erfassungsstelle, deren Auflösung – neben der Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft, der Elbgrenze-Regelung und der Umwandlung der Ständigen Vertretungen *in Botschaften – zu den* „Geraer Forderungen" von SED-Chef Honecker gehört.

Hennigs Äußerungen sind als Signal an Ost-Berlin zu verstehen, denn er ergänzte, wenn man '86 vom Schießbefehl wegkomme, „machen wir Salzgitter zu. Das ist ein Zusammenhang, den man drüben sehen muß, wenn man von Gera spricht." Und: „Ich hoffe, daß sich hier ein größerer Spielraum ganz konkret zum Ausdruck bringen läßt." Man arbeite dafür, daß die Grenze „ein bißchen menschlicher wird. Dazu gehört, *daß man auch mit dem Finger* am Drücker das nicht mehr macht, sondern sich eben wirklich auf andere Sperrmaßnahmen – die inzwischen perfektioniert sind – beschränkt."

Nicht nur wegen der Entfernung von Todesautomaten und Minen zog der Staatssekretär eine „relativ positive" Bilanz der innerdeutschen Entwicklung. Er verwies auch auf die Aushandlung des Kulturabkommens, bei der sich „der größere Spielraum dargetan" habe, und auf die Chance für ein Umweltschutzabkommen 1986 sowie den „hervorragend laufenden" Jugendaustausch und die „gut aussehende" Bilanz der Übersiedler. Bereits zum 1. Dezember „haben wir 21 000 gehabt. Wir liegen also fast um das Doppelte über der langfristigen Durchschnittszahl."

Positive Erwartungen an die innerdeutsche Entwicklung äußerten auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel und Bundestagspräsident Philipp Jenninger, der von dem Bemühen sprach, „die Beziehungen weiter zu normalisieren". Der Vorsitzende des innerdeutschen Bundestagsausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), formulierte in der „Bild"-Zeitung seine Forderungen an die „DDR". Reddemann: „Die DDR muß ihre politischen Prozesse einstellen. Menschen dürfen nicht weiter *wegen ihrer Gesinnung verhaftet* werden. SED-Chef Honecker muß jedem Einwohner erlauben, mindestens einmal im Jahr in die Bundesrepublik zu reisen".

Seite 2: Seltsames Tauschangebot

Mit Spanien und Portugal in die Europäische Union?

Stavenhagen zur WELT: EG jetzt größte Handelsmacht

DW. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Erwartung geäußert, daß die Beitritte Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar dem europäischen Zusammenschluß Impulse geben wird. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen, wies gegenüber der WELT daraufhin, daß die Gemeinschaft mit „dieser zweiten Süderweiterung zur größten Handelsmacht der Welt" geworden ist.

Der Beitritt Spaniens und Portugals mit ihren zusammen rund 50 Millionen Einwohnern bedeutet nicht nur das Ende einer langjährigen Isolierung der Iberischen Halbinsel vom übrigen Europa, sondern besiegelt auch die Rückkehr der beiden Länder zur Demokratie. Innerhalb der Gemeinschaft verleihen die beiden *Neumitglieder dem Mittelmeerraum* mehr Gewicht in der bisher eher „nordlastigen" Gemeinschaft. Die EG erhofft sich auf Grund der historisch engen Bindungen Spaniens und Portugals zu Lateinamerika eine Verbesserung ihrer Kontakte nach Südamerika.

Die 60 Europa-Abgeordneten Spaniens und Portugals werden bei der nächsten Plenarsitzung am 13. Januar in das Straßburger Parlament einziehen. Morgen wird sich die um drei Vertreter – zwei spanische und einen portugisischen – erweiterte Europäische Kommission unter Leitung von Jacques Delors treffen und die notwendig gewordene Umverteilung der Ressorts diskutieren.

Die Entscheidung zur Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft war umstritten und kam erst nach achtjährigen, zähen Verhandlungen zustande. Während die Industrie in der Erweiterung des EG-Marktes eine Chance für die Steigerung des Absatzes ihrer Produkte sieht, fürchten vor allem die Landwirte eine drastische Verschlechte*rung durch die neue Konkurrenz. Als* sicher gilt, daß die reicheren Länder der Gemeinschaft, die Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich, künftig mehr in den gemeinsamen Topf zahlen müssen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seltsames Tauschangebot

Von Peter Philipps

Staatssekretär Ottfried Hennig aus dem Innerdeutschen Ministerium hat in mehr als nonchalanter Form unerwartete Horizonte in der Deutschlandpolitik aufgezeigt: Zum einen erweckt er sehr konkret die Erwartung, daß das neue Jahr endlich das Ende des Schießbefehls bringt, zum anderen salviert er die mit anderen Mitteln undurchdringlich gemachte, „inzwischen perfektionierte" (wie er selbst sagt) Sperranlage mitten durch Europa.

In der Tat könnten wenige Maßnahmen eine qualitative Veränderung der Lage in Deutschland so deutlich werden lassen wie die Aufhebung des Befehls, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen, wie es Lothar Loewe einst nannte. Wenn der Staatssekretär hier Erwartungen weckt, wird dies hoffentlich mehr als nur ein Versuchsballon sein.

Doch wieso folgt daraus, daß die Bundesregierung ein Gaudeamus darüber anstimmen muß, daß sich Honecker „auf andere Sperrmaßnahmen beschränkt", die mit ungeheurem technischen Aufwand die innerdeutsche Grenze immer dichter werden lassen, während sonst überall in Europa die Sägen an den Grenzschranken angesetzt werden? Wenn auf den Mauern einer Zwingburg keiner mehr schießt, folgt doch nicht daraus, daß hinter den Quadern nun auch alles in Ordnung ist.

Umso erstaunlicher wirkt der damit verbundene Einfall Hennigs: Der Schießbefehl ist zum Preis für die Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter geworden. Dieser Zusammenhang ist neu, zumal da in Salzgitter nicht nur Mord und Totschlag an der Grenze erfaßt werden.

Als etwa Jürgen Schmude und andere SPD-Politiker öffentlich die Möglichkeiten nachdachten, Salzgitter gegen entsprechende Gegenleistungen Honeckers zu schließen, kam harsche Kritik aus den Reihen der Union. Und nun?

Deutschlandpolitik muß alles tun, die Nation zu bewahren, und dabei jeden gangbaren Weg suchen, das Leben und Zusammenleben der Deutschen zu verbessern. Mit unbeschwerten Neujahrs-Angeboten an Ost-Berlin wird wenig dazu beigetragen. Die Erfassungsstelle Salzgitter wird erst überflüssig, wenn es keine Verbrechen mehr zu registrieren gibt.

Neues Basken-Unheil

Von Rolf Görtz

Im Baskenland nimmt das Morden wieder zu. Dabei hatte es ein halbes Jahr hindurch so ausgesehen, als ob die gepeinigten Basken endlich friedlicheren Zeiten entgegensehen könnten. Denn viele Etarras erkannten die Fernsteuerung durch Moskau, das nicht die Freiheit des Baskenlandes will, sondern das Zerbrechen Spaniens und als Nahziel der Wiederaustritt Spaniens aus der NATO. Oder zumindest die Abhaltung des Referendums. Denn wie auch immer es ausgehen mag – allein seine Abhaltung richtet Schaden an.

Die Etarras, die diesen Mißbrauch durchschauten, suchen die Resozialisierung, wie sie ihnen die Regierung im Straferlaß anbietet, wenn kein Kapitalverbrechen vorliegt. Sie geben damit nicht ihre Vorstellung von baskischer Freiheit auf, aber sie wollen sie mit den Mitteln der Demokratie verfolgen.

Die anderen richten sich bewußt gegen diese Demokratie. Gelang es ihnen bisher nicht, die Armee zum Zurückschlagen zu reizen, so greifen sie jetzt zu ganz subtilen Methoden, die Ordnungsgewalt von innen her zu schwächen. Da die Guardia Civil in der Vergangenheit tatsächlich schwere Fehler und sogar Verbrechen beging, behauptet die ETA stereotyp, ihre Anhänger werden gefoltert. Das demokratische Spanien ist ein Rechtsstaat. So wurden in den letzten fünf Jahren vierhundert Polizisten, gerade die Spezialisten im Kampf gegen den Terrorismus, vor ein Untersuchungsgericht gestellt. Nur vierzehn Polizisten wurden tatsächlich angeklagt, nur in zwei Fällen reichte es zu einer Verurteilung, aber alle Beamten wurden bei Gegenüberstellungen enttarnt.

Jeder Baske und jeder Spanier kann sich denken, woher die Etarras das Geld für ihre Aktionen haben. Zumal da jene fünfhunderttausend Dollar, die ein (später übergegangener) Kubaner auf einer spanischen Bank deponierte, zur Einflußnahme auf das NATO-Referendum gedacht waren. Jeder Spanier muß sich darüber wundern, daß ausgerechnet in diesen Tagen neuaufgeflammter kommunistischer Mordtaten die baskischen Bischöfe – als einzige in Spanien – die Abhaltung des Referendums über die NATO forderten. Im Baskenland hat die Regierung noch eine schwere Aufgabe vor sich.

Unvereinbarer Partner

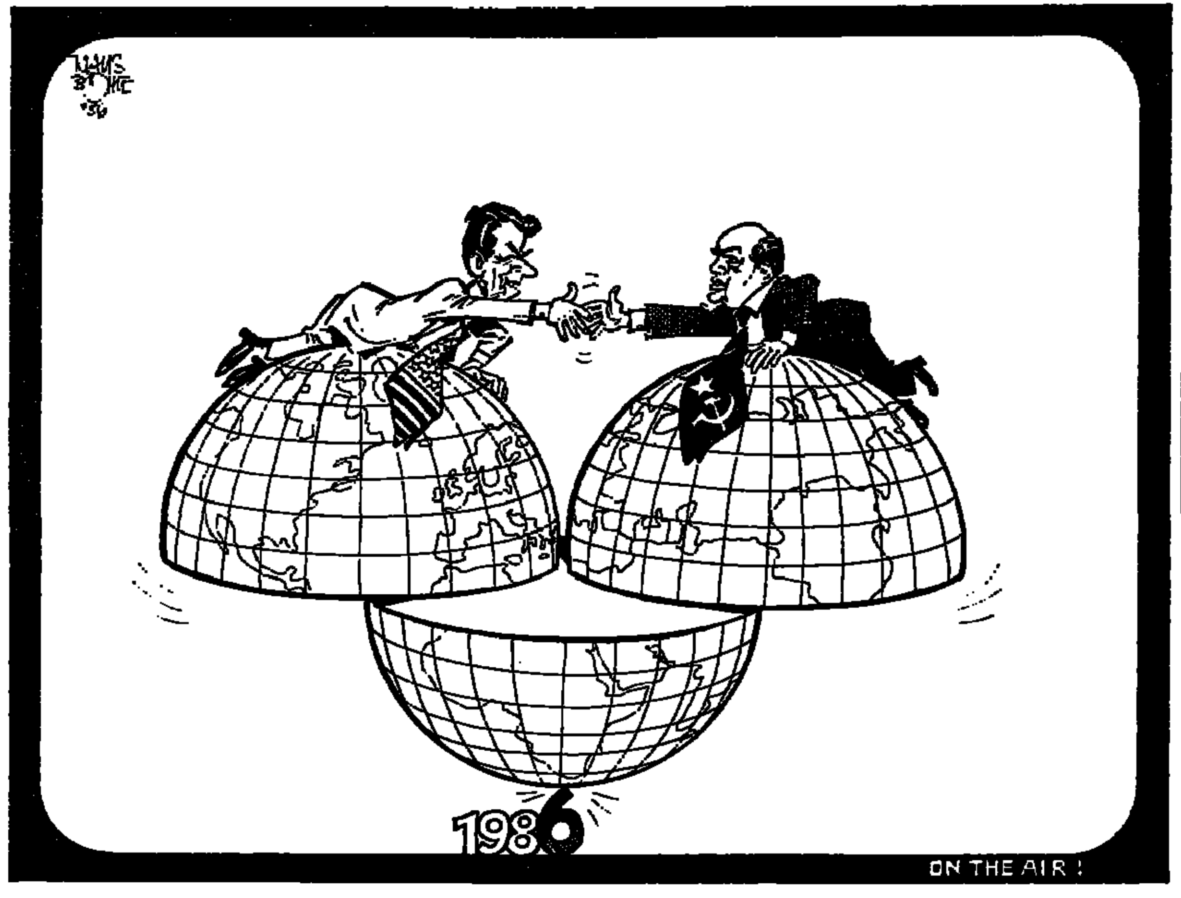
Von Detlev Ahlers

Es mag sein, daß eine Zusammenarbeit mit der DKP für Sozialdemokraten mit dem Parteiprogramm „unvereinbar" ist – wenn es die Praxis jedoch fügt, schließen die Genossen Bündnisse mit den Kommunisten. Als ein Beispiel sei genannt, daß an den Universitäten inzwischen die vierte Generation von Juso-Hochschulgruppen heranwächst, für die eine AStA-Bildung mit dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) selbstverständlich ist, mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) aber unvorstellbar.

Auch im „Friedensherbst '83" machte es den Sozialdemokraten nichts aus, daß viele Fackeln, die die Umzüge dekorierten, von der DKP aus der „DDR" geholt worden waren – schließlich hatten große Teile der SPD und die DKP gemeinsame Gegner: die Regierung und die NATO. „Aktionsbündnisse" nannte die SPD so etwas; mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß von 1970 waren sie angeblich nicht unvereinbar.

Daran sollte man angesichts einer neuen Unvereinbarkeits-Diskussion denken: Zwei Mitglieder der SPD-Programmkommission streiten, ob die „Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit den Grünen" festgeschrieben werden solle, wie es Hermann Rappe fordert, oder ob diese Idee „kurzsichtig" sei, wie Johano Strasser meint. Rappe hatte zu der rotgrünen Koalition in Hessen gesagt: „Diese Koalition verschlechtert die Wahlchancen der SPD im Bund. Ich fürchte, daß viele Stammwähler, vor allem Facharbeiter, kritische Fragen an die SPD stellen werden." Strasser hingegen fragt, ob die SPD es sich leisten könne, „einen Koalitionspartner auszuschlagen".

Warum macht es SPD nicht wie mit dem DKP-Unvereinbarkeitsbeschluß: Man schreibt im Programm das eine fest und tut das andere? Weil Johano Strasser eine Feststellung getroffen hat, der auch Rappe nicht widerspricht: In der SPD gibt es keine Mehrheit für einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber den Grünen. Die Mehrheit hat sich so weit nach links verschoben, daß nicht einmal mehr Täuschungsbeschlüsse akzeptiert werden. Die einzige Konzession besteht darin, daß man (noch) nicht die Zusammenarbeit mit den Grünen in Aussicht nimmt.



„Trost Neujahr!" KLAUS BÖHLE

Produktionsfaktor Frieden

Von Peter Gillies

Er fehlt in keiner Neujahrsansprache, keiner Predigt, keinem Glückwunsch: der Frieden. Freilich ist er meist reserviert für den großen Zusammenhang, für die Völker und ihre Beziehungen untereinander; er fasziniert aus seiner Polarität zum Kriege. In einem Sektor jedoch, wo der Kampf ein konstitutionelles Element darstellt, wünschen viele sich den Frieden nicht: in der Wirtschaft.

Es mag sein, daß dieser Begriff, der in der Politik so viele zu kriegerischen Ausfällen reizt, für die Erzeugung des Bruttosozialprodukts etwas sperrig erscheint. Aber auf einen Zustand der Harmonie und des allgemeinen Wohlbefindens hinzuwirken, ist hier wie anderswo dringend erwünscht. Nicht daß Frieden den Konflikt ausschlösse – das Gegenteil ist richtig –, aber keiner Gruppe fällt er in den Schoß. Auch eine Volkswirtschaft braucht Mechanismen der Konfliktlösung, ohne die sie ihr inneres Gleichgewicht verlöre. Dieses wiederum ist Voraussetzung für ihre hohe Produktivität, aus dem Wohlstand und soziale Sicherheit wachsen.

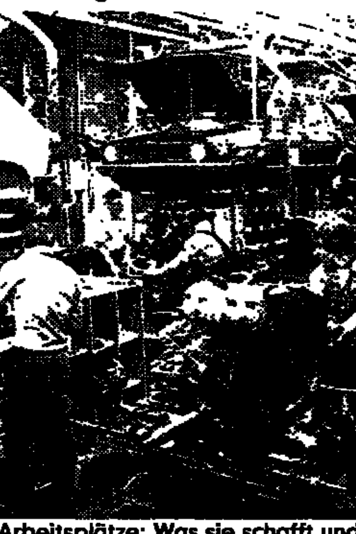
Wie erzeugt man den „Produktionsfaktor Frieden"? Von den vielen Bedingungen seien nur einige genannt, die gern vernachlässigt werden: Erstens die möglichst objektive Zustandsbeschreibung der widerstreitenden Positionen, zweitens die Befriedungsfunktion des Kompromisses, drittens die Berechenbarkeit der Kontrahenten – die Politik liebt hier die Metapher der „vertrauensbildenden Maßnahme". Der Organismus einer Volkswirtschaft kann nicht in immerwährender Harmonie schwelgen – diesen Zustand mag der Sozialismus für sich reklamieren –, aber sein Selbstbewußtsein beruht darauf, daß seine Gruppen insofern Frieden stiften, als sie Konflikte lösen helfen. Dann ruht er in sich.

Der Unfriede beginnt mit der verzerrten, nicht selten böswilligen Zustandsbeschreibung. In der Umweltpolitik beispielsweise sprechen zwar viele von der „Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie", unterschlagen dabei aber entscheidende Tatsachen. 1985 sei eine „erschütternde Bilanz über die düsterste Epoche der deutschen Umweltpolitik" zu ziehen, meinte eine einschlägige Organisation und nannte die Politik „kaltschnäuzig". Das Thema bleibt gewiß eine Herausforderung, aber man darf auch zur Kenntnis nehmen, was die chemische Industrie dazu anmerkte: Zwischen 1965 und 1984 steigerte die Branche ihre Produktion um 150 Prozent, verringerte ihren Schadstoffausstoß jedoch um 60 Prozent.

Die Ausgaben für die Umwelt wurden von den Unternehmen in einem Jahrzehnt verdreifacht, im internationalen Vergleich ist das doppelt soviel wie in den USA und dreimal soviel wie in Frankreich. Die Belastung der Abwässer wurde um 90 Prozent gesenkt (bei einer Produktionssteigerung von 50 Prozent). Die verfemte Branche hat in einem Jahrfünft ihren Schwefeldioxidausstoß um ein Drittel gedrosselt und ist an der gesamten Emission nur noch zu gut vier Prozent beteiligt. Luft und Wasser sind noch nicht sauber, aber sauberer geworden.

Milliarden, die zuvor erwirtschaftet werden müssen, gehen in den Umweltschutz und zeigen, daß die Probleme lösbar sind. Wer diesen ökologischen Prozeß vorantreibt, ohne gleichzeitig alle ökonomischen Gesetze über Bord zu werfen (was letztlich in allgemeiner Verarmung, aber keineswegs zwingend in sauberer Umwelt endete), stiftet auf besondere Art Frieden. Hierbei sind Kompromisse nicht zu vermeiden. Man hüte sich jedoch, sie, wie es mancherorts als schick gilt, mit dem Zusatz „faul" zu brandmarken.

Auch die erregte Debatte um die fälschlich als „Streikparagraphen" bezeichnete Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen trägt manche Zeichen gewollter Unfriedlichkeit. Gewerkschaftler greifen hier zu einem kriegerischen Vokabular und ziehen Vergleiche, die mit dem Wort „Widerstand" das Recht und mit Nazi-Assoziationen die Geschichte grob verbiegen. Die parlamentarische Auseinandersetzung zwingt alle in die Pflicht, einen Kompromiß zu suchen, so unbefriedigend er der einen oder anderen Seite erscheinen mag. Die Gewerkschaften sollten sich nicht dazu hinreißen lassen, ihre langfristige Berechenbarkeit zu riskieren, denn damit sägten sie an dem Ast, auf dem sie sitzen – der Tarifautonomie. Die Gewerkschaften beschwören auffällig oft den „sozialen Frieden" – gerade dann, wenn auch sie von demokratisch gewählten Politikern dafür in die Verantwortung genommen werden.


Arbeitsplätze: Was sie schafft und sicherer macht FOTO: POLY PRESS

Recht unfriedlich geht es auch bei der Zustandsbeschreibung des deutschen Arbeitsmarktes zu. Gewollt oder ungewollt werden Fronten zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen errichtet. Dies beginnt regelmäßig damit, daß man sich weigert, die Hürden zur Kenntnis zu nehmen, die heute einer Neueinstellung im Wege stehen. Wer höhere Löhne und üppigere Sozialleistungen nur für die Arbeitsbesitzer erkämpfen und die Erwerbslosen unter einer verblasenen Formel der Solidarität dem Staat überantworten will, leistet keinen Beitrag zum Wirtschaftsfrieden. Was ist eigentlich gegen den Spruch „ein befristeter Arbeitsplatz ist allemal besser als unbefristet arbeitslos" einzuwenden?

Der ökonomische Datenkranz, mit dem die Bundesrepublik in das Neue Jahr geht, ist nicht das Verdienst einer Regierung, wiewohl sie einen Anteil daran hat. Das sollte jedoch auch ihre Kritiker nicht daran hindern, die vortrefflichen Bedingungen zur Kenntnis zu nehmen. Denn noch nie hat es Vollbeschäftigung in einer Wirtschaft gegeben, die nicht prosperierte. Schließlich sei der wichtigste Faktor der sozialen Befriedung genannt: stabiles Geld, dem dieses Land so nahe gekommen ist wie kein anderes.

Der Frieden, der in diesen Tagen allseits beschworen wird, muß nicht für die „großen Zusammenhänge" reserviert bleiben. Überall darf an ihm gearbeitet werden, in jedem Betrieb, im Gruppendialog, bei allen an der Wirtschaft Beteiligten. Er wirft beträchtliche Zinsen ab, dieser Produktionsfaktor.

IM GESPRÄCH Saddiq al-Mahdi

Der Enkel des Erlösers

Von Volker Stahr

Seinen Namen umgibt der Mythos einer großen Vergangenheit. Nimmt man Einfluß und Macht von heute, seine Ambitionen und Verbindungen hinzu, so ist er vielleicht ein Mann der Zukunft: Saddiq al-Mahdi, politischer wie religiöser Führer der im Norden Sudans so einflußreichen islamischen Mahdisten-Sekte. Sein Wort ist Gesetz.

Saddiq ist ein schmächtiger, mittelgroßer und sehr gebildeter Mann von etwa 50 Jahren, der in Oxford studierte und ein gepflegtes Englisch spricht. In seinem Land jedoch trägt er zumeist die traditionelle Tracht eines muslimischen Scheichs, als der er von den Gläubigen verehrt wird. Saddiqs Großvater war der berühmte Asket und Mystiker Muhammad Ahmad ibn Abdallah, der sich einst zum „Mahdi" propagierte, jenem vorausgesagten Erlöser des Islam, der am Ende der Welt den Glauben erneuern werde. 1885 eroberte er Khartum. Kurz darauf jedoch starb er und die Briten kehrten unter Lord Kitchener zurück.

Doch der Mythos lebt weiter. Sein Sohn gründete die Ansar-Bruderschaft, in der die „Mahdiya" fortlebte und die heute Saddiq führt. Ihr politischer Arm ist die „Umma" (Nation), mittels der Saddiq heute in Sudan an die Macht strebt.

In den sechziger Jahren war er schon einmal für neun Monate Premier – zu einer Zeit des Chaos in Sudan. Nachdem 1964 die Militärs die Macht abgegeben hatten, jagte ein ziviles Kabinett das nächste, geführt stets von den rivalisierenden islamischen Parteien Umma und „NUP" (für Chatmiya). Dies endete 1969 mit dem Putsch Numeiris. Saddiq ging in die Opposition. Sein Rückhalt bei den Gläubigen gestattete ihm dies ohne allzu negative Folgen. Trotzdem blieben auch ihm Haft und Exil nicht erspart. Überraschend ging er 1983 ein Bündnis mit dem heute von ihm als „Satan" bezeichneten Numeiri ein – islamische Realpolitik. Es war ein Zweckbündnis zweier damals angeschlagener Politiker, das schon bald wieder zerbrach.


Kein Programm, aber libysche Beziehungen: Saddiq al-Mahdi FOTO: RANNOU/STUDIO X

Heute sitzt Saddiq in Khartum und wartet auf die angekündigten Wahlen mit dem Slogan: „Allein wir haben sechzehn lange Jahre dem blutigen Satan die Stirn geboten." Was zu ändern ist, dafür scheint auch er keine Antwort zu haben. So schweigt er lieber, präsentiert sich den Gläubigen als guter Führer und beschwört anläßlich der hundertsten Wiederkehr des Sieges von Khartum den Glanz seines Großvaters.

Die Mahdisten sind traditionell zutiefst antiägyptisch. Saddiq unterhält erstklassige Beziehungen zu Libyen, das sich mit reichlich Petrodollars bedankt. In Tripolis laufen alle Fäden zusammen: Als prolibysch gilt auch der starke Mann des Militärregimes, General Osman Abdallah Muhammad. Libysche Petrodollars finanzieren allerdings auch die Rebellen im Süden Sudans.

Alles deutet darauf hin, daß Khadhafi mit dieser unheiligen Allianz gegensätzlicher Kräfte den Schlüssel für die Zukunft Sudans in Händen hält – eine Zukunft, die das Kräfteverhältnis in Nordafrika nachhaltig verändern dürfte. Saddiq wird sich seine Schlüsselrolle als starker Mann im Norden dabei sicher entsprechend honorieren lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Bild

Das Massenblatt kommentiert die Haltung Libyens:

Libyens Staatschef Khadhafi hat endlich die Maske fallen gelassen: Für ihn sind die Mörder von Wien und Rom „Helden" und „mutige Söhne von Märtyrern". Die Massaker an Frauen, Kindern, Fluggästen verherrlicht er als „heroische Taten". Kein Zweifel also mehr, daß er hinter den Terroristen steckt, ihren weltweiten abscheulichen Terrorismus nicht nur deckt, sondern finanziert. Wird der Westen ihm weiter die Hand schütteln? Wir fürchten: ja.

Frankfurter Allgemeine

Jenningers Äußerungen werden hier kritisch beleuchtet:

Der Bundestagspräsident hat mit seinem nicht zum erstenmal fehlgeleiteten deutschlandpolitischen Eifer nicht bloß Honecker einen Gefallen erwiesen. Er läuft nun auch der schädlichen sozialdemokratischen Nebendiplomatie hinterher, die im alten Jahr zum ständigen bilateralen Parteikontakt mit der SED unter der Maxime der sogenannten „Sicherheitspartnerschaft" gediehen war.

SÜDKURIER

Das Konstanzer Blatt meint zur Konjunktur:

Die zunächst nur mit halber Kraft angepackte, seinerzeit aber doch laut versprochene Wende zeitigt nun ihre ersten Ergebnisse. Zwei Drittel der deutschen Wirtschaft schwimmen auf einer sich weitenden Fahrrinne ins neue Jahr. Die Opposition, die auf einen an Rhein und Ruhr volkstümlichen Mann setzt, wird sich jedenfalls schwer tun, die Regierung in einem Land abzulösen, dessen ökonomische Kurven nach oben weisen.

Nordwest-Zeitung

Zu Kohls Neujahrsansprache bemerkt das Oldenburger Blatt:

Helmut Kohls Zuversicht ist nicht aufgesetzt. Optimismus und Zuversicht haben nach dem Urteil der Demoskopie Hoffnungslosigkeit und Pessimismus verdrängt. Die neue Zuversicht wird durch Stabilität und Erfolge genährt. Sie ist aber auch eine Frucht der Einsicht der Bürger in unpopuläre Maßnahmen der Bundesregierung.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert die Aufhebung des Kriegsrechts in Pakistan:

General Zia ist weiter auf dem Weg zu einer Zivilregierung in Pakistan gegangen, als viele erwartet haben ... Aber eine Anzahl unter dem Kriegsrecht eingeführter Maßnahmen ist bereits verfassungsmäßig festgeschrieben. In der Theorie können sie nur durch eine neue Gesetzgebung von dem im vergangenen Februar gewählten Parlament ersetzt werden. In der Praxis braucht das Parlament eine Zweidrittelmehrheit dafür. Kann eine solche Mehrheit zustande gebracht werden?

Duarte, Cerezo, Calderon – kann daraus etwas werden?

Lateinamerikas Christdemokraten erhalten eine zweite Chance / Von Günter Friedländer

Am 14. Januar soll Vinicio Cerezo sein Amt als Präsident Guatemalas antreten. Nach El Salvadors José Napóleon Duarte ist er der zweite christdemokratische Staatspräsident in Mittelamerika. Rafael Angel Calderon in Costa Rica hofft, am 2. Februar 1986 der Dritte im Bund zu werden und den Kandidaten der regierenden sozialdemokratischen Partei „Liberacion" zu besiegen. Mittelamerikas marxistische Guerrilla hat, ohne das zu wollen, eine der potentiell bedeutungsvollsten Veränderungen in diesem Raum herbeigeführt: das Aufblühen der Christdemokraten als eine in allen sechs Ländern spürbare politische Kraft.

Lateinamerikas Christdemokratie wurde in den fünfziger Jahren an seinen Universitäten geboren. Das Durchschnittslebensalter der Menschen hatte sich verlängert. Die Männer der Familien, die Lateinamerikas traditionelle Parteien beherrschten, blieben länger aktiv. Die Söhne aber wollten nicht warten. Sie gründeten in vielen Ländern Gruppen, aus denen später die christdemokratische Bewegung werden sollte.

Ihre Mitglieder galten zunächst als unerfahrene Wirrköpfe mit unklarer Ideologie, die sich aus dem Wunsch, christliche Ethik ins öffentliche Leben zu tragen, dem Drang nach sozialen Reformen und dem Widerstand gegen den Kommunismus speiste. Die junge Bewegung wurde bald in Europa entdeckt, besonders von den deutschen Christdemokraten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistete Hilfe. Der erste Triumph gelang den Christdemokraten in Chile, wo Eduardo Frei 1964 die Wahlen gewann.

Es war eine kurze Freude. Rivalisierende europäische Stiftungen bauten die Koalition auf, die Allende 1970 eine relative Mehrheit gab. Das chilenische Parlament mußte zwischen Allende und dem an zweiter Stelle liegenden Konservativen Alessandri entscheiden. Frei, von dem Chiles Zukunft abhing, hatte weder die Erfahrung noch die Nerven, seine Partei im Parlament gegen Allende zu stellen. Dies brachte den Christdemokraten den Ruf ein, nur die Wegbereiter des Kommunismus in Lateinamerika zu sein. Ihr Ruf der Unzuverlässigkeit wurde gesteigert durch das Versagen der Christdemokraten Venezuelas unter dem Präsidenten Luis Herrera Campins und die Furcht, daß „Befreiungstheologen" in der Kirche die Bewegung in die Arme der Kommunisten trieben.

Ihr nie klar definierter Programmpunkt einer „Kommunalisierungs-Gesellschaft" sollte sie von der Klassengesellschaft der Marxisten abgrenzen, ließ aber konservative Kreise fürchten, daß sich hier der Wolf im Schafspelz zeige.

Warum also ersteht nun in Mittelamerika eine so robuste christdemokratische Bewegung? Einmal, weil man hier sehr konkrete Erfahrungen mit den Marxisten in Nicaragua gemacht hat. Zum zweiten ist es der Mangel an Alternativen. In dritter Linie hilft, daß die ideologische und praktische Hilfe aus Europa gezielter eingesetzt wird; vor allem der CDU-Generalsekretär Geißler hat sich hier große Verdienste erworben. Aber auch der Kongreß der „Christdemokraten Amerikas" in Costa Ricas Hauptstadt San José hat ihre ideologischen Probleme nicht gelöst, was die Rolle des Staates und sein Verhältnis zum Bürger oder eine einheitliche Stellung zur Landreform betrifft. Die Christdemokraten müssen von der Regierung her neue Modelle für ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik finden. Das Mißtrauen gegen den Marxismus ist ja auch nicht aus dem Studium von Parteiprogrammen erwachsen, sondern aus der Beobachtung der Praxis in Nicaragua, wo die Christdemokraten in der Opposition erleben, was kommunistische Herrschaft ist.

Die Christdemokraten haben auch in Panama als drittgrößte politische Gruppe an Boden gewonnen. Nur Honduras hat eine bisher noch kleine christdemokratische Bewegung, was damit erklärt wird, daß es als eines der ärmsten Länder der Neuen Welt noch nicht die Reife hat, sich von den traditionellen Parteien zu emanzipieren. Jedenfalls hat die in Südamerika in Verruf geratenen christdemokratischen Bewegung in Mittelamerika eine zweite Chance, Amerika zu zeigen, daß sie gegenüber dem Marxismus eine „gültige Alternative" für Spanisch-Amerika geblieben ist, wie es der Generalsekretär der Partei in Nicaragua ausdrückt.

Allerdings spielt politische Unreife immer noch hinein. Vinicio Cerezo hat bei einem Dreistunden-Besuch in Kolumbien dem Präsidenten Betancur geraten, die Beziehungen zu Nicaragua auch dann nicht abzubrechen, falls sich eine Beteiligung der Sandinisten bei der blutigen Besetzung des Justizpalastes in Bogotà herausstellen sollte.

Auch vorher in Washington weigerte Vinicio Cerezo sich, das Sandinisten-Regime zu kritisieren. Er spricht von einer Haltung der „aktiven Neutralität". Andere halten das eher für aktive Anbiederung. Der Schatten Freis lebt weiter; die europäischen Christdemokraten haben noch viel Aufklärungsarbeit vor sich.

„Die Araber haben erkannt, daß wir zusammenleben können“

Das Verhältnis zwischen Arabern und Israelis im Gaza-Streifen ist besser geworden. Niedrige Arbeitslosigkeit und langsam wachsender Wohlstand haben zu einem Umdenken geführt. Niemand will nach Ägypten, und nur die ältere Generation spricht vom Anschluß an Jordanien.

Von PETER M. RANKE

Dutzende von Kindern stehen um uns herum. Der israelische Major, ohne Revolver, spricht mit ihnen arabisch und ein bißchen hebräisch. Er fragt nach der Schulzeit. Es gibt Gelächter, Steine fliegen nicht. Eine alte Frau kommt mit einem Wasserkrug auf dem Kopf vorbei, schimpft und jagt die Kinder weg. „Das Problem sind die älteren Flüchtlinge“, sagt der Offizier, „mit den jüngeren kommen wir aus.“

Wir fahren durch eine der breiten Straßen im Schatti- oder Beach-Camp. Der damalige Befehlshaber Arik Scharon ließ sie Anfang der siebziger Jahre durch Hütten schlagen, um die Heckenschützen der PLO besser bekämpfen zu können. Heute ist *es ruhig im Gaza-Streifen, die Lage ist* entspannter als im Westjordan-Gebiet.

Keine Grenze, nur noch eine Kontrollstelle

Unser Major führt das darauf zurück, daß es kaum Arbeitslosigkeit gibt und daß auch die Flüchtlinge zum erstenmal Eigentum an Grund und Boden erwerben können. Vierzigtausend Araber aus dem Gaza-Streifen arbeiten in Israel und verdienen nicht schlecht. Morgens und abends sieht man lange Autokolonnen oder Busse in den Negev oder in Richtung Tel Aviv fahren oder von dort zurückkommen.

Eine Grenze gibt es längst nicht mehr, nur eine Kontrollstelle. „Vor zehn Jahren gab es bei uns zehntausend Autos, heute sind in Gaza über 32 000 Privatwagen und Lkw zugelassen“, heißt es bei der arabischen Zivilverwaltung. Sie wird von dem ehemaligen Flüchtling Chamza Turkmani (39) geleitet, der den 1982 abgesetzten alten Bürgermeister Raschid Schauwa (75) ersetzt hat.

Schauwa vertritt die etwa 250 000 einheimischen Araber im 360 Quadratkilometer großen Gaza-Streifen. Er will die inzwischen 240 000 Flüchtlinge, die 1948 aus den Küstengebieten bei Jaffa nach Süden flüchteten, am liebsten wieder loswerden. Sie sind aktiver als die alten Gaza-Araber, bauen Handwerksbetriebe und Autowerkstätten aus, errichten sich neue Häuser.

Die Unterschiede werden in der jungen Generation allmählich überwunden, die Hochzeiten zwischen „Einheimischen“ und „Flüchtlingen“ nehmen zu. Im Jahr 2000 wird es im Gaza-Streifen, der nur 42 Kilometer lang und bis zu 16 Kilometer breit ist, eine Million Einwohner geben.

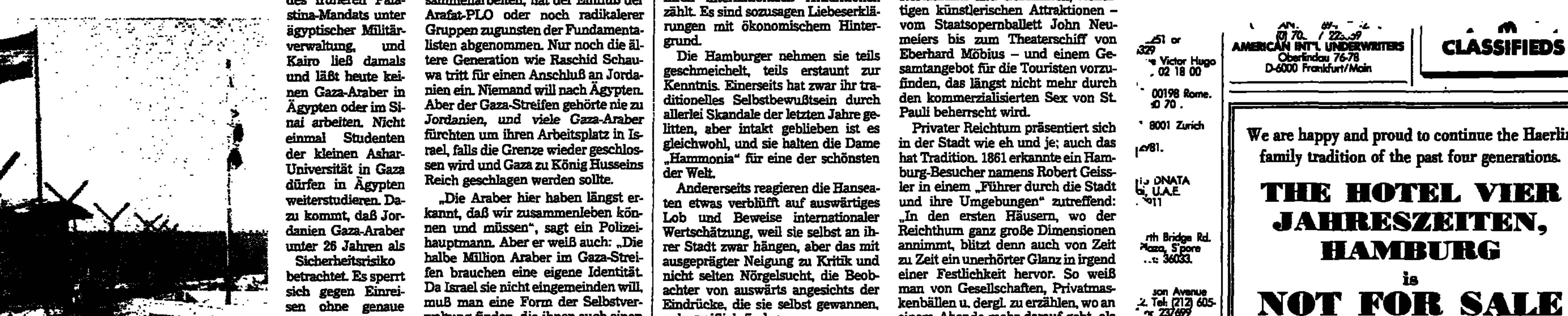
Die Israelis lassen sich im Gaza-Streifen so wenig wie möglich sehen, nur gelegentlich fährt ein Patrouillen-Jeep durch Gaza-Stadt. Die arabisch-israelische Polizei ist nur 600 Mann stark.

Die israelische Präsenz seit 1967 wirkt sich in anderen Dingen aus. Da hat zum Beispiel Schauwa beantragt, *eine neue Verpackungs- und Verwer*tungsanlage für Orangen zu bauen, denn er besitzt zahlreiche Orangenhaine und treibt wie andere Farmer einen blühenden Handel damit. Die Ware geht nach Jordanien, an den *Golf oder in den Ostblock.*

Die Israelis verweigerten den Bau, weil die Orangenhaine zuviel des knappen Grundwassers verbrauchen. Statt dessen fördern sie die Anlage von Erdbeer- und Gemüseplantagen mit Tropfen-Bewässerung. Zudem: Eine Tonne Zitrusfrüchte bringt 200 Dollar, aber eine Tonne Erdbeeren 5000 Dollar. Und Erdbeeren und Gemüse können auch von Kleinbauern auf eigenem Boden angebaut werden, sind arbeitsintensiver als die Orangenhaine der Großgrundbesitzer.

Der Streit hat aber auch einen politischen Hintergrund: Die Orangen von Schauwa gehen über Jordanien *in die arabische Welt, die Erdbeeren* der Kleinbauern werden über Tel Aviv nach Westeuropa geflogen. Auch die dreizehn israelischen Siedlungen, die es jetzt im Sand- und Dünengelände des Gaza-Streifens gibt (300 Familien mit zweitausend Köpfen), bauen meist Gemüse an, vor allem Tomaten, die dank Bewässerung und künstlicher Düngung mitten im Sand wachsen.

Das Verhältnis zu den Arabern ist gut, denn die Israelis im Gaza-Streifen profitieren von der Geschichte. Von 1948 bis 1967 stand das Gebiet des früheren Palästina-Mandats unter ägyptischer Militärverwaltung, und Kairo ließ damals und läßt heute keinen Gaza-Araber in Ägypten oder im Sinai arbeiten. Nicht einmal Studenten der kleinen Ashar-Universität in Gaza dürfen in Ägypten weiterstudieren. Dazu kommt, daß Jordanien Gaza-Araber unter 26 Jahren als Sicherheitsrisiko betrachtet. Es sperrt sich gegen Einreisen ohne genaue Kontrolle.



1982 wurde Rafah geteilt. Viele Araber wollen aus Ägypten zurück in den Gaza-Streifen

So nimmt es nicht wunder, daß 600 arabische Familien, die bei der Teilung der Stadt Rafah zwischen den Israelis und Ägyptern 1982 zur ägyptischen Seite geschlagen wurden, in den Gaza-Streifen zurückkehren wollen. Sie werden von Kairo nicht als Ägypter behandelt, sondern als Palästinenser und bekommen keine Arbeitserlaubnis.

Vom Gaza-Streifen aus können sie dagegen nach Israel fahren und dort *arbeiten, ja sie können in* Tel Aviv einkaufen oder auch arabische Verwandte in Israel besuchen, was viele an den moslemischen Festtagen tun.

Der Unterschied zwischen „Einheimischen“ und „Flüchtlingen“ wird unter israelischer Herrschaft auch deshalb mehr und mehr verwischt, weil die Israelis anders als die Ägypter die acht großen Flüchtlingslager mit 172 000 Bewohnern allmählich auflösen wollen. Wer will, bekommt billiges Bauland für ein Haus, die Zivilverwaltung gibt billige Kredite und baut Straßen und Schulen. 1500 Familien sind schon aus den Lagern weggezogen.

*Ihre verlassene Hütte wird einge*rissen, damit sich dort nicht andere Familien ansiedeln. Die Lager haben zwar elektrisches Licht und Trinkwasser, aber kein Abwassersystem. Alles fließt und tropft ins blaue Mittelmeer.

Flüchtlinge im Gaza-Streifen werden bis auf einige tausend Notfälle auch nicht mehr von der UNRWA unentgeltlich mit Lebensmittelrationen versorgt, sondern sie müssen und können arbeiten.

Das Hilfswerk für die Palästina-Flüchtlinge betreibt jedoch noch Schulen und Hospitäler. 88 Prozent der Kinder im Gaza-Streifen besu*chen eine Schule,* wo *nach* ägyptischen Lehrplänen unterrichtet wird. Aber Sprachunterricht in Hebräisch ist von der 4. Klasse an Pflichtfach.

Die Zahl der Moscheen hat sich verdoppelt

Beträchtlich zugenommen hat die orthodox-islamische Beeinflussung der *Bevölkerung, stellen die Israelis* etwas beunruhigt fest. In den zehn Jahren ist die Zahl der Moscheen von 85 auf 192 gewachsen. Das Geld kommt aus Saudi-Arabien und von Gastarbeitern am Golf.

Nach Einschätzung der 120 israelischen Zivilisten, die mit fünftausend Gaza-Arabern in der Verwaltung zusammenarbeiten, hat der Einfluß der Arafat-PLO oder noch radikalerer Gruppen zugunsten der Fundamentalisten abgenommen. Nur noch die ältere Generation wie Raschid Schauwa tritt für einen Anschluß an Jordanien ein. Niemand will nach Ägypten. Aber der Gaza-Streifen gehörte nie zu *Jordanien, und viele Gaza-Araber* fürchten um ihren Arbeitsplatz in Israel, falls die Grenze wieder geschlossen wird und Gaza zu König Husseins Reich geschlagen werden sollte.

„Die Araber hier haben längst erkannt, daß wir zusammenleben können und müssen“, sagt ein Polizeihauptmann. Aber er weiß auch: „Die halbe Million Araber im Gaza-Streifen brauchen eine eigene Identität. Da Israel sie nicht eingemeinden will, muß man eine Form der Selbstverwaltung finden, die ihnen auch einen arabischen Paß gewährt und nicht nur Identitätskarten.“ Doch die restliche arabische Welt würde einen Gaza-Paß nicht anerkennen. (SAD)



Die Hansestadt: „Chicagos Stärke, Bostons kulturelles Leben und die Wasserfront von New Orleans“ FOTO: DIE WELT

Viel Glanz im armen Hamburg

Staatliche Armut, privater Reichtum – Hamburg ringt zu Beginn des neuen Jahres um seine finanzielle Existenz als selbständiges Bundesland. Doch zugleich wird in der Hansestadt Geld verdient wie nur in wenigen Regionen der Europäischen Gemeinschaft.

Von UWE BAHNSEN

Direktor Gert Prantner, 45, Chef des weltweit gerühmten Luxushotels „Vier Jahreszeiten“ an der Hamburger Binnenalster, war es leid, andauernd Kaufangebote internationaler Konzerne beantworten zu müssen, und besann sich auf das probate Mittel einer Zeitungsanzeige. In der „International Herald Tribune“ ließ er etwaige Interessenten per Annonce wissen: „We are happy and proud to continue the Härlin family tradition of the past four generations. THE HOTEL VIER JAHRESZEITEN HAMBURG is NOT FOR SALE“.

Offerten für den Erwerb der beiden traditionsreichen Nobel-Herbergen Hamburgs – die andere ist das gleichfalls international renommierte und von den bundesdeutschen Top-Managern bevorzugte Atlantic Hotel an der Außenalster – gab es bislang mit schöner Regelmäßigkeit: Verbeugungen vor den Leistungen beider Häuser, ihren zahlungskräftigen Gästen, aber gewiß auch der Stadt, die sie zu ihren internationalen Attraktionen zählt. Es sind sozusagen Liebeserklärungen mit ökonomischem Hintergrund.

Die Hamburger nehmen sie teils geschmeichelt, teils erstaunt zur Kenntnis. Einerseits hat zwar ihr traditionelles Selbstbewußtsein durch allerlei Skandale der letzten Jahre gelitten, aber intakt geblieben ist es gleichwohl, und sie halten die Dame „Hammonia“ für eine der schönsten der Welt.

Andererseits reagieren die Hanseaten etwas verblüfft auf auswärtiges Lob und Beweise internationaler Wertschätzung, weil sie selbst an ihrer Stadt zwar hängen, aber das mit ausgeprägter Neigung zu Kritik und nicht selten Nörgelsucht, die Beobachter von auswärts angesichts der Eindrücke, die sie selbst gewannen, unbegreiflich finden.

Im britischen „Guardian“ etwa notierte Autor John Ardagh über die Elbmetropole: „Wiederholt erinnerte sie mich an London – ein reicheres, saubereres, ordentlicheres London.“ Aus der Feder eines Engländers ist das ein kaum noch steigerungsfähiges Kompliment. Die Alster, so schwärmte Ardagh weiter, sei „der glitzernde Lebensbrennpunkt dieser wohlhabenden Wasserstadt“. Und dann bekannte der Gast von der Insel, er sei „geblendet“ gewesen – „von den fünf großen neuen Einkaufsarkaden im Herzen der Stadt. Hanseviertel und Galleria sind umwerfend schön mit ihrem Kuppeldach aus Glas und Stahl“.

Die „New York Times“ fand gar, die Hansestadt habe „in Amerika kein Gegenstück“ – „wenn Sie ein Bild von ihr gewinnen wollen, dann *müssen Sie sich vorstellen, daß sich* Chicagos Stärke mit Bostons kulturellem Leben mischt und daß alles von der Wasserfront von New Orleans geschmückt wird“. Alles in allem sei Hamburg „eine Stadt mit starker *Ausstrahlung*“.

Das empfinden, wie Hamburgs Stadtväter mittlerweile aus methodischen Image-Untersuchungen wissen, viele der rund 2,6 Millionen Gäste, die jährlich nach Hamburg kommen, genauso.

Rund ein Drittel sind Ausländer. Diejenigen, die die Hansestadt noch nicht kennen, sind in der Regel überrascht darüber, statt der erwarteten Ansammlung von Hafenkränen und Kohlenbergen, über die feuchte Nebelschwaden ziehen, eine blühende, blitzsaubere Weltstadt mit eleganten Restaurants und Geschäften, vielfältigen künstlerischen Attraktionen – vom Staatsopernballett John Neumeiers bis zum Theaterschiff von Eberhard Möbius – und einem Gesamtangebot für die Touristen vorzufinden, das längst nicht mehr durch den kommerzialisierten Sex von St. Pauli beherrscht wird.

Privater Reichtum präsentiert sich in der Stadt wie eh und je; auch das hat Tradition. 1861 erkannte ein Hamburg-Besucher namens Robert Geissler in einem „Führer durch die Stadt und ihre Umgebungen“ zutreffend: „In den ersten Häusern, wo der Reichthum ganz große Dimensionen annimmt, blitzt denn auch von Zeit zu Zeit ein unerhörter Glanz in irgend einer Festlichkeit hervor. So weiß man von Gesellschaften, Privatmaskenbällen u. dergl. zu erzählen, wo an einem Abende mehr darauf geht, als manch regierender Fürst das ganze Jahr zu verzehren hat.“

Daran hat sich nichts geändert, wie die Hamburger soeben ihren Zeitungen entnehmen konnten: Der Industrielle Kurt A. Körber, neben der Vereins- und Westbank einer der besonders spendablen Mäzene für das Kulturleben in der Stadt, hat für vier Septembertage des kommenden Jahres kurzerhand die gesamte Staatsoper gemietet, um mit seinen Mitarbeitern und Gästen das vierzigjährige Jubiläum der von ihm aufgebauten Hauni-Werke zu feiern: Vier Tage Opernball, Körber macht's möglich, Körber zahlt alles.

Das mag ein besonders spektakuläres Exempel für das große Geld in der Stadt sein, doch es findet seine Bestätigung in vielfacher Weise: Die Karten für das Gala-Konzert, das Placido Domingo am 11. Januar in der Staatsoper gibt – der teuerste Platz für 450 Mark – waren so schnell vergriffen wie in jedem Jahr die schon schwarz gehandelten Karten für die rauschenden Bälle, deren feinster und demzufolge attraktivster nicht mal der Presseball, sondern der „Ball über den Wolken“ der Luftverkehrsgesellschaften im „Atlantic“ ist.

Die Preise sind gepfeffert – und werden bezahlt: ob für die Kreationen *der Modeschöpferin* Jill Sander oder der gesuchten Haarkünstler im Salon Marlies Möller, bei den feinen Juwelieren am Jungfernstieg und Ballindamm, im Landhaus Scherrer an der Elbchaussee oder in den vornehmen *Golfklubs der Society.*

Die Fabrikanten von Luxuslimousinen, besonders auch einer englischen Nobelmarke, haben in Hamburg einen überdurchschnittlichen Absatz. Privater Reichtum in der Stadt, eine Finanzkraft, die nach der Statistik in der Bundesrepublik nur noch von Baden-Württemberg erreicht wird, zugleich aber drückende Probleme, die sogar die Existenz Hamburgs als selbständiges Bundesland in Frage stellen, weil die Stadt ihre Aufgaben als Großkommune und Bundesland nicht mehr bezahlen kann – das ist der ambivalente Zustand der Elbmetropole.

Sie wird gekennzeichnet durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote von 12,4 Prozent, eine Gesamtschuldenlast von 19,6 Milliarden Mark und einen Schuldendienst, der jährlich um mehr als 100 Millionen Mark steigt, und das mit zunehmender Tendenz.

Als die regierende SPD sich vor kurzem in Klausur begab, um in einem Haushalt von 12,5 Milliarden Mark für 1986 noch etwas sozialdemokratische Handschrift unterzubringen, standen den Genossen dafür ganze vier Millionen Mark zur Verfügung. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi möchte für diesen Zustand der Staatsfinanzen vor allem den Länderfinanzausgleich verantwortlich machen, redet aber um den Ernst der Lage nicht herum.

Der Bürgermeister: „Auch wenn der Finanzausgleich korrigiert wird, werden wir auf Jahre unendlich sparsam sein müssen.“ Und: „Es geht wirklich um das Schicksal unserer Stadt.“

AMERICAN INT'L UNDERWRITERS
Oberlindau 76-78
D-6000 Frankfurt/Main

CLASSIFIEDS

We are happy and proud to continue the Haerlin family tradition of the past four generations.

THE HOTEL VIER JAHRESZEITEN, HAMBURG
is
NOT FOR SALE

Gert Prantner, Managing Director.

Aus der „International Herald Tribune“ vom 2. Dezember 1985

Messen Sie grundbesitz-invest an seiner Wertsteigerung. Wiederanlage vergrößert die Substanz.

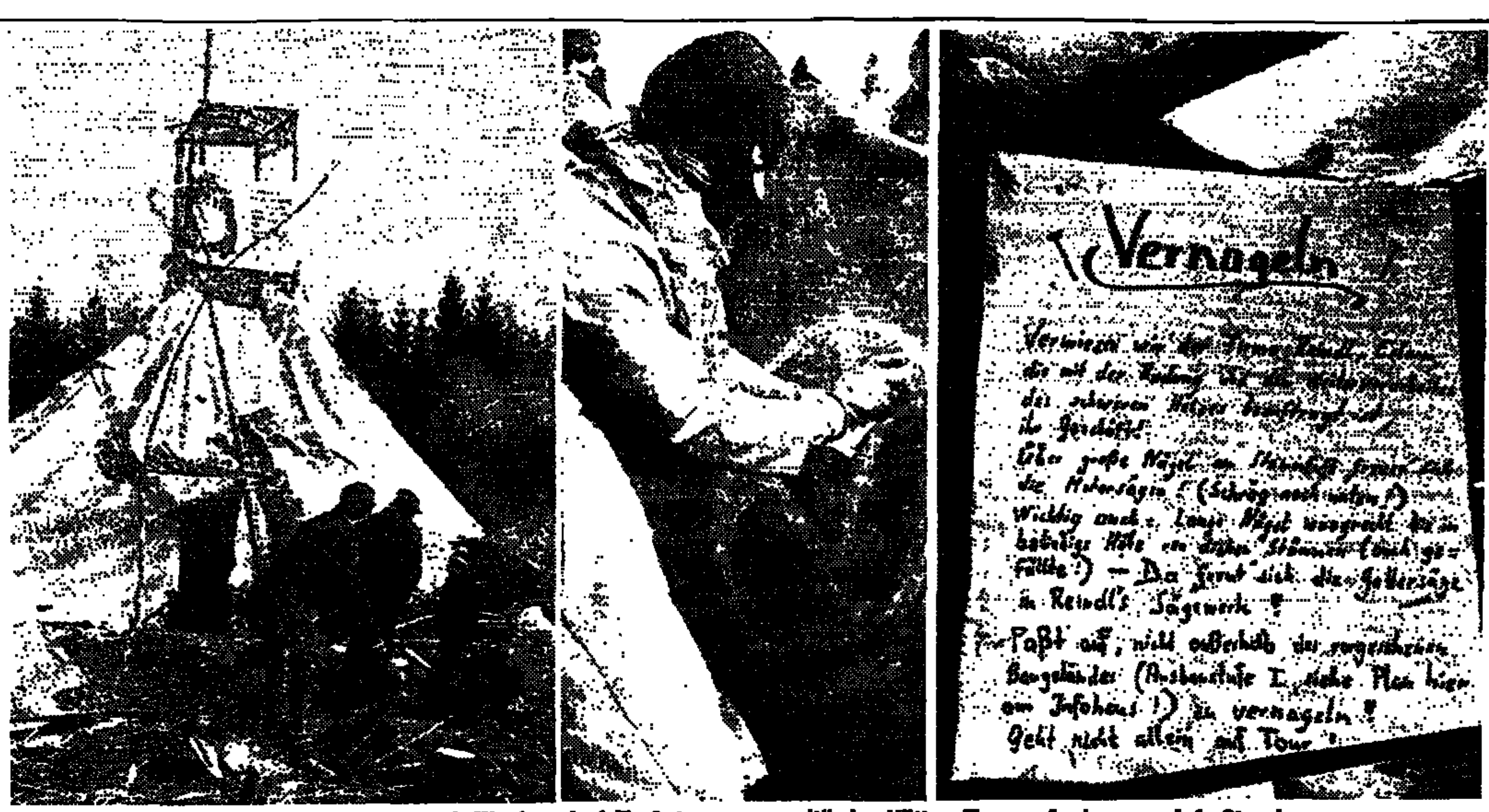


grundbesitz-invest, der Immobilienfonds der Deutschen Bank und Wüstenrot, ist mit einem Fondsvermögen von über 1,8 Milliarden DM einer der größten deutschen offenen Immobilienfonds. Er bietet gute Voraussetzungen für hohe Ausschüttungen bei stetem Wertzuwachs. Im Geschäftsjahr 1984/85 erzielte grundbesitz-invest mit 4,54 DM je Anteil eine Wertsteigerung von 6,8%. Hiervon werden 3,40 DM auf Ertragsschein Nr. 15 ausgeschüttet.

Bei der Wiederanlage Ihrer Ausschüttung in der Zeit vom 2.1.1986 bis zum 31.3.1986 erhalten Sie einen attraktiven Rabatt von 3%.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank 



Ulrike Meinhof als Kultfigur in Wackersdorf. Ein Autonomer „malt" eine Hütten-Flagge. Aushang am Info-Stand FOTOS: D. AHLERS

Ein Abenteuerspielplatz für Alternative

Von DETLEV AHLERS

Am Morgen nach der eiskalten Nacht kriechen die Platzbesetzer im Taxölderner Forst steifgliedrig aus den Holzhütten und Zelten. Sie stolpern zur Feldküche, in der Müsli, Vollkornbrot, Joghurt und Kaffee ausgeschenkt werden. Um zwölf Uhr am letzten Tag des Jahres trifft sich die Barrikadenbau-Trupp am Info-Stand, um diese Zeit sind bereits viele emsig am Werk: Sie fällen Bäume, begrüßen Neuankömmlinge, die mit Äxten im Gürtel und Rucksack die Hütten ihrer Freunde suchen, und führen Neugierige aus der Umgegend herum.

Am Bahndamm der Strecke Schwandorf-Cham, etwa 50 Meter von den Hütten entfernt, versuchen derweil ein Dutzend Autonome, die Besatzung eines Polizeiwagens auf der anderen Seite des Gleises mit Silvesterknallern zu provozieren. In *Eimern schleppen sie Schottersteine* in ihre Hütte – Munition für die erwartete Räumung.

Das Hüttendorf „Wackerland" auf dem Gelände, das für die atomare Wiederaufbereitungsanlage gerodet werden soll, ist ein Abenteuerspielplatz für Aussteiger und Alternative, ein Indianerspiel mit klaren Freund-Feind-Bildern: Die etwa 200 Leute, die dort übernachten, sehen sich als friedliche Retter der Umwelt und des Waldes; die CSU-Politiker *und die Polizei hingegen sind* „Terroristen" und „Mörder", die die Menschheit mindestens in Wackersdorf auslöschen werden, weil sie eine „Atombombenfabrik" bauen wollen.

Die meisten Platzbesetzer sind jünger als 30 Jahre, viele Studenten unter ihnen, aber auch solche, die sich für ihre Abreise damit rechtfertigen, sie müßten am 2. Januar wieder frühmorgens arbeiten. Die Namen der Häuser weisen die Bewohner als aus Nürnberg, Hannover, München, Hamburg, Frankfurt und Freiburg kommend aus. Der Name „Freie Republik Wackerland" stellt die Verbindung zur „Freien Republik Wendland" her, dem Hüttendorf, das monatelang die Probebohrungen in Gorleben verhinderte. Die etwa 50 Holzhütten sind geschickt und stabil gezimmert, mit Planen abgedeckt und mit Tannenzweigen als Kälteschutz verkleidet.

Den meisten Platzbesetzer ist es an keiner gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Polizei gelegen; das sagen sie und das zeigen die Erfahrungen vergleichbarer Aktionen. Viele tragen Anstecker von Friedensgruppen; ihnen ist es wich*tig, daß ein Pastor das große Holzkri*zifix vor den Hütten gesegnet hat, sie sind getragen von dem Sendungsbewußtsein, ein Unheil von der Menschheit abzuwenden.

Der Einfluß der Partei der Grünen ist nicht nur in den Sprecherräten erkennbar – vielmehr handelt es sich bei diesem Hüttendorf um eine Aktion der „sozialen Verteidigung", die die Grünen in ihren Programmen immer dann für gerechtfertigt halten, wenn Bürger, die eine Gefahr erkennen, nur mit „formal" gesetzeswidrigen Aktionen die „Herrschenden" aufhalten können.

Die meisten also sind eingeschworen auf passiven Widerstand. Im Falle der Räumung, die vor der Wiederaufnahme der Rodungsarbeiten am 7. Januar erwartet wird, werden sie sich wegtragen lassen; was sicher auch dem Bedürfnis einiger, sich als Märtyrer zu fühlen, entgegenkommt. Die Räumung wird durch Barrikaden und Stolpergräben erschwert. Einige Mutige haben sich in schwindelnder Höhe Baumhäuser gezimmert. Aber es gibt einen harten Kern von 20 bis 30 „Autonomen" im Hüttendorf, die sich wie eine Soldateska aufführen. Sie sind in Wackersdorf, *weil sie kämpfen wollen. Sie tragen* ihre Gesichtsmasken wie Uniformen. Sie maßen sich das Recht an, ihnen suspekt erscheinenden Fremden Befehle zu erteilen (für das eigentlich Komische dieser Kontrollen im widerrechtlichen Hüttendorf haben sie kein Gefühl). Sie auch waren es, die mit Feuerwerkskörpern auf Polizeihubschrauber geschossen haben. Im Falle von gewalttätigen Auseinandersetzungen gilt ihnen – und keineswegs der Polizei – die Sympathie der übrigen Besetzer.

Am Silvesterabend, den die Platzbesetzer mit einem ökumenischen Gottesdienst, Musik und Bier feierten, erklärte Hubert Weinzierl vom Bund Naturschutz das neue Jahr zum Anti-Atomkraft-Jahr. Die Platzbesetzer kündigten „neue Aktionen des Widerstandes" an. Es mag sich als Fehler der Polizei erweisen, das Hüttendorf während der Feiertage zu dulden. Denn ein solches Dorf erzeugt einen Solidarisierungs-Sog in der alternativen Szene.

Bonn sprang in die Bresche

Berliner Koalitionszwist beendet / FDP-Mann neuer Chef des Bundeshauses an der Spree

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wenn Berlins bürgerliches Bündnis von CDU und FDP nicht zu Rande kommt, muß die Bundesregierung in die Bresche springen: Das bewährte Rezept heilte am Ende der diesjährigen Bonner Etatberatungen abermals einen „schweren Fehler" (FDP-*Chef Walter Rasch*) der Berliner Koalitionsverhandlungen nach der erfolgreichen März-Wahl.

Mit dem Segen der FDP-Spitzen und Gerhard Stoltenbergs, aber gegen den Willen von Bundesminister Heinrich Windelen und des Berlin-Bevollmächtigten Peter Lorenz (CDU), rückt jetzt ein Liberaler auf eine Führungsposition im Berliner Bundeshaus. Die FDP zwängt damit wieder einen Fuß in die Tür zur Deutschlandpolitik ...

Der Sieger nach monatelangem Tauziehen hinter den Kulissen heißt Hermann Schmid: Der 45jährige Volljurist, Ex-Beamter im Bundesinnenministerium und Stellvertreter von Berlins Doppel-Senator Professor Rupert Scholz (Bundesangelegenheiten/Justiz) rückt heute in die Spitzenposition eines Ministerialdirektors ins Berliner Bundeshaus ein. Er übernimmt dort unter anderem die Berlin-Dependance des innerdeutschen Ministeriums. Der bisherige Senatsdirektor (Staatssekretär) bei Scholz fällt gleich zwei Besoldungsstufen (von B 7 nach B 9 = rund 150 000 Mark Jahressalär) „die Treppe hinauf".

Die Entscheidung fiel zu nächtlicher Stunde, als der Haushaltsausschuß des Bundestages letztmals über seinen Papieren saß. Die *CDU/CSU/FDP-Gruppe schob, wie* bei derlei Gelegenheiten stets üblich, ein sogenanntes „non paper" mit Personalwünschen über den Tisch, das auch den Punkt Schmid betraf. Als auf SPD-Seite daraufhin das Wort vom „schwarz-gelben Filz" fiel, nickten einige CSU-Kollegen stumm, aber verständnisinnig.

Die Vorgeschichte dieses Vorgangs setzte ein, als die FDP nach den für sie so überaus erfolgreichen Berliner Wahlen vom 10. März voreilig auf den seit 22 Jahren von ihr reklamierten Posten des Bundessenator-Stellvertreters in Bonn verzichtete. Das Manko, nun als FDP nicht mehr das Ohr auf die Bonner Schiene legen zu können, erkannte man erst später: Nun suchte man nach einem Ausweg, Schmid zumutbar weiterzuverwenden. Zumal seine Ehefrau, Erika Schmid-Petry, in der innerparteilichen Berliner FDP-Arithmetik als Vize-Fraktionschefin eine wichtige Rolle spielt. Schmid lehnte vergleichbare Senatsdirektoren-Angebote in anderen Ressorts ab und beharrte, weiter auf seinem deutschlandpolitischen Feld zu ackern.

Berlins FDP-Kämpfer in Bonn, Hans-Günter Hoppe, nahm sich der delikaten Angelegenheit an. Zwar zeigten weder Heinrich Windelen – mit seinem loyalen, in Bonn nun *nicht angemessen einsetzbaren* Berliner Bürochef Horst Winkelmann (SPD) durchaus zufrieden – noch Peter Lorenz Interesse an Schmid, doch die Bonner Koalitionsspitzen leisteten Hilfestellung für die Bewahrung des Berliner Koalitionsfriedens.

Für Schmid ließ man die B 9-Stelle wiederaufleben, die bis zum Sommer 1980 Hermann Kreutzer (SPD) innehatte. Er war seinerzeit von seinem Parteifreund, Minister Egon Franke, wegen unliebsamer Äußerungen über kommunistische Unterwanderungstendenzen bei der SPD vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden.

Jetzt entdeckten Union und FDP als „Argumentationshilfe" diese fünfeinhalb Jahre lang verwaiste Stelle. Etattechnisch versah man außerdem eine B 9-Stelle im Bundespresseamt mit einem sogenannten „Kw"-Vermerk („kann wegfallen"), und alle scheinen es nun zufrieden zu sein.

Bis auf den Steuerzahler, möglicherweise.

Wolfgang Heissner starb in Berlin

DW. Berlin

Im Alter von nur 54 Jahren ist der stellvertretende Chefredakteur der „Berliner Morgenpost" Wolfgang Heissner plötzlich verstorben. Heissner, gebürtiger Berliner, war in den sechziger Jahren Mitarbeiter der Berliner *WELT*-Redaktion und volontierte bei der „WELT am SONNTAG". Dort wurde er auch Redakteur und später Chef vom Dienst. Von Hamburg zog es ihn jedoch wieder in seine Heimatstadt zurück. Er war zunächst Lokalchef der „Berliner Morgenpost" bis ihn Verleger Axel Springer zum stellvertretenden Chefredakteur, verantwortlich für die Sonntags-Beilage „Berliner Illustrirte", berief.

„Wenn es einen goldenen Bären für Berlin-Treue gäbe, er hätte ihm längst verliehen werden müssen", heißt es in dem Nachruf der „Berliner Morgenpost" für den hervorragenden Journalisten, und geschätzten Kollegen.

In der ÖTV von Krise „keine Rede"

rtr, Köln

Von Krise und gesunkenem Ansehen der Gewerkschaften in der Bevölkerung kann nach Meinung der Vorsitzenden der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulf-Mathies, „keine Rede" sein. Viele Bürger hielten die Gewerkschaften für notwendig und brächten ihnen „gewisse Sympathien" entgegen, sagte Frau Wulf-Mathies unter Berufung auf Umfrageergebnisse im WDR. Der Rückgang in der Mitgliederentwicklung sei in den meisten Gewerkschaften überwunden. Bei der ÖTV sei die Entwicklung in jüngster Zeit „außerordentlich positiv" verlaufen, sagte die Vorsitzende weiter.

Frau Wulf-Mathies gab jedoch zu, daß die Gewerkschaften Schwierigkeiten in der Diskussion um die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Bewältigung neuer Techniken und den Umweltschutz hätten.

„Auch 1986 kein Medienvertrag"

dpa, Mainz/München

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten der Länder, Bernhard Vogel (CDU), glaubt nicht, daß im neuen Jahr ein Medienstaatsvertrag zustandekommt. *In einem von Sat 1 vorab* übermittelten und gestern ausgestrahlten Interview erklärte Vogel, es sei nicht realistisch, mit einem Staatsvertrag zu rechnen.

Aber gerade deshalb müßten sich die Bundesländer, die private Anbieter im Bereich der neuen Medien wollten, so absprechen, daß die Privaten in manchen Ländern keine Stolpersteine im Wege liegen hätten. Außerdem müßte man auch die Frage der Werbung und der Einspeisung einheitlich regeln. Für die Privaten müßten die gleichen Startbedingungnen geschaffen werden wie sie die öffentlich-rechtlichen Anstalten hatten.

GRUNDWERT FONDS
von Grund auf wertvoll

Ab 2.1.1986 wird auf Ertragsschein Nr. 13 die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 1.10.1984 – 30.9.1985 ausgezahlt.

**Ausschüttung:
6,50 DM pro Anteil**

Im Rahmen von Anlagekonten mit automatischer Wiederanlage werden in Höhe der Ausschüttung zusätzliche Anteile zum Anteilwert gekauft.
Einige Informationen über das abgelaufene Geschäftsjahr per 30.9.1985:
Mittelzufluß: 284,8 Mio DM
Fondsvermögen: 1.973,4 Mio DM
Anlageschwerpunkte: Büro- und Geschäftsgebäude, Warenhäuser und Einkaufszentren mit bekannten Mietern wie Kaufhof, Quelle, Woolworth, Mövenpick, Siemens, MAN, Henschel, Lufthansa, Familienministerium.
Gesamter Anlageerfolg (bei Wiederanlage der jährlichen Ausschüttungen), erzielt in stetiger Aufwärtsentwicklung:
– 1 Jahr: 7,0%
– 5 Jahre: 46,0%
– 10 Jahre: 103,4%
Hinter dem GRUNDWERT-FONDS stehen die Dresdner Bank, HYPO-BANK und Leonberger Bausparkasse. Dort – aber auch über alle anderen Kreditinstitute – können die Anteile gekauft und wieder verkauft werden.
Gern senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich Informationsmaterial.

DEGI Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH, Marienstraße 17, Postfach 10 07 41, 6000 Frankfurt/Main 1

Geboten wird
seriöse Schiffsbeteiligung an ausländischer Reederei, die mit erfahrenem Management in europ. Fahrt tätig ist. Spätere tätige Partnerschaft wird angestrebt.
Zuschr. erb. u. PB 48 995 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Telefonische Anzeigenannahme
Essen-Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 24

tennis magazin
Davis Cup-Special:
16 Seiten Farbreport über das Super-Finale von München.
Alles im neuen tennis magazin.
DM 5,50
Jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
kündigt an

Dienstag, 7. Januar 1986

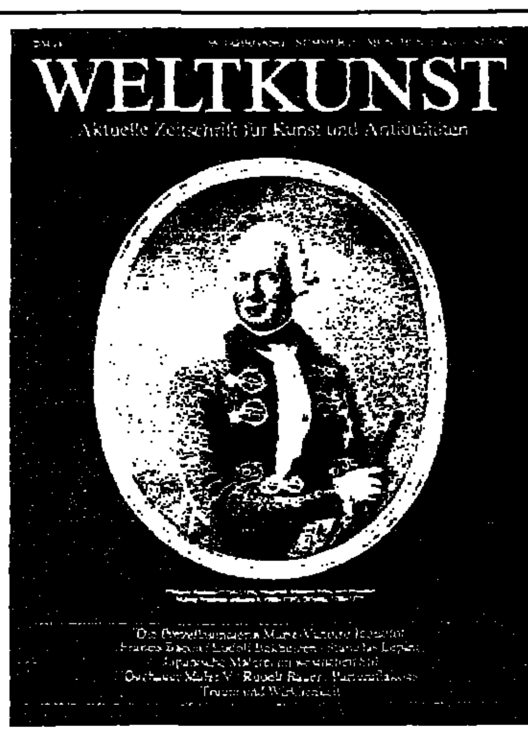
60 Jahre
Deutsche Lufthansa

Am 6. April 1926 nahm die Lufthansa auf acht innerdeutschen Strecken ihren Linienverkehr auf. Der Kranich als Wappentier prangte an 162 Flugzeugen 18 verschiedener Flugzeugtypen. Und am 1. Mai des selben Jahres startete in Berlin-Tempelhof eine Junkers G 24 nach Königsberg zu einer Weltpremiere: Der ersten regelmäßigen Nachtflugstrecke. Die Weiterentwicklung des Linienflugverkehrs ließ den Erdball kleiner werden, Kontinente wuchsen zusammen, Völker rückten einander näher.

In ihren Beiträgen zum WELT-Report „60 JAHRE DEUTSCHE LUFTHANSA" äußern sich Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Heinz Ruhnau zur internationalen Luftverkehrspolitik und der führenden Position der Lufthansa im Weltluftverkehr.

Weitere Themen: Sicherheit im Flugverkehr, Management des weltweiten Streckennetzes, Partner Bundesbahn und Lufthansa, die Bedeutung der Standorte Frankfurt, Köln und Hamburg.

Kaufen Sie sich
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



WELTKUNST
Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Zweimal monatlich liefert Ihnen die WELTKUNST Berichte von anerkannten Experten auf dem Gebiet der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmessen und den Kunsthandel des In- und Auslandes.
In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

**Ein Probeheft zum Kennenlernpreis von DM 7,– erhalten Sie durch
WELTKUNST Verlag, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 089/181091**

Moskau soll Rotes Kreuz nach Afghanistan lassen

Europa-Parlament fordert mehr Hilfe / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments über die Lage in Afghanistan, Hans-Gert Pöttering, plädiert dafür, daß die westeuropäischen Staaten ihre humanitäre Hilfe für die afghanischen Flüchtlinge „angesichts der dramatischen Verhältnisse erheblich verstärken". Bonn könne aus „ausgesonderten Beständen der Bundeswehr Kleidung, Schuhe, Wäsche an die drei Millionen Flüchtlinge" senden und die Europäische Gemeinschaft könnte „ihre vollen Lager an Weizen, Butteröl, Zucker und Milchpulver für die Flüchtlinge öffnen, statt Überschußwaren zu Billigpreisen an die Sowjetunion zu liefern".

Pöttering hielt sich im Dezember in den Flüchtlingslagern an der pakistanisch-afghanischen Grenze auf. Dort traf er auch mit einflußreichen Führern des afghanischen Widerstands zusammen. In Islamabad wurde er von Pakistans Präsident Ziaul Haq empfangen. Nach seiner Rückkehr setzte er im Europa-Parlament einen Dringlichkeitsantrag durch, in dem die Sowjetunion aufgefordert wird, „unverzüglich und ohne Bedingungen dem Internationalen Roten Kreuz die Behandlung verwundeter Personen auf afghanischem Boden zu gestatten, wie es auch in Kambodscha und im Iran-Irak-Konflikt selbstverständlich ist". Pöttering in einem Gespräch mit der WELT: „Gorbatschow lächelt in Genf, aber er verbietet die medizinische Behandlung von Verwundeten in Afghanistan."

Starke Motivation

Im März wird Pöttering dem Europa-Parlament in Straßburg einen umfangreichen Bericht vorlegen. Die Sowjets kämpften nun schon länger gegen Afghanistan als gegen Hitler-Deutschland. Ihr Krieg sei völkerrechtswidrig. Die Europäer sollten unter anderem daraus die Lehre ziehen, daß die Sowjetunion regelmäßig unbestimmte Beistandsklauseln in Freundschaftsverträge einbezieht, um eine vertragliche Legitimation für militärische Interventionen in anderen Staaten zu schaffen. Sie handelte nach dem Motto: Einmarsch nur nach Vertrag.

Nach Meinung des CDU-Politikers „können die Sowjets den Krieg nicht gewinnen. Die religiöse Motivation der Freiheitskämpfer ist so stark, daß sie sich, wie sie sagen, mit bloßen Händen gegen die Invasoren wehren würden, wenn die Waffenquellen versiegten". Pöttering führt Beispiele an. Der Taxifahrer aus München, der, hervorragendes Deutsch sprechend, nach Afghanistan zurückkehrte, „um im Widerstand zu helfen"; der Polizeioffizier, ausgebildet in der Bundesrepublik, mit sehr guten Aussichten für eine Karriere in Kabul, er ist jetzt Anführer einer Guerrilla-Truppe; der Generalkonsul in Karatschi, er führt jetzt auch eine Gruppe von Freiheitskämpfern an oder auch der General, der in Indien als Militärattaché tätig war und jetzt in den Bergen Afghanistans kämpft.

Auch militärisch helfen

Die Sowjets setzten seit 1984 verstärkt Spezialeinheiten (Speznaz), die dem militärischen Geheimdienst GRU unterstehen, ein und zwar vor allem in den Grenzprovinzen zu Iran und Pakistan, um die Nachschublinien der Freiheitskämpfer zu kappen. Diese bekämen Waffen aus China, finanziert von islamischen Ländern.

Ähnlich wie das Bonner Friedensforum tritt Pöttering dafür ein, die Mudschahedin auch „international als wahre Vertreter des afghanischen Volkes *anzuerkennen und diplomatische* und wirtschaftliche Unterstützung nur noch ihnen, beziehungsweise den Flüchtlingen in Pakistan zukommen zu lassen". Europa könne militärisch nicht viel bewirken, habe aber eine große moralische, medizinische und humanitäre Aufgabe zu erfüllen. Der Westen sollte militärisch den Freiheitskämpfern Unterstützung geben, indem er Verteidigungswaffen wie Minensuch-und räumgeräte, Minensprenger, Panzerabwehr- und Flugabwehrsysteme zur Verfügung stelle.

Einen ersten Erfolg seiner Bemühungen kann der Afghanistan-Berichterstatter des Europäischen Parlaments und Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Abrüstung schon vorweisen. Die Kommission habe bereits zugesagt, in diesem Jahr zusätzlich Getreide, Butteröl und Zucker bereit zu stellen, nachdem die EG-Nahrungsmittelhilfe für diese „größte Flüchtlingsmasse der Welt" in den letzten Jahren ständig zurückgegangen war.

Kanada will in seinen arktischen Gewässern jetzt auch souverän sein

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Nach jahrelanger Vernachlässigung der Verteidigung im hohen Norden will Kanada in der Arktis jetzt mächtig aufrüsten. Das Kabinett des konservativen Premierministers Brian Mulroney berät gegenwärtig über ein vom Außen- und Verteidigungsministerium ausgearbeitetes Memorandum, in dem eine massive Verstärkung der kanadischen militärischen Präsenz in der Arktis dringend empfohlen wird. Unter anderem wird in dem Memorandum der Bau von vier atomgetriebenen Unterseebooten gefordert, die dazu in der Lage wären, praktisch unbegrenzt lange unter dem Eis zu operieren.

Gegenwärtig ist Kanada wegen seiner militärischen Schwäche nicht dazu in der Lage, seine Souveränität im eigenen Territorium in der Arktis auszuüben. Dem Kabinett liegen Berichte vor, wonach sowjetische U-Boote seit geraumer Zeit regelmäßig westlich von Grönland durch kanadische Hoheitsgewässer in die Baffin Bay und von dort in den Nordatlantik eindringen. Sie können auf diese Weise die von den Seestreitkräften anderer NATO-Staaten sorgfältig überwachten Gewässer zwischen Grönland und Schottland vermeiden.

Die kanadische militärische Präsenz in der Arktis beschränkt sich gegenwärtig auf gelegentliche Aufklärungsflüge. Solche Flüge werden etwa alle drei Wochen unternommen. Die vor Jahrzehnten gebauten 23 Zerstörer und drei Diesel-U-Boote der kanadischen Kriegsmarine sind nicht dazu in der Lage, in arktischen Gewässern zu patrouillieren.

Um eine ständige Überwachung *des arktischen Territoriums zu er*möglichen, schlägt das Memorandum unter anderem die Konstruktion eines technisch aufwendigen kanadischen Aufklärungssatelliten vor. Seine Kosten werden auf 350 Millionen kanadische Dollar (über 700 Millionen Mark) geschätzt, und er könnte frühestens 1991 gestartet werden. Außerdem ist vorgesehen, die Meerengen zwischen den Inseln des Königin-Elisabeth-Archipels sowie den Lancaster-Sund mit Sensoren zum Aufspüren von U-Booten zu versehen.

Schließlich befürwortet das Memorandum den seit Jahren erörterten Plan, mit einem Aufwand von 450 Millionen kanadischen Dollar (über 900 Millionen Mark) einen schweren Eisbrecher zu bauen, der dazu in der Lage wäre, Eisdecken bis zu einer Dicke von zwölf Metern zu durchbrechen und damit auch im Winter in der Arktis zu operieren.

Was für ein heikles Thema die Ausübung der Souveränität in den arktischen Territorien Kanadas ist, erwies sich im vergangenen August, als die USA den Eisbrecher „Polar Sea" durch die Nordwestpassage schickten. In Kanada erhob sich ein Sturm der Entrüstung, weil Kanada von der amerikanischen Regierung weder um Erlaubnis gebeten noch informiert worden war. Gleichzeitig war den Kanadiern aber klar, daß es sich dabei um eine bloße Formsache handelte, denn Kanada ist gegenwärtig so schwach, daß es – von einem Bombenangriff durch Flugzeuge vielleicht abgesehen – keine Möglichkeit hat, einem Schiff die Durchfahrt durch die Passage zu verwehren.

Um diesen peinlichen Zustand zu beenden, verlangt das Kabinetts-Memorandum eine „ganzjährige militärische Präsenz in den nördlichen Gewässern". (SAD)

Pause in Chinas Reformpolitik

dpa, Peking

China will 1986 eine Atempause in seiner wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik einlegen. Sie soll genutzt werden, um das Erreichte gegen Fehlentwicklungen wie Korruption und Inflation abzusichern. Das kün*digte die parteiamtliche „Volkszei*tung" an, deren Kommentare die Meinung der chinesischen Führungsspitze widerspiegeln.

„Was wir brauchen, sind Taten und nicht leeres Gerde", heißt es in dem Neujahrsleitartikel. Er gibt zu, daß auch unter führenden Funktionären noch immer Widerstände gegen die pragmatische Modernisierungspolitik bestehen. Kritisiert werden dabei vor allem diejenigen, „die der Reform nur Lippenbekenntnisse entgegenbringen". Wie das Blatt ankündigt, sind im Interese der Konsolidierung neue Reformschritte in Richtung auf eine mehr marktorientierte Wirtschaft erst 1987, dem zweiten Jahr des siebten Fünfjahresplans (1986–1990), zu erwarten.

Anschlag auf Synagoge vereitelt

rtr, Paris

Die französische Polizei hat nach Angaben des Innenministeriums einen Terroranschlag auf die Haupt-Synagoge von Paris vereitelt. Wie das Ministerium bestätigte, wurden am Sonntag drei Männer festgenommen, *die am Silvestertag ein Attentat auf* die Synagoge verüben wollten. Bei den Festgenommenen handele es sich um zwei Portugiesen und einen Ägypter, die für eine Prämie von 5500 Francs (1850 Mark) den Anschlag verüben wollten, zu dem ein Libanese in Madrid den Auftrag erteilt habe. Die Polizei fand in ihrem Hotelzimmer Sprengstoff und Zünder zur Herstellung von Sprengsätzen sowie Flugblätter, auf denen eine Gruppe sich „im Kampf der Christen für die Befreiung der Heiligen Stätten" zu dem Anschlag bekannt habe.

Auf die Synagoge in der Rue Copernic, die Ziel des Anschlags sein sollte, war im Oktober 1980 bereits ein Bombenanschlag verübt worden, bei dem vier Menschen starben.

Satellitenkonferenz in 100 Städten

idea, Berlin

Die bisher größte weltweit per Satellit übertragene Konferenz, der internationale Kongreß für Gebet und Mission, „Explo 85", fand in fast 100 Städten und 53 Ländern gleichzeitig statt. Sie fand ihren Abschluß am 1. *Januar mit einer gemeinsamen* Verpflichtung zur Mission. Die insgesamt 600 000 Teilnehmer, davon rund 4500 im westlichen Teil von Berlin, dem deutschen Veranstaltungsort, erklärten sich bereit, intensiver als bisher bei der Ausbreitung des christlichen Glaubens mitzuwirken.

Zu den Mitwirkenden des Treffens unter dem Motto „Damit die Welt anders wird" gehörten der amerikanische Baptistenpastor Billy Graham und Alt-Bundespräsident Karl Carstens.

Der größte Einzelkongreß mit über 70 000 Teilnehmern tagte in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. In West-Europa beteiligten sich insgesamt 17 000 junge Christen an dem Treffen.

Fragen über Perus Kurs zwischen Ost und West

Annäherung an Kuba und Moskau, Streit mit Washington

WERNER THOMAS, Miami

Perus Präsident zeigte Zufriedenheit. Das interne Echo sei „positiv" gewesen, versicherte er. „Dies ist eine Regierung, die sich Respekt verschafft." Alan Garcia (38), der im Juli die Regierung der südamerikanischen Nation als jüngster demokratischer Staatschef übernahm, erregte zum Jahreswechsel Aufsehen mit der Verstaatlichung der amerikanischen Ölgesellschaft Belco. Es war die erste Maßnahme dieser Art seit den sechziger Jahren.

Garcia versucht, Wogen zu glätten. Dieser Schritt sei gegen keine Regierung gerichtet, betonte er. Er bedeute nicht den Beginn einer Nationalisierungswelle. Der Präsident und seine Minister vermeiden die Formulierung „Verstaatlichung". Sie sprechen von einer Vertragskündigung. Sie erinnern daran, daß die Regierung mit zwei anderen ausländischen Ölkonzernen neue Verträge aushandeln konnte, Occidental Petroleum Corporation (USA) und Oxi-Bridas (USA, *Argentinien). Beide seien konzes*sionsbereit gewesen.

Obgleich die Reagan-Regierung bisher keine offizielle Stellungnahme veröffentlichte, ist Spannung spürbar. Perus Botschafter Cesar Atala wurde ins State Department zitiert und an die amerikanischen Gesetze erinnert. Das sogenannte Hickenlooper-Gesetz fordert die Einstellung der Auslandshilfe an alle Nationen, die US-Firmen verstaatlichen und keine „schnellen und angemessenen Entschädigungen" zahlen. Belco wünscht 400 Millionen Dollar, die Regierung hält 185 Millionen für angemessen. Perus Außenminister Allen Wagner Tizon kritisierte ungewöhnlich scharf die State-Department-Warnung: Sie sei „ungehörig und ungerecht". Sein Land könne notfalls auf die amerikanische Hilfe verzichten. Sie sei „nicht sehr bedeutend", 30 Millionen Dollar pro Jahr.

Grüße für Castro

Garcias sozialdemokratische Apra-Partei (Revolutionäre Amerikanische Volksallianz) kämpft seit Jahrzehnten gegen „Imperialismus" und „Ausbeutung", zwei Feinde, die gewöhnlich in Zusammenhang mit den USA gebracht werden. Auch Garcia bedient sich dieses Vokabulars. Der Präsident zählt jedoch nicht zum linken Flügel der Apra. Das Belco-Drama aber fällt ausgerechnet in eine Zeit, in der Peru neue ostpolitische Aktivitäten entfaltet. Armando Villanueva, der – linksgerichtete – Generalsekretär der Apra, besuchte gerade Moskau. Von Madrid aus schickte er eine Neujahrsbotschaft an Fidel Castro. In der kubanischen Hauptstadt Havana befanden sich wiederum der peruanische Ministerpräsident Luis Alva Castro und eine Ministerdelegation. Garcia *wollte dieses Ereignis* herunterspielen, als er letzte Woche erklärte, Alva Castro unternehme eine „Privatreise". Eine Privatreise mit Ministern ...

Nur Demagogie?

Die Annäherung an Kuba überraschte, weil es anfangs Unstimmigkeiten zwischen Castro und Garcia gegeben hatte. In den letzten Wochen zeichnete sich dagegen eine Klimaverbesserung ab. Peru erklärte sich bereit zur Normalisierung des diplomatischen Verhältnisses. Seit 1980, als 12 000 revolutionsmüde Kubaner auf dem Gelände der peruanischen Botschaft in Havana Zuflucht nahmen, sind beide Länder nicht mehr mit Botschaftern in den jeweiligen Hauptstädten vertreten.

Die besonderen Beziehungen Perus zur Sowjetunion datieren dagegen aus der Ära des linken Generals Velasco Alvarado (1968 bis 1975). Damals kaufte Peru sowjetische Waffen, Flugzeuge und Panzer, die bis heute nicht bezahlt sind. Gerade wurde ein Abkommen ausgehandelt, das den Südamerikanern erlaubt, 90 Prozent *dieser Schulden, etwa zwei Milliar*den Dollar, mit Warenlieferungen abzutragen. Die Sowjets sollen kürzlich auch 42 Kampfhubschrauber des Typs Mi-24 geliefert haben. Dieser Typ wird in Afghanistan eingesetzt. Die Garcia-Regierung gab bisher keine Bestätigung.

Der junge Präsident erfreut sich nach wie vor einer beispiellosen Popularität. 75 Prozent der zwanzig Millionen Peruaner unterstützen seine forsche Amtsführung. Gelegentlich jedoch wird Besorgnis geäußert über eine leichte Ungewißheit und die Inflation der Rhetorik. Das Wochenmagazin „Oiga" fühlte sich bereits an die populistischen Zeiten des peronistischen Argentinien erinnert: „Die Demagogie regiert das Land."





Auf die Zwölfergemeinschaft.

Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals vergrößert sich die Europäische Gemeinschaft um 48 Millionen Menschen: Sie ist damit zum größten Markt der westlichen Welt geworden. Heute beträgt das Handelsvolumen Deutschlands mit Spanien und Portugal 19 Milliarden Mark. Durch Zollabbau und Steuerangleichung wird sich der Warenaustausch mit diesen Ländern beträchtlich ausweiten. Wenn Sie sich über die Exportchancen Ihres Unternehmens mit Spanien und Portugal informieren wollen, reden Sie mit uns: Wir kennen die Märkte dort aus erster Hand, wir verfügen über viel Erfahrung im Handel mit der Iberischen Halbinsel und haben ausgezeichnete Kontakte zu Banken in beiden Ländern.

BfG:Ihre Bank

Vor einem Vergleich mit anderen Ländern ist der CSU nicht bange

Von PETER SCHMALZ

Am Jagdschloß von Esting, einem kleinen Weiler wenige Kilometer westlich von München, steht ein Spruch geschrieben, der von bayerischem Selbstbewußtsein strotzt. „Extra Bavariam nulla vita, et si est vita, non est ita" ist auf einer der getünchten Außenwände in jener Sprache zu lesen, die Bayerns Ministerpräsident bevorzugt auch im politischen Schlagabtausch einsetzt.

Und der Satz, dessen Herkunft nicht exakt zu datieren ist, hat durchaus auch zu tun mit dem politischen Selbstverständnis im weißblauen Freistaat, weshalb nicht verwunderlich ist, daß er eine Seite des bayerischen Magazins ziert, das „Löwe und Raute" heißt und das derzeit von der CSU als bunter Bilderbogen bayerischer Lebensart in einer Auflage von drei Millionen Exemplaren an alle Haushalte verteilt wird. Und in der klugen Einsicht, daß nicht alle Landeskinder des Lateinischen ähnlich mächtig sind wie der Landesvater, wird klein und in der Ecke die deutsche Übersetzung beigefügt: „Außerhalb Bayerns gibt es kein Leben – und wenn, dann doch nicht dieses."

Für Bayern war das abgelaufene Jahr ohne Wahlen, für die seit nunmehr 23 Jahren allein regierende CSU aber dennoch gekennzeichnet von einer Fülle beachtlicher Erfolge, die teilweise auch in der Statistik nachzulesen sind. So war das südöstliche Bundesland auch 1985 wieder Spitzenreiter in der staatlichen Investitionsquote und Schlußlicht bei der Pro-Kopf-Verschuldung.

Rau als Wunschkandidat

Es trifft sich für die CSU gut, daß der Kanzlerkandidat der SPD Johannes Rau heißt und als Ministerpräsident für die Politik eines Bundeslandes die Verantwortung trägt, in dem es weit mehr Arbeitslose gibt als in Bayern und in dem die staatlichen Investitionen deutlich geringer sind, dafür aber mehr Zinsen gezahlt werden müssen, weil der Schuldenstand in NRW dreimal höher ist als der bayerische. Daß der Düsseldorfer Finanzminister dann auch noch einen Brief schrieb, in dem er auf die leeren Kassen des Landes hinwies und Schuldenländer wie Mexiko und Polen als warnende Beispiele erwähnte, war Wasser auf Bayerns Propagandamühlen.

„Wir stellen uns in Bayern gerne dem Vergleich mit anderen und messen daran die Leistung unserer Politik", sagt Gerold Tandler und verkündet damit zugleich den Kern des bayerischen Wahlkampfkonzeptes für die Landtagswahl im Oktober und für die darauffolgende Bundestagswahl. Der Vergleich, der mit Sicherheit den Wahlkampf auch optisch auf Plakaten und in Annoncen bestimmen wird, wird zugeschnitten sein auf die Gegenüberstellung der Erfolge des CSU-regierten Strauß-Landes und des sozialdemokratisch gelenkten Rau-Staates. Dem prosperierenden Bayern, das in erster Linie dank einer expandierenden Elektronikindustrie gemeinsam mit Baden-Württemberg zum deutschen Wachstumsmeister wurde, bietet sich ein solches Vergleichskonzept geradezu an.

Somit könnte CSU-General Tandler den beiden Wahlen gelassen entgegensehen. Dennoch bleibt ein bislang unabwägbarer Risikofaktor: Die Bayern, bislang treuester CSU-Wählerstamm, haben die Ungeschicklichkeiten des CSU-Agrarministers



Kiechle bei den Brüsseler Verhandlungen im vergangenen Jahr noch nicht vergessen. Die Sorge der CSU ist jedoch nicht das Abwandern der Landwirte zur SPD oder gar zu Splitterparteien, sie fürchten vielmehr, die Bauern und ihre Familien könnten wieder bei der Europawahl der Stimmabgabe fernbleiben und damit das CSU-Ergebnis spürbar drücken.

„Wenn es uns nicht gelingt, diese Wähler zur Urne zu bringen, müssen wir mit einem Ergebnis unter 55 Prozent rechnen", meint ein CSU-Funktionär. Im Herbst 1982 hatten 58,3 Prozent für die Regierungspartei votiert.

Die SPD war damals mit 31,9 Prozent weit hinter ihren Hoffnungen zurückgeblieben. Sollte ihr bei der Herbstwahl wiederum ein Zugewinn versagt bleiben, der deutlich über zwei Prozent hinausgeht, hätte sie erneut ihr Ziel verfehlt, die Voraussetzungen für einen Regierungswechsel bei einer der nächsten Wahlen zu schaffen. Noch gibt sie sich optimistisch und kämpferisch. Mit dem Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Hiersemann wird sie von einem schlagfertigen und wortflinken Spitzenkandidaten zur Landtagswahl geführt, doch dem massigen Zweieinhalb-Zentner-Koloß steht die Bewährungsprobe noch bevor.

Ungeklärt ist bisher auch die Wirksamkeit des anderen neuen Spitzengenossen, des Münchner Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger als bayerischer Landesvorsitzender. Er setzt auf eine deftige Sprache, die allerdings nicht wenige Sympathisanten abstoßen könnte und die bei permanenter Wiederholung leicht als pure Peinlichkeit erscheint. Immerhin sieht Schöfberger (einst Hauptverantwortlicher im Niedergang der Münchner SPD) erste positive Anzeichen. „Es gelingt uns offenbar, in der bayerischen SPD Hoffnungsfunken zu entzünden und wieder Mut zu machen", sagt er. „Wir brauchen nicht mehr die kleinsten Hinterzimmer zu nehmen." Im März soll er zum bayerischen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl nominiert werden.

Schafft es die FDP?

In kleiner Runde gibt er allerdings zu, vor zwei schweren Wahlkämpfen zu stehen, da mit einem Frontalangriff auf die Regierungspolitik der CSU kaum Wähler zu gewinnen sind. Auch die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf, von der SPD zum zentralen Konfliktpunkt erklärt, ist kein Wahlschlager. Schöfberger mußte bei Veranstaltungen selbst erleben, daß mit der Entfernung von Wackersdorf das Interesse der Bürger an diesem Thema rapide abnimmt.

Optimismus versprüht Bayerns junger FDP-Landesvorsitzender Manfred Brunner. „Wir kommen in den nächsten Landtag", verkündet er, obwohl die bisherigen Umfragen seinen weißblauen Liberalen kaum mehr als 4,5 Prozent bescheinigen. Die Bildungs- und die Wirtschaftspolitik werden die Schwerpunkte des FDP-Wahlprogramms bilden. Bei der letzten Landtagswahl kurz nach dem Bonner Regierungswechsel war die FDP mit 3,5 Prozent auf der Strecke geblieben.

Auch die Grünen hatten mit 4,7 Prozent den Einzug ins Maximilianeum verpaßt, ob sie diesmal die Fünf-Prozent-Hürde überspringen können, erscheint zumindest fraglich. Vor allem die SPD erhofft sich einen Wählerwanderungsgewinn aus dem grünen Potential. Zwei weitere Klein- und Jungparteien sind eigentlich nur noch als Kuriosum am Rande erwähnenswert, wenngleich sie beide großsprecherisch ihren Parlamentseinzug vorhersagen: Franz Handlos, einst CSU-Bundestagsabgeordneter und Gründer der Republikaner, ist dort wieder ausgeschieden und nun Chef der „Freiheitlichen Volkspartei", deren einziges Merkmal ihr Grad an Unbekanntheit ist. Ein wenig mehr Wind macht der einstige Fernsehredakteur Franz Schönhuber mit seinen „Republikanern", die er alleine führt, seit er Handlos und den Ex-CSU-Abgeordneten Ekkahard Voigt aus der jungen Bewegung verdrängte. Doch für beide Splitterparteien wäre es schon ein Erfolg, ausreichend Stimmen zu gewinnen, um in den Genuß der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen.

„Probleme wahrnehmen und Lösungen finden"

Die DFG erhält mit Hubert Markl einen neuen Vorsitzenden

dpa, **Bonn**

Der Konstanzer Biologe Prof. Hubert Markl (47) hat gestern sein neues Amt als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft übernommen. Er ist Nachfolger von Prof. Eugen Seibold, der sich nach sechsjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wiederwahl stellte. Von 1977 bis 1983 war Markl bereits Vizepräsident der Forschungsgemeinschaft.

Der in Regensburg geborene Markl ist vor allem durch seine Untersuchungen auf den Gebieten der Sinnesphysiologie und des Sozialverhaltens der Tiere hervorgetreten. Sein wissenschaftliches Werk umfaßt mehr als 100 Veröffentlichungen und mehrere Bücher.

Markl sieht das vorrangige Ziel seiner künftigen Arbeit an der Spitze der größten deutschen Forschungsförderungsorganisation vor allem darin, die DFG als „wichtigsten Garanten der Freiheit der Grundlagenforschung" in allen Zweigen der Wissenschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung strenger Qualitätsmaßstäbe zu erhalten.

Wissenschaftliche Forschung von hoher Qualität ist nach Auffassung von Prof. Markl auch die unentbehrliche Voraussetzung dafür, Probleme des menschlichen Daseins richtig wahrzunehmen und Lösungen für sie zu suchen und zu finden.

Auch wer sich der Tatsache nicht verschließe, daß der Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse selbst wieder neue Probleme schaffe, „kann nicht verkennen, daß für ihre Bewältigung kritische wissenschaftliche Bestandsaufnahme und von rationaler Einsicht angeleitetes Handeln notwendig sind".

Zugleich warnte der DFG-Präsident aber auch vor einer Überforderung der Wissenschaft und nahm sie vor unberechtigter Kritik in Schutz. Sie könne nicht für alles Verantwortung tragen und habe auch nicht auf alle Fragen und Probleme Antworten.

Daß man aber beispielsweise zunehmend besser verstehe, welche Gefahren von der Belastung der Umwelt mit chemischen Stoffen ausgingen, verdanke man „nicht in erster Linie der Arbeit zivilisationskritischer Essayisten", sondern den Forschungsergebnissen von Wissenschaftlern, die es erlaubten, Stoffe nachzuweisen und ihre Wirkung zu analysieren. Auch könne man nur mit Methoden der Wissenschaft nachweisen, was wann warum wie und für wen gefährlich sei.

Markl vertrat die Auffassung, daß die Freiheit der Forschung im Grundgesetz nicht uneingeschränkt garantiert sei, sondern wie jede Freiheit dort ihre Grenzen finde, wo sie die Rechte anderer verletze und gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstoße. Die Wissenschaft könne nicht den Anspruch erheben, daß ihr Erkenntnisstreben alles, was sie tun könnte, überrangig rechtfertige, wenn dadurch nur mehr Erkenntnis gewonnen werden könne.

Wenn die Erkenntnis nur unter Verletzung der Rechte anderer gewonnen werden könne, dürfe die Wissenschaft es nicht tun. Auch dürfe die Wissenschaft nie darüber verfügen, was Menschen mit sich machen lassen sollten oder nicht.

Andererseits wandte sich Markl gegen Forderungen, bestimmte Forschungsarbeiten an Versuchstieren etwa zur Fortentwicklung genetischer und fortpflanzungsbiologischer Methoden grundsätzlich zu untersagen. *Dies sei weder notwendig noch* mit der Freiheitsgarantie des Grundgesetzes vereinbar.

Ein solches Verbot wäre sogar unsinnig und schädlich: Man könnte beispielsweise zu der Überzeugung kommen, daß ein sogenanntes Embryo-Screening, eine Überprüfung von Embryonen auf genetische Anlagen für Erbkrankheiten, zwar für den Menschen sittlich nicht akzeptabel sei, daß es in der Haustierzucht aber durchaus nützlich und weder unrecht noch unmoralisch sei. In einem solchen Fall könnte man durch Unterlassung nicht weniger schaden als durch Übereifer.

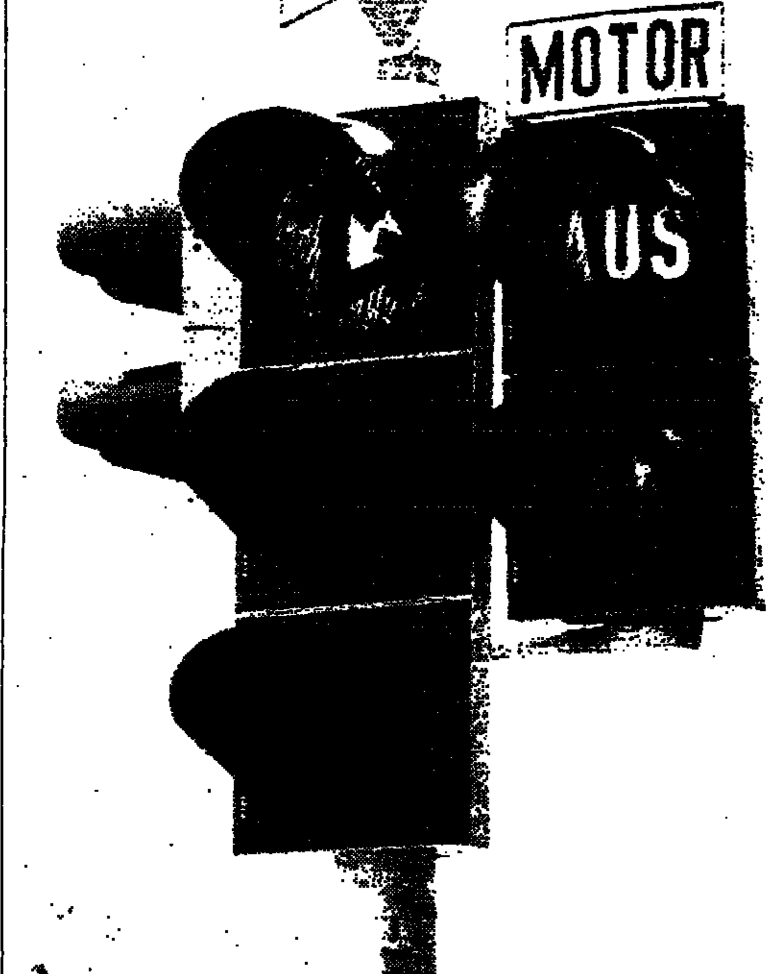


FOTO: SIEMENS

Umwelt-Ampel im Examen

Kann das Abstellen des Motors vor einer roten Ampel vorteilhaft sein? Eine Bewährungsprobe im Rahmen eines einjährigen Modellversuches des Innenministeriums von Baden-Württemberg soll darüber mehr Aufschluß bringen. Voraussetzung für einen sinnvollen Versuchsbetrieb ist ein gut sichtbarer Hinweis für den Autofahrer, ob beim Erreichen einer roten Ampel ein Motorabstellen überhaupt noch lohnt.

So wurden – zunächst in Böblingen – „Umweltampeln" eingerichtet, die zu Beginn der Rotphase „Motor aus" signalisieren. Ebenso erhält der Autofahrer etwa fünf Sekunden vor dem *Umschalten die Aufforderung zum* Anlassen.

In einer Zwischenphase von etwa 20 Sekunden, in der ein Abstellen für neu ankommende Wagen nicht mehr empfehlenswert ist, aber das Anlassen der stehenden Autos noch verfrüht wäre, sind die Hinweise erloschen.

Für die Zusatz-Signalisierung sind in Böblingen bestehende Ampelanlagen ergänzt worden. Die Auswertungen des Modellversuchs sollen sowohl die Auswirkungen auf die Emissionen (Abgase, Lärm) als auch das Verhalten der Autofahrer und den Verkehrsfluß einbeziehen. D. T.

Mit Hochdruck gegen den Hochdruck

Ein nationales Blutdruckprogramm will mit einer bundesweiten Aktion die Gefahren des „Hypertonus" eindämmen

Von LOTTE LUDWIG

Sechs bis acht Millionen Bundesbürger haben einen zu hohen Blutdruck. Etwa 30 Prozent aller Erwachsenen leiden an einer Hypertonie, Männer in größerer Zahl als Frauen. Bei rund 80 Prozent handelt es sich um einen sogenannten „milden, essentiellen Hypertonus". Der systolische Blutdruck (oberer Wert) ist höher als 140 mmHg, der diastolische (unterer Wert) bewegt sich zwischen 90 und 105 mmHg.

Ohne eine Behandlung würde sich die Lebenserwartung junger Menschen um zehn bis 20 Jahre verkürzen. Die genaue Ursache der essentiellen Hypertonie ist noch nicht vollkommen geklärt. Sicherlich spielen genetische Faktoren eine Rolle, aber auch ein zu hoher Kochsalzkonsum wird als Verursacher ins Feld geführt. In den letzten fünf Jahren sind neue Erkenntnisse hinzugekommen, wobei unter anderem eine Übererregbarkeit des sympathischen Nervensystems beteiligt sein sollen.

Erfolge sind voraussehbar

Aber auch den jüngst entdeckten Neuropeptiden und den Sexualhormonen wird an der Entwicklung eines Bluthochdrucks eine Rolle zugeschrieben. Die Hypertonie gehört zweifelsohne zu den Risikofaktoren erster Ordnung für die Entstehung einer Arteriosklerose mit den Folgeerkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems.

Auf der ersten nationalen Blutdruckkonferenz in Heidelberg ist das Nationale Blutdruckprogramm (NDP) von der Liga für die Bekämpfung des hohen Blutdrucks vorgestellt worden. In Zusammenarbeit mit Fachgesellschaften und Institutionen des öffentlichen Lebens ist jetzt eine bundesweite Aktion gegen den Hypertonus vorgesehen. Da der Bluthochdruck in seinen Anfangsstadien keinerlei Schmerzen verursacht, wissen viele Menschen nichts von ihrer Erkrankung. Sie suchen deswegen auch keinen Arzt auf.

Da eine diätetische und medikamentöse Behandlung voraussehbare Erfolge gewährleistet, besteht das Problem darin, die Hochdruckkrankheit zu diagnostizieren. Die Möglichkeit dazu ist gegeben, wenn bei jedem Arztbesuch aller Fachrichtungen der Blutdruck gemessen wird, sofern er nicht bereits bekannt ist. Aus den Ergebnissen lassen sich dann Empfehlungen für vorbeugende und therapeutische Maßnahmen ableiten.

Dem nationalen Blutdruckprogramm sind in der Bundesrepublik Deutschland zwei regionale Programme vorausgegangen, eines in München, das andere in Lübeck. Bei einer repräsentativen Personenzahl wurden die Blutdruckwerte erfaßt und den Hypertonikern eine ärztliche Behandlung empfohlen.

Dazu ist eine laufende Kontrolle erforderlich. Die Liga empfiehlt eine morgendliche und abendliche Selbstkontrolle der Patienten, einerseits um den Rhythmus der tageszeitlichen Schwankungen zu erfassen und andererseits um den Therapieerfolg einer Behandlung zu kontrollieren. Derartige Blutdruckmessungen sollten schon bei den Schulkindern beginnen, um zum Beispiel Hochdruckfamilien herauszufinden.

Übergewichtige sind zwei- bis viermal stärker hypertoniegefährdet als Normalgewichtige. Mit jedem Kilogramm Übergewicht steigt der Blutdruck um vier mmHg. Mehr als 30 Gramm Alkohol pro Tag führen zu einem Anstieg um zwei bis acht mmHg. Erste Forderung ist deshalb eine Gewichtsreduktion.

Allen Patienten mit einer milden Hypertonie, die für eine große Zahl von Herzinfarkten verantwortlich ist, wird eine Ernährungsumstellung angeraten, die allein oft schon zu einer Normalisierung der Blutdruckwerte führt. Erst wenn das nicht der Fall ist, sollte eine medikamentöse Therapie angeschlossen werden. Die tägliche *Nahrungsmenge ist dem tatsächlichen* Verbrauch anzupassen.

Das gleiche gilt für das Fett, den hauptsächlichen Energieträger. Der Anteil von 40 Prozent der Gesamtkalorien ist auf 30 Prozent zu reduzieren. Aufgrund von Experimenten ist nachgewiesen worden, daß tierische Fette mit vorwiegend gesättigten Fettsäuren den Blutdruck erhöhen und pflanzliche Fette mit einem hohen Anteil an Linolsäure den Blutdruck zu senken vermögen. Für beide Fettsäuregruppen wird ein Anteil von zehn Prozent der Gesamtkalorien vorgeschlagen. Die dritte Forderung betrifft das Kochsalz. Aus epidemiologischen Untersuchungen ist bekannt, daß in Ländern mit einem hohen Kochsalzverbrauch die Zahl der Hypertoniker größer ist als in Gebieten mit einem niedrigen Konsum.

Zu hohe Kochsalzmengen

Als Beispiel wird Nordjapan angeführt, wo täglich 30 bis 40 Gramm Kochsalz verzehrt werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Kochsalzmenge von täglich zehn bis 15 Gramm auch noch viel zu hoch.

Für die Aufrechterhaltung normaler Stoffwechselvorgänge wird lediglich ein Gramm Natrium (entsprechend zwei bis drei Gramm Kochsalz) benötigt. Hier hat die DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) einen Kompromiß geschlossen, wenn sie fünf bis 7.5 Gramm Kochsalz pro Tag empfiehlt.

Man muß dabei bedenken, daß die Grundnahrungsmittel bereits Kochsalz enthalten, am wenigsten Obst, Gemüse, Kartoffeln, Nährmittel in einer Tagesration nur ein Gramm, Brot drei Gramm, Aufschnitt (Wurst, Schinken, Käse) 3.5 bis vier Gramm, die warme Mahlzeit am Mittag oder Abend liefert nochmals ca. sieben Gramm hinzu und das, ohne daß der Salzstreuer zum Nachsalzen betätigt worden wäre.

Thatcher: Berlin kann sich auf uns verlassen

DW. **Berlin**

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat sich für eine fortdauernde Präsenz der allierten Schutzmächte in Berlin ausgesprochen, „so lange diese notwendig ist". In einer der „Berliner Morgenpost" übermittelten Neujahrsbotschaft nannte die britische Regierungschefin Berlin eine „einzigartige Stadt".

Tragischerweise sei Berlin aber auch zu einem Symbol der Teilung geworden. „Die Mauer erinnert uns greifbar daran, daß die demokratischen Freiheiten, die wir im Westen als unser ureigenstes Recht hochachten, vom Osten als Bedrohung betrachtet werden." Frau Thatcher betonte weiter: „Berlin erinnert uns auch an das, was durch Einigkeit und Entschlossenheit bei der Verteidigung der Freiheit erreicht werden kann." Die Berliner könnten sich weiter auf Großbritannien verlassen – „1986 und darüber hinaus".

Jenninger will den Bundestag entlasten

dpa, **Bonn**

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hat in einer Neujahrsansprache angeregt, die Ausarbeitung detaillierter Gesetzesregelungen stärker als bisher der Verwaltung zu überlassen. Dadurch könne der Bundestag bei der Gesetzgebung entlastet werden, sagte der CDU-Politiker im Deutschlandfunk. Wenn die Verwaltung einen Teil der Aufgaben übernähme, hätte das Parlament mehr Zeit, sich der Diskussion aktueller Fragen zu widmen.

Viele Bürger klagten darüber, daß zu wenig Abgeordnete im Plenum anwesend seien. Jenninger erinnerte daran, daß der Plenarsaal nur einer von vielen Arbeitsräumen des Bundestages sei. Die Gesetzgebungsarbeit werde in den Parteien, den Fraktionen und den 20 Bundestagsausschüssen vorbereitet.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Krise in Manila bereitet Canberra ernste Sorgen

Lebenswichtige Schiffahrtswege bedroht / Offene Polemik

JÜRGEN CORLEIS, **Sydney**

Die Sorgen der USA um die politische Zukunft der Philippinen sind offenbar auch die Sorgen Australiens. Ein parlamentarischer Ausschuß der Außen- und Verteidigungsressorts in Canberra überprüft gegenwärtig die politischen und militärischen Beziehungen Australiens zu den Philippinen. Das noch vertrauliche Strategie-Programm betont die wachsende Bedeutung der US-Militärstützpunkte Subic Bay und Clark Air Base „angesichts der zunehmenden sowjetischen Präsenz in der Region und des zu erwartenden größeren chinesischen Interesses im Südchinesischen Meer".

Für Australien ist es lebenswichtig, daß die Schiffahrtslinien durch das Hoheitsgebiet der Philippinen offengehalten werden, und die Regierung wünscht deshalb, „daß die gegenwärtige Ausrichtung der philippinischen Außenpolitik auf die USA und enge regionale Zusammenarbeit (Asean) beibehalten wird". Als eines der „entscheidenden außenpolitischen Ziele" gilt es, die Sympathie der Philippinen für die Interessen des Westens zu erhalten.

Aber auf welchem Wege? Durch die Fortsetzung der Unterstützung für Präsident Marcos oder durch Schützenhilfe für die demokratische Opposition? Canberra steht vor dem gleichen Dilemma wie Washington, es hat nur unvergleichbar viel weniger Einfluß auf die Philippinen als die USA. Deshalb konnte es jetzt auch von Marcos zum Sündenbock für Überlegungen gemacht werden, die für das australische Außenministerium ebenso gelten wie für den amerikanischen Senat.

„Boden für Umsturz"

Denn als Reaktion auf Äußerungen von Außenminister Bill Haydens untersagte die philippinische Regierung der australischen Luftwaffe die Benutzung des US-Stützpunktes Clark Air Base bei Manila. Hayden hatte vor dem Parlament in Canberra gesagt: „Die philippinische Regierung hat durch Verstöße gegen die Menschenrechte und durch eine gewaltige wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die aus der Duldung der Privilegien einer reichen Oligarchie erwachsen ist, den fruchtbaren Boden für einen gewaltsamen Umsturz geschaffen, der jetzt zu einer ernsten Gefahr geworden ist."

Die heftige Reaktion Manilas auf diese Kritik wird von Beobachtern als Teil des Wahlkampfes und als verschlüsselte Warnung an die USA, sich ähnlicher „Einmischungen in innere Angelegenheiten" zu enthalten, gesehen. Militärisch ist sie nicht sehr bedeutungsvoll, weil die australische Luftwaffe Clark Air Base nur selten benutzt und die letzten gemeinsamen Manöver im September abgeschlossen wurden.

„Flegelhafte Politiker"

Das australische Außenministerium hat zu der in Manila überreichten und scharf formulierten Note des philippinischen Außenministers Pacifico Castro keine Stellung genommen, um die Spannungen nicht noch weiter anzuheizen. Die Auseinandersetzung verlagerte sich inzwischen in die Öffentlichkeit. Zwei philippinische Parlamentarier schrieben einen offenen Brief an die australische Botschaft, in dem sie Australiens Premierminister Hawke und Außenminister Hayden als „flegelhafte und arrogante Politiker" bezeichneten, die sich lieber um australische Angelegenheiten kümmern sollten.

Eine regierungsfreundliche Zeitung in Manila schlägt sogar polizeiliche Maßnahmen gegen Bars und Nachtclubs, die vom „Abschaum der australischen Gesellschaft betrieben werden", vor. In australischen Zeitungen wiederum fordern Leserbriefe die Einstellung der Wirtschaftshilfe für Präsident Marcos. Sie beträgt im laufenden Jahr rund 20 Millionen Mark und ist ohnehin umstritten.

Die Verschlechterung der militärischen Situation auf den Philippinen hat bei einigen australischen Parlamentariern auch die Befürchtung aufkommen lassen, daß die USA vielleicht eines Tages australische Militärhilfe zur Verteidigung ihrer Stützpunkte anfordern könnten. Wiederholte Anfragen im Parlament haben die australische Regierung jedoch nicht veranlaßt, sich auf die Befürwortung oder Ablehnung einer Beistandsverpflichtung festzulegen.

(SAD)

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Kritik am Nationalpark

Bremen (dpa) – Der gestrige Start des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer" ist nach Auffassung des World Wildlife Fund (WWF) nicht ganz geglückt. In einem Interview Radio Bremens bezeichnete ein Sprecher der Organisation den Nationalpark als schlecht vorbereitet. Außerdem kritisierte der WWF-Sprecher den niedrigen Etat für den Nationalpark als „Halbherzigkeit, mit der diese nationale Aufgabe in Niedersachsen angegangen wird". Kritiker hatten die Schutzwirkung ebenso angezweifelt wie die des 265 000 Hektar großen Nationalparks Wattenmeer vor Schleswig-Holsteins Nordseeküste. Nach Ansicht der Organisation müssen die Voraussetzungen für echte Ruhezonen und eine wirksame Nationalparkverwaltung zum großen Teil erst noch geschaffen werden.

Explosionsgefahr

München (AP) – Vor Explosionsgefahr bei Zusatz von Benzin zu Dieselkraftstoff hat gestern der bayerische Arbeits- und Sozialminister Franz Neubauer gewarnt. In einer Erklärung angesichts der stark gesunkenen Temperaturen – in Nordbayern wurden in der Nacht zum Silvestertag bis zu 15 Grad Kälte gemessen – stellte Neubauer fest, daß die „Benzinmethode" zwar wirksam, aber gefährlich sei. Mit Benzin versetzter Dieselkraftstoff bilde mit Luft leicht zündbare explosionsfähige Dämpfe. Geeignet sei der Zusatz von sogenannten Fließverbesserern zum Dieselkraftstoff, wenn dies der Fahrzeughersteller zulasse, oder die Nachrüstung mit beheizbaren Filterkerzen.

Mehr Babys gerettet

Bonn (D. T.) – Die Anstrengungen der Frauenärzte und Geburtshelfer in der Bundesrepublik um die Verbesserung der Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen hat nach Ansicht des Präsidenten des Berufsverbandes der Frauenärzte, Dr. Eduard Koschade, zu einem erfreulichen Ergebnis geführt. Wie jetzt mitgeteilt wurde, konnte die sogenannte perinatale Sterblichkeit im vorletzten Jahr deutlich gesenkt werden: Es starben von 1000 Babys nur noch – statistisch gesehen – 8,6 während der Entbindung oder in den ersten sieben Tagen nach der Geburt. Zehn Jahre zuvor waren es noch 21,4 Babys.

Schätze von der Halde

In den USA geht das erste Gallium-Bergwerk in Betrieb

Von HARALD STEINERT

Germanium und Gallium sind typische Metalle des Hochtechnologie-Zeitalters, die zwar nur in geringen Mengen zum Einsatz kommen, jedoch eine Art Schlüsselposition in verschiedenen Produktionszweigen innehaben. So wird Germanium vor allem für Infrarot-Optiken benötigt. Diese nehmen rund die Hälfte der Jahresproduktion auf; weitere 20 Prozent gehen in Katalysatoren und fast ebensoviel in die Faseroptik.

Gallium wird vor allem für den Bau integrierter Schaltkreise verwendet, Galliumarsenid-Chips sind strahlenfester als Chips auf Silizium-Basis und daher besonders für Anwendungen in der Raumfahrt geeignet. Der Weltverbrauch an Germanium liegt zur Zeit in der Größenordnung von 85 Tonnen pro Jahr, der Verbrauch an Gallium bei 30 bis 35 Tonnen pro Jahr.

Bisher kommt das Germanium als Nebenprodukt aus der Aufbereitung von Kupfer- und Zink-Erzen, das Gallium ebenfalls zum Teil aus der Zinkerz-Aufbereitung, zum Teil aus Rückständen des sog. Bayer-Prozesses der Tonerdegewinnung. Die Preise für beide Metalle sind trotz der Baisse an den Rohstoffmärkten in den letzten Jahren gestiegen. Der Preis für Germanium hat sich sogar im letzten Jahrfünft verdoppelt.

Jetzt steht eine völlig neue Marktlage in Aussicht: Beide Metalle werden in Kürze – wie „Mining Journal" berichtet – als Primärprodukte eines eigens auf sie gerichteten Bergbaus gewonnen werden, und zwar in Mengen, die das Preisgefüge erheblich beeinflussen dürften: Die Förderaufnahme in der „Apex"-Grube im südlichen Utah steht bevor.

Es handelt sich um eine Lagerstätte, die bereits vor einigen Jahrzehnten auf Kupfer abgebaut wurde. Die Abraumhalden des damaligen Betriebes werden jetzt neu aufbereitet, da sie die eigentlichen „Wertmetalle" noch enthalten.

Das Roherz enthält rund 0,04 Prozent Gallium und 0,08 Prozent Germanium. 1,9 Prozent Kupfer, 1,75 Prozent Zink und 42 Gramm Silber pro Tonne werden als Nebenprodukte bei der Produktion der „Elektronik"-Metalle mitgewonnen. Die Erzvorräte sollen für knapp ein Jahrzehnt reichen. In den ersten drei Jahren erwartet man eine Ausbeute von jährlich 18 Tonnen Germanium und zehn Tonnen Gallium.

Die Post wünscht allen *BRIEFFREUNDEN, FERNSCHREIBERN,*



WELLENREITERN, EUROPIEPERN, TELEFAXERN, AUFTRAGS-

DIENSTGEWECKTEN, POSTLAGERERN, ENTSTÖRTEN, KABELFERN-



SEHERN, BRIEFKASTENFIRMEN, FREISTEMPLERN, EINSCHREIBERN,

BRIEFMARKENSAMMLERN, PÄCKCHEN-OMIS, DRAHTLOSEN, POST-

FACHMÄNNERN, TELEGRAMMSTILISTEN, COUPONSCHNIPP-

LERN, KARTENLESERN, WOHLFAHRTSMARKEN-WOHLTÄTERN,

AUSKUNFTKINOZEITANSAGEWETTERDIENSTWÄHLERN, BILD-

SCHIRMTEXTERN, PREISAUSSCHREIBENTEILNAHMEKARTENEINSEN-

DERN UND POSTBANKIERS **ein glückliches Neues Jahr!**

Post

Wir 523.678 Leute von der Post sind auch 1986 gern für Sie da.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Mißachtung des Rechts

„Warum hält sich keiner mehr so recht ans Recht?"; WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Schreiber weist dankenswerterweise auf die allumfassende veränderte Einstellung zu Gesetz und Recht hin.

Jedoch muß ihm entschieden widersprochen werden, wenn er in dem Schlußsatz seiner ersten Artikel-Folge meint, daß der Rechtsbruch von oben während der NS-Zeit in den massenhaften Regelverletzungen von unten neuerdings eine Fortsetzung finde. Von einer Fortsetzung kann wegen den beiden völlig verschiedenen Ebenen keine Rede sein.

Die massenhaften Rechtsbrüche haben auch von „unten" kaum ihre Ursache. Es sei auf den erhellenden Beitrag „Familie und Selbstvertrauen" von Joachim Neander in gleicher WELT-Ausgabe hingewiesen. Darin werden ganz erhebliche und durchaus erwiesene Gründe genannt, welche zu dieser geradezu katastrophalen Entwicklung geführt haben und vor allem noch fortlaufend weiter führen werden.

Die Vorbilder von „oben", welche Herr Neander namentlich, stellvertretend für überaus zahlreiche andere sogenannte Vorbilder benennt, sind die wahren, für jedermann offenliegenden Quellen der Verderbnis von großen Teilen unserer Gemeinschaft. Aber nicht nur diese allein.

Wir erlebten in den vergangenen Jahrzehnten und zunehmend erleben wir in der Gegenwart höchst abschreckende Beispiele auf der politischen Bühne, wovon sich keine Kraft ausschließen kann.

Der Jugend, der man in Schulen, Organisationen und nicht zuletzt in gewissen Medien wertvolle Traditionen und Einsichten in die Notwendigkeit von Erziehung und dem sich von da herleitenden Minimum an Gehorsam gründlich ausgetrieben hat, dieser Jugend kann man keine Vorwürfe machen; sie ist das Produkt dieser Nicht-Erziehung.

Mit guten Neujahrswünschen!
Hubert Baum,
Wiesbaden

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Professor Schreiber hat dankenswerterweise auf die Verwilderung der Rechtsnormen in unserer Zeit hingewiesen.

Fairerweise aber müssen wir Autofahrer zugeben, daß er dafür als Ausgangspunkt eine nur bedingt als exemplarisch geltende Personengruppe herangezogen hat: die Radfahrer; wir Autofahrer dagegen kommen bei ihm relativ glimpflich davon (... auf der Suche nach Parkraum ... Parken in der zweiten Reihe). Die hunderttausend Autofahrer aber, die tagtäglich Geh- und Radwege rücksichtslos zuparken (ein deutsches Massenblatt sprach von „Parken – brutal" vor 14 Tagen) sieht der autofahrende Herr Professor anscheinend nicht.

Durch was werden jährlich 12 000 Menschen zu Tode und ca. 80 000 zu Krüppeln gefahren? Doch nicht durch Radfahrer, sondern durch uns motorisierte Zeitgenossen, die die Vorherrschaft der StVO durch nicht angepaßte Geschwindigkeit, Alkohol am Steuer, falsches Überholen etc. für sich nicht gelten lassen.

Wir Autofahrer sind doch letztlich verantwortlich dafür, daß die Radfahrer für sie überflüssige Regelungen (Einbahnstraßen, Ampeln, Abbiegeverbote etc.) auferlegt bekommen haben.

Das beste Beispiel aber für die Verwirrung der Geister hat Herr Professor Schreiber selbst vor einigen Wochen in der WELT gegeben, als er davor warnte, „Tempo 100" einzuführen, weil der Staat keine Möglichkeit habe, die Einhaltung der Begrenzung zu überwachen, der Großversuch habe gezeigt, daß nur ca. 30 Prozent der Autofahrer „Tempo 100" einhalten.

Im Klartext: Alle Rechtsnormen, die von der Mehrheit übertreten werden, sind grundsätzlich aufzuheben, da sie sowieso nicht beachtet werden. Eine schlimmere Bankrotterklärung des Rechtsstaates kann man sich schwerlich vorstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Heiner van Westendarp,
Kempten

Wort des Tages

„Ein freundliches Wort findet immer guten Boden."

Jeremias Gotthelf, Schweizer Autor (1797–1853)

Nur Legenden?

Sehr geehrte Herren,

in der Weihnachtsnummer der von mir geschätzten Zeitung WELT steht ein Aufsatz mit dem Titel „Krippe und Kreuz" aus der Feder des katholischen Bischofs von Mainz, Karl Lehmann. In diesem Artikel kommt der Satz vor: „Die christliche Weihnachtsgeschichte mag legendenhafte Züge tragen."

Hier behauptet der oberste Verkünder des Glaubens im Bistum Mainz, ein Teil der Evangelien sei höchstwahrscheinlich ungeschichtlich; denn eine Legende ist eine erfundene Erzählung meist erbaulicher Art. Wieviel von der Weihnachtsgeschichte ungeschichtlich ist, sagt Lehmann nicht; die Reichweite zu bestimmen, bleibt vermutlich rationalistischen Exegeten überlassen.

Ich erhebe gegen diese Aussage eines katholischen Bischofs aus meinem Glaubensbewußtsein entschiedenen Protest. Die katholische Kirche lehrt seit fast 2000 Jahren die Geschichtlichkeit der Evangelien in allen ihren Teilen. Lehmann verfehlt sich gegen diese allgemeine Lehre der Kirche und führt in die Irre. Er setzt sich mit seiner Aussage auch in Widerspruch zu konkreten Äußerungen des höchsten Lehramtes der Kirche.

Weiß Lehmann, welchen schlüpfrigen Pfad er hier betritt? Wenn die Kindheitsgeschichten der Evangelien legendenhafte Züge haben, warum nicht auch die Auferstehungsberichte? Hier ist die Axt an die Wurzel des Baumes gelegt.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Nowag,
Mainz

Rudolf Heß

„Bundespräsident plädiert für die Freilassung von Rudolf Heß"; WELT vom 24. Dezember

Hoffentlich hat Rudolf Heß die „Weihnachtsbotschaft" des Bundespräsidenten nicht gehört und nicht gelesen. So sehr ich dessen Gedanken bejahe, daß eines Menschen Würde nicht angetastet, Feindbilder nicht gepflegt, Menschenrechtsverletzungen nicht verschwiegen werden dürfen – warum galten und gelten solche Grundsätze nicht auch für Rudolf Heß?

Ich habe – selbst widerrechtlich als „Zeuge" im Verbrecherflügel inhaftiert – Heß' Einlieferung in die gegenüberliegende Zelle des Zuchthauses Nürnberg erlebt und weiß, wie dort Menschenrechte und Menschenwürde schamlos mißachtet wurden. Ich vermag daher dem Bundespräsidenten nicht zu folgen, wenn er „unser Rechtsempfinden" bemüht, die Verurteilung von Rudolf Heß zu lebenslanger Haft als Recht und eine Begnadigung als „Bekräftigung des Urteils" zu empfinden.

Doch ich empfehle jedem, der Wert auf ein eigenes Urteil legt, die Urteilsbegründung des „internationalen Militärgerichtshofes" gegen Heß selbst zu lesen.

Walter Lüdde-Neurath,
Garmisch-Partenkirchen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

offensichtlich ist dem Bundespräsidenten Freiherrn von Weizsäcker nicht bekannt, daß Wolf Rüdiger Heß in einem Gespräch mit seinen Freunden der Konservativen Aktion – Bundesvorsitzender Ludek Pachmann – klargemacht hat, daß sein Vater (Rudolf Heß) trotz der schweren Haft ein Gnadengesuch ablehnt, weil er keine Gnade, sondern Recht verlangt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Gisela Winkler,
Hamburg 55

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer ausgezeichneten Weihnachtsansprache hat sich der Bundespräsident für die Freilassung von Nelson Mandela und Rudolf Heß sowie für bessere ärztliche Behandlungsmöglichkeiten für Andrej Sacharow eingesetzt. Dafür gebührt ihm unser aller Dank.

Aus Zeitungsmeldungen wissen wir, daß die südafrikanische Regierung Mandela schon vor längerer Zeit die Freilassung angeboten hat, wenn er auf Gewalt verzichte. Das hat Mandela abgelehnt. Dient es wirklich dem Frieden, einen rechtskräftig verurteilten Häftling freizulassen, wenn er sich nach wie vor zur Gewalt bekennt?

Als historisch denkender Mensch (Jahrgang 1905) vermisse ich bei der Erwähnung von Heß, daß er im Mai 1941 mit großem politischen und persönlichen Mut und höchstem fliegerischen Können als „Einzelkämpfer" nach England geflogen ist, um zu versuchen, zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen und die Ausweitung des Krieges durch den drohenden Rußlandfeldzug zu verhindern. Damit hat er zumindest vieles, was ihm zu Recht vorgeworfen wird, gutzumachen versucht.

Schließlich haben wir meines Wissens noch zwei deutsche Kriegsgefangene in den Niederlanden, Franz Fischer (83) und Ferdinand aus der Fünten (75). Sie sitzen seit nunmehr 40 Jahren, also fast doppelt so lange wie der viel jüngere Mandela. Sie dürften bei der Länge ihrer Haft und ihrem Alter Gnade verdient haben. Auch ihrer hätte in der Weihnachtsansprache gedacht werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans Weber,
Bonn 3

Völkermord

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn des siebten Kriegsjahres möchten wir nochmals auf diesen Völkermord in Afghanistan hinweisen. Die Bilanz der unermeßlichen Verbrechen sieht wie folgt aus:

- Rund eine Million Tote – davon 80 Prozent Zivilbevölkerung,
- Etwa fünf Millionen Flüchtlinge außer Landes.

Wir bieten allen Lesern an, von uns Unterschriftenlisten anzufordern, in denen wir die Verantwortlichen in Moskau auffordern, ihr völkerrechtswidriges Verhalten zu ändern.

Mit freundlichen Grüßen
H. Schwarz,
IGFM Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.
Postfach 40 09 24, 8000 München 40

Kindergeld

In dem Artikel „Entlastung für kinderreiche Familien" (WELT v. 23. 12.) versucht Heinz Heck eine Rechtfertigung für die steuerliche Berücksichtigung von Kindern, insbesondere sei die progressive Entlastung eine logische Folge des Einkommensteuertarifs.

Das stimmt so nicht. Das von Heck genannte Beispiel, nach dem bei einem Aufwand von 100 Mark für ein Kind bei einem Spitzenverdiener 227 Mark Freibetrag notwendig seien, geht davon aus, daß jeder zu berücksichtigende Aufwand stets „aus der Spitze" berechnet werden müßte. Dabei hat auch der Einkommens-Millionär eine Einkommens-Zone, für die er nur 22 Prozent Steuern zahlt. Im übrigen: noch einfacher und gerechter wäre es doch, bei einem Aufwand von 100 Mark allen Eltern ein Kindergeld von 100 Mark zu geben. Alle die in dem Artikel geschilderten Probleme und Komplikationen wären auf einen Schlag beseitigt.

Gunter Ammann,
Tornesch

Personalien

GEBURTSTAG

Elisabeth Delseit, Konzertveranstalterin und -agentin, feiert am 8. Januar in ihrer Geburtsstadt Köln ihren 80. Geburtstag. Die gelernte Konzertsopranistin hatte kurz nach Kriegsende den Meisterkurs für Gesang beim ersten internationalen Ferienkurs für zeitgenössische Musik in Darmstadt-Kranichstein geleitet und dort den Solopart in der Neufassung von Paul Hindemiths „Marienleben" für Sopran und Orchester übernommen. 1949 gründete sie die „Gemeinschaft der Künstler und Kunstfreunde e. V." zur Förderung des musikalischen Nachwuchses. In den „Konzerten junger Künstler", die seit 1951 regelmäßig im Belgischen Haus in Köln stattfinden, debütierten heute angesehene Interpreten wie **Siegfried Palm** oder die Brüder **Kontarsky**. Die seit 1959 bestehende Konzertdirektion Delseit ermöglichte Tourneen zahlreicher ausländischer Ensembles durch die Bundesrepublik Deutschland.

AUSZEICHNUNG

Polizeioberrat **Guenther Frankenfeld**, Abschnittsleiter der Schutzpolizei im Landkreis Osterholz in Niedersachsen, ist mit einer hohen amerikanischen Auszeichnung geehrt worden. In der Lucius-D.-Clay-Kaserne in Osterholz überreichte der Kommandeur der 2. Armored Division, Brigadegeneral **William F. Streeter**, Frankenfeld die „Outstanding Civilian Service Medal" für besondere Verdienste.

WAHL

Karl Heinz Neukamm, Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ist für 1986 zum Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) gewählt worden. Er ist in dieser Funktion Nachfolger von **Marie Therese Fürstin zu Salm Horstmar**, Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). In der Arbeitsgemeinschaft sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die Arbeiterwohlfahrt, das Diakonische Werk, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das DRK und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, zusammengeschlossen. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft wollen sich die Wohlfahrtsverbände verstärkt darum bemühen, die Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit älterer und behinderter Arbeitnehmer zu lindern.

VERANSTALTUNG

WELT-Chefredakteur **Peter Gillies** leitet die Diskussion beim 20. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn. Unter dem Motto „Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik" werden sich am 16. Januar im Hotel Königshof prominente Politiker und Wirtschaftsexperten treffen. Dr. **Karl Hohmann**, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, gewann prominente Redner: Professor **Kurt Biedenkopf**, den Landesvorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe, den früheren Präsidenten der Deutschen Bundesbank Dr. **Otmar Emminger**, den früheren Wirtschaftsminister Professor **Karl Schiller** und Wirtschaftsminister **Martin Bangemann**. Für ein Schlußwort wird der Wirtschaftsredakteur der „FAZ", Dr. **Ernst Günter Vetter**, verantwortlich zeichnen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung wurde zehn Jahre vor dem Tode von Ludwig Erhard 1967 gegründet. Erhard wurde der erste Vorsitzende der Stiftung, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Gedanken der freien Marktwirtschaft in allen großen Bereichen des öffentlichen Lebens zu verteidigen. Sie tut dies unter anderem mit Publikationen, bedeutenden Wirtschafts- und wissenschaftlichen Fachtagungen.

Der Präsident des Gustav-Adolf-Werkes in Mitteldeutschland, Propst **Rolf Stubbe**, ist, wie erst jetzt in Ost-Berlin bekannt wurde, am 19. Dezember im Alter von 63 Jahren gestorben. Stubbe leitete das Hilfswerk für evangelische Minderheitenkirchen seit 1978. Er war 1947 in den pfarramtlichen Dienst der Berlin-Brandenburgischen Kirche getreten, hatte 1961 die Leitung des Kirchenkreises Angermünde, 1968 die des Kirchenkreises Potsdam übernommen. Vor zehn Jahren berief ihn die Magdeburger Kirchenleitung in das Amt des Propstes des Sprengels Nordhausen.

Nach einem langen tapferen Leben verstarb in Frieden unsere geliebte Schwägerin und Tante

*

Carla Engels

geb. Hilger

* 31. 3. 1893 † 21. 12. 1985

Lene Hilger geb. **Klagges**
Ewald und Armgard Hilger geb. von Schlenther
Paul und Erika Hilger geb. Hortscht
Friedrich und Lilo Siegert geb. Langenohl

Die Beisetzung der Urne findet im engsten Familienkreis statt.

Wir trauern um unsere liebe Mutter

Theodora Wunderlich

geb. Bütterling

* 8. Mai 1900 † 25. Dezember 1985

Lore und Ursula Wunderlich

Dortmund, Recklinghausen, Bad Pyrmont

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Alles kommt ganz genau wie 1929!

Die gute Nachricht: Die Aktienkurse steigen immer höher. Die schlechte Nachricht: Diese größte Hausse aller Zeiten endet unausweichlich im größten Crash aller Zeiten.

LASSEN SIE SICH NICHT BLENDEN! BEREITEN SIE SICH VOR!

Dr. Paul C. Martin

„Stabilität" kann es nach einer Inflation niemals geben. Jede Inflation wird von ihren Schulden eingeholt, und dann kommt die Deflation – sinkende Zinsen sind kein Zeichen eines „störungsfreien Wirtschaftswachstums", sondern der Beweis, daß viel zu wenig Wachstum herrscht, zu wenig Investitionen, zu wenig Konsum – viel zu wenig, um die alten Schulden bedienbar zu halten – der Kapitalismus gibt seine letzte große Gala, er ist schon tot – ein Zombie!

Wie bringe ich mein Vermögen in Sicherheit? Wie profitiere ich dennoch an der Hyper-Hausse in Aktien und Bonds? Und vor allem: Wie verdiene ich weiter gutes Geld im Crash?

Intensiv-Training auf meinen PCM-Seminaren. 2. Februar Frankfurt, 9. Februar München, 16. Februar Düsseldorf, 23. Februar Zürich; jeweils ganztägig ab 9 Uhr. 560,- Franken (inkl. MWSt.): Tagungsunterlagen, Mittagessen, Pausengetränke

Bitte fordern Sie Ihr Programm an:

PCM-Seminare Dr. Paul C. Martin, Merkurstr. 45, CH-8032 Zürich, Telefon 00411/69 00 44. Telex: 81 64 53

Merke: „Kein Crash ohne Boom, kein Boom ohne Crash" (André Kostolany).

Zu Dir hin hast Du uns erschaffen,
und ruhelos ist unser Herz,
bis es ruhet in Dir. Augustinus

Gott nahm zu sich Herrn Dipl.-Bergingenieur

Carl Koch

Bergwerksdirektor i. R.
geb. 7. 8. 1901 – gest. 30. 12. 1985

Alter Herr der Katholischen Deutschen Studentenverbindung „Kaiserpfalz" zu Aachen
Ritter des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem
Träger des Bundesverdienstkreuzes

Es war ihm vergönnt, ein erfülltes Leben zu leben. Sein Weg war bestimmt vom Glauben an Gott, der Liebe zum Bergmannsberuf und der Geborgenheit in seiner Familie, die er liebte und der er Vorbild und Mittelpunkt war.

Martha Koch geb. Essers
Hans Dohr und Frau Helga geb. Koch
Ulrich und Achim Dohr
Dr. Leo Thönnissen und
Frau Dipl.-Ing. Brigitte Thönnissen geb. Koch
Georg, Eva, Ludwig und Albert Thönnissen
Dr. med Carl-Ulrich Koch und
Frau Dr. med. Maria Koch geb. Helming
Christian, Friederike und Felix Koch
Wwe. Marianne Koch geb. Bücken
Dr.-Ing. habil Wilhelm Koch

5142 Doveren, Haus Barbara

Die Exequien werden gehalten am Freitag, dem 3. Januar 1986, um 15.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Dionysius in Doveren. Die Beerdigung findet anschließend statt.

Lobe den Herrn, meine Seele,
und vergiß nicht, was er dir
Gutes getan hat. Psalm 103,2

Nach einem erfüllten Leben voller Liebe und Fürsorge für seine Familie, Freunde und Mitmenschen rief Gott heute meinen geliebten Mann, unseren Vater, Großvater, Bruder und Schwager zu sich. Er war der Mittelpunkt unserer Familien.

Hans Felix Eckhoff

22. Juli 1913 – 24. Dezember 1985

In Liebe und Dankbarkeit
Deike Eckhoff geb. Edye
Birgit von Kameke geb. Eckhoff
Peter von Kameke
Philipp, Bettina, Michael
Hans-Carsten Eckhoff
Cesche Eckhoff geb. Ibs
Birthe Deike, Hans-Harder
Bettina Madeleine Eckhoff
Renate Crasemann geb. Eckhoff
Oswald Crasemann
Christel Siewert geb. Eckhoff

2000 Hamburg 52, Menzelstr. 2a, den 24. Dezember 1985

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 3. Januar 1986, um 11 Uhr in der Groß-Flottbeker Kirche (Bei der Flottbeker Kirche 2) statt. Im Anschluß ist die Beisetzung auf dem Friedhof Stiller Weg.

Anstatt zugedachter Kränze und Blumen bitten wir das Oberalten-Johann-Carl-Jacobj-Stift mit einer Spende zu bedenken: Deutsche Bank Hamburg, BLZ 200 700 00, Konto 3 902 343.





OV. ESSEN, Saarbrücker Str. 2 - Ruf 02 01 / 28 17 17
Postscheck Esn 91177-431

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 535

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

NACHRICHTEN

Moskau überlegen

Davos/Montreal (sid) – Erfolge für Moskauer Vereinsmannschaften im Eishockey: Der Armeeklub ZSKA besiegte auf seiner Nordamerika-Tournee die kanadischen Profis der Montreal Canadians mit 6:1. Spartak Moskau gewann zum dritten Mal den Spengler-Cup in Davos mit einem 6:0 über Kanadas Amateur-Nationalmannschaft. Der deutsche Meister Sportbund Rosenheim wurde in diesem Turnier Letzter.

Neuer Vorsitzender

Mannheim (sid) – *Lothar Merk* (40), Stadtrat von Mannheim, wurde auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zum neuen Vorsitzenden des Eishockey-Bundesligaklubs Mannheimer ERC gewählt. Vorgänger Helmut Müller hat das Amt nach neun Jahren wegen „zahlreicher Diffamierungen" niedergelegt.

Paris–Dakar gestartet

Versailles (dpa) – 487 Lastwagen, Motorräder und Personenwagen sind gestern in Versailles zur achten Rallye Paris–Algier–Dakar gestartet. In den letzten Jahren kam nur ein Drittel der Starter ins Ziel, das am 22. Januar erreicht werden soll.

Weltcup in Gefahr

Garmisch (dpa) – Die beiden Weltcup-Skirennen der Herren in Garmisch-Partenkirchen – Abfahrt am 10., Superriesenslalom am 11. Januar – sind in Gefahr. Auf der 3,2 km langen Kandahar-Abfahrt am Kreuzeck fehlen 20 bis 30 Zentimeter Schnee.

Peter Angerer siegte

Ruhpolding (dpa) – Biathlon-Olympiasieger Peter Angerer gewann den 21. Silvester-Skilanglauf von Ruhpolding über 40 Kilometer in 1:11,30 Stunden vor Franz Schöbel (1:11,31) und dem Österreicher Josef Rehrl (1:11,34).

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Schladming: 1. Wirnsberger (Österreich) 1:56,87 Min., 2. Müller (Schweiz) 1:57,84, 3. Resch (Österreich) 1:57,92, 4. Mair (Italien) 1:57,98, 5. Girardelli (Luxemburg) 1:58,24, 6. Mahrer (Schweiz) 1:58,27, 7. Höflehner (Österreich) 1:58,31, 8. Heinzer (Schweiz) 1:58,57, 9. Sbardellotto (Italien) 1:58,76, 10. Steiner (Österreich) 1:58,80, ... 12. Wasmeier 1:58,96, ... 14. Wildgruber 1:59,34, ... 38. Krauss 2:01,09, ... 41. Eigler 2:01,54, ... 47. Gattermann 2:02,23, ... 51. Kurz 2:02,50, ... 57. Renoth 2:03,10, ... 59. Zehentner 2:03,18, ... 61. Schaible 2:03,51, ... 63. Dürr (alle Deutschland) 2:03,74. – Stand im Abfahrts-Weltcup nach fünf Rennen: 1. Wirnsberger 86 Punkte, 2. Müller 84, 3. Alpiger (Schweiz) 55, 4. Mair 47, 5. Girardelli 44, 6. Höflehner 39, 7. Wasmeier 29, ... 12. Wildgruber 20. – Stand im Gesamt-Weltcup (10 Rennen/1 Kombination): 1. Girardelli 91, 2. Wirnsberger und Müller je 90, 4. Petrovic (Jugoslawien) 62, 5. Nilsson (Schweden) 57, 6. Alpiger und Krizaj (Jugoslawien) je 55, ... 15. Wasmeier 30, ... 21. Wildgruber 20.

EISHOCKEY

Junioren-WM in der kanadischen Provinz Ontario, 4. Spieltag: UdSSR – Deutschland 10:0, CSSR – Schweiz 7:2, Finnland – USA 7:5, Kanada – Schweden 9:2. – In der Tabelle führen Titelverteidiger Kanada und die UdSSR (8:0 Punkte), Deutschland ist Letzter und kämpft mit der Schweiz um den Klassenerhalt. – **Spengler-Cup** in Davos, letzter Tag: Spartak Moskau – Team Kanada 6:0, Auswahl Davos – Dukla Iglau/CSSR 4:2.

HANDBALL

Niedersachsencup, letzter Spieltag: Kiel – Danzig 26:24, Presov – Budapest 21:22, Turniersieger Danzig vor Kiel.

VOLLEYBALL

Länderspiel, Herren: Deutschland – Kuba 1:3.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Altona 93 – Hamburger SV 0:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 307 775,40, 2: 150 507,00, 3: 9871,60, 4: 164,40, 5: 11,80. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 22 130,20, 2: 641,40, 3: 50,00. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Klasse 2: unbesetzt, Klasse 3: 11 491,80, 4: 154,70, 5: 10,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 19,00, 2: 2,10. – Rennen B: Klasse 1: 1258,60, 2: 284,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 121 088,80. (Ohne Gewähr).

WINTERSPORT / Peter Wirnsberger bisher bester Abfahrer der Saison – Vier-Schanzen-Tournee

Ein mutiges Experiment führte zum großen Sieg

BROCKMANN/dpa, Schladming

Sieg oder Sturz? Was der Österreicher Peter Wirnsberger in Schladming wagte – immerhin auf der schnellsten Abfahrtspiste der Welt –, war eine Mutprobe besonderer Güte. Wirnsberger: „Nach dem Training war ich deprimiert. Denn ich lag permanent zurück. Da setzte ich mich nach der letzten Fahrt in den TV-Übertragungswagen und sah, warum: Der Schweizer Franz Heinzer schnitt beim Streckenpunkt ‚Holzhacker' das Tor innen an. Ich habe daraufhin beim Rennen ebenfalls die Schweizer Linie gewählt, ohne sie selbst vorher gefahren zu sein. Es war ein Blindflug, ein Experiment, das ins Auge hätte gehen können."

Zweifellos. Doch Peter Wirnsberger (27) fühlte sich auf seiner Hausstrecke diesmal besonders wohl. Kein anderer fuhr die entscheidenden Stellen auf der knüppelhart gefrorenen Eispiste, die obendrein im oberen Bereich im Nebel lag, technisch so perfekt und zugleich elegant wie Peter Wirnsberger. Der Zweite, der Schweizer Peter Müller, war fast eine Sekunde langsamer – was im Abfahrtslauf Welten sind.

„Er ist in der Form seines Lebens, er hat uns nach Strich und Faden deklassiert", meinte denn auch Müller im Ziel. Und Wirnsbergers Landsmann Erwin Resch, der Dritte, staunte: „Der Peter ist unglaublich. Ein wahrer Champion." Der Vierte, der Südtiroler Michael Mair: „Für mich ist der Peter einfach unerklärlich." Der zurückgetretene Franz Klammer, noch immer der erfolgreichste Abfahrts-Spezialist aller Zeiten: „Peter Wirnsberger ist ein reifer Rennfahrer geworden. Jetzt stimmt bei ihm alles: die Technik, der Mut und auch der Biß. Im Schlußstück von Schladming ist er wie auf Schienen geglitten. Es war eine große Demonstration."

Der so Umjubelte gewann in diesem Winter nun bereits zwei der ganz großen Abfahrten: Gröden und Schladming. Doch neben Peter Wirnsberger stand diesmal noch ein anderer Rennläufer im Mittelpunkt: Marc Girardelli, der für Luxemburg startende Slalom-Spezialist aus Österreich. Weltcup-Sieger Girardelli wurde auf der Hochgeschwindigkeitspiste von Schladming völlig überraschend Fünfter. Wobei anzumerken ist, daß der Vorarlberger das allzu große Risiko meidet, um nicht zu stürzen, sich zu verletzen und damit womöglich alle Aussichten auf den Sieg im Gesamt-Weltcup einzubüßen. Wie gefährlich er den gelernten Abfahrts-Spezialisten aber werden könnte, wenn er sich mit größerer Konsequenz hineinknien würde, merkte wohl Girardelli in allererster Linie selbst, als er im Ziel von Schladming seine Zeit erfuhr: „Ich bin zwar mehr als zufrieden – aber vielleicht hat mir zum ganz großen Erfolg nur noch ein einziger Trainingstag gefehlt ..."

In der deutschen Herren-Mannschaft dagegen grassiert der Wasmaier-Bazillus. Je verbissener und erfolgloser der Riesenslalom-Weltmeister von Bormio, der Schlierseer Markus Wasmaier, der Bestätigung seines Titelgewinns nachjagt, desto trüber werden auch die Mienen seiner Mannschaftskameraden, die in Schladming seltsamerweise in die Drittklassigkeit japanischer Abfahrer zurückfielen. Animiert von dem überraschenden dritten Rang des Oberaudorfers Sepp Wildgruber in Gröden waren DSV-Sportdirektor Helmut Weinbuch und Verbands-Generalsekretär Bernd Rubach nach Schladming gereist, doch zu bejubeln gab es mit dem zwölften Platz von Wasmaier und dem 14. von Wildgruber kaum etwas, eher zu klagen über den 47. Rang von Klaus Gattermann, der seinen fürchterlichen Sturz von Kitzbühel 1985 immer noch nicht überwunden hat, und den 63. Platz des Müncheners Peter Dürr, vor drei Jahren gefeierter neuer Abfahrts-Star und mittlerweile auf einem Tiefpunkt angelangt.

„Zu schnell für unsere Leute", hatte Trainer Klaus Mayr schon im Training erkannt. „Für Wildgruber technisch zu schwierig, und Wasmaier fand seine Linie nicht", steckte der Trainer die Enttäuschung weg. „Da gibt es viele Faktoren, vom falsch gewählten Ski bis zur Angst vor dem hohen Tempo", versuchte Mayr zu begründen. Wirnsberger fuhr immerhin einen Schnitt von 104,98 km/h. Markus Wasmaier fand selbst die Entschuldigung in seiner Startnummer 5, die ihn nach seiner Meinung zum Schneepflug verurteilte.

Aus dem strahlenden Weltmeister ist mittlerweile ein selbstkritischer Athlet geworden, der im vermehrten Training das Erfolgsrezept wiederzufinden hofft, aber längst durch den auf ihm lastenden Erfolgsdruck die Lockerheit der Weltmeisterschafts-Tage verloren hat.

Finnlands neuer Star Pekka Suorsa arbeitete zehn Jahre für den Triumph

RAINER v. HOLST, Garmisch

Die zwei schönsten Tage im Leben des 18 Jahre alten Finnen Pekka Suorsa begannen am Montag den 30. Dezember um 15.18 Uhr. Da stand er im Oberstdorfer Skistadion am Fuße der Schattenberg-Schanze und freute sich über das Abkippen des linken Skis von Ernst Vettori, der eigentlich das Auftaktspringen der 34. Vier-Schanzen-Tournee gewinnen wollte. Pekka Suorsa hatte im ersten Sprung mit 114 Metern zwar nur auf dem dritten Platz gelegen, aber jetzt war er plötzlich durch den Fehler des Österreichers der Sieger. „Nach meinem zweiten Sprung, der ja bei 113 Metern lag, dachte ich nicht daran, hier zu gewinnen", sagte er nach der Siegerehrung. „Ich freute mich, überhaupt vorne dabeizusein."

Pekka Suorsa, der aus Kajaani in Mittelfinnland stammt, einem kleinen verträumten Ort von rund 20 000 Einwohnern, ist keiner, der laut vor jedem Springen sagt: „Jetzt gewinne ich." Er ist vom Scheitel bis zur Sohle (immerhin 1,82 m, nicht gerade Idealmaß für einen Skispringer) die Bescheidenheit in Person.

Für ihn ist die Situation, ganz oben auf dem Treppchen zu stehen, eine neue Erfahrung. Anders als bei Vettori oder Bulau konnte er bei der Junioren-Weltmeisterschaft 1984 gerade den fünften Platz erringen. Eigentlich zu wenig, um überhaupt einmal eine Nummer eins zu werden.

„Als ich das Weltcup-Springen in Chamonix in diesem Winter gewann", sagt der blasse, blonde Junge, „da hoffte ich, daß dieser Winter ganz gut werden würde." Er bleibt immer noch bescheiden, obwohl seine Augen blitzen. Wie bei einem, der ganz besonders stolz sein kann auf das, was er geleistet hat.

„Pekka Suorsa", sagt denn auch der finnische Teamleiter Matti Pulli, „ist ein ganz ruhiger Mann. Seine Stärke ist die innere Ruhe. Er läßt sich nicht aus dem Konzept bringen. Wir müssen jetzt nur zusehen, daß er den Erfolg verkraftet." Das ist wohl der entscheidende Punkt. Gerade erst hat Matti Pulli seinen Superstar Matti Nykänen aus dem Team geworfen, weil der nach den vielen Erfolgen zu tief in die Flasche schaute. Ist Pekka Suorsa jetzt die Nummer eins? Matti Pulli lächelt fein, überlegt kurz und sagt: „Nein, natürlich nicht. Das bleibt Matti Nykänen."



Sein Stern ging erst in diesem Winter auf: Pekka Suorsa (Foto). Ein doch etwas erstaunlicher Vorgang. Innerhalb von zwölf Monaten ist der 18 Jahre alte Finne nämlich zehn Zentimeter gewachsen. Jetzt ist er 1,82 m groß, eigentlich viel zu lang für einen Skispringer. Und das schnelle Wachstum führte auch zu Beschwerden im Rücken. Dennoch kam er im Sommer auf 700 Sprünge im Training und sammelte erstmals im kanadischen Thunder Bay Weltcup-Punkte. FOTO: DPA

Der Unterschied zwischen beiden? Pulli: „Matti Nykänen ist ein Phänomen. Er ist der beste Skispringer der Welt, vielleicht der beste, den es jemals gegeben hat. Er ist die Nummer eins. Suorsa ist die Nummer zwei. Ein guter Platz für ihn."

Nach dem ersten der beiden schönsten Tage im Leben des Pekka Suorsa hatte ihn der Alltag fast schon wieder eingeholt: Mit 99, 101 und 98 Metern hatte er im Training zum zweiten Springen in Garmisch-Partenkirchen zwar ein gutes Ergebnis vorgelegt, doch für einen zweiten Sieg wäre das zu wenig gewesen: „Ich mache immer noch denselben Fehler auf dem Schanzentisch", fand er schnell eine Erklärung, „ich muß meinen Absprung verbessern."

Für diese Saison hat Pekka Suorsa gearbeitet wie noch nie zuvor. 700 Trainingssprünge auf der Matte und in der Eisspur hat er absolviert – immerhin 500 mehr als der deutsche Andreas Bauer. 30 Kilometer vom Haus entfernt, das er mit einem Bruder und seinen Eltern bewohnt, hat der finnische Verband ein großes Trainingszentrum mit Mattenschanze und Eisspur errichtet. Als Schüler in einer Beamtenschule kann er für das Training schon mal die Stunden schwänzen. Das Nationale Olympische Komitee bezahlt überdies eine Trainingseinheit – Suorsa gehört zum Olympiakader, war in Sarajevo vor zwei Jahren bereits Ersatzmann.

Im Alter von zehn Jahren hat er mit dem Skispringen angefangen. Zehn Jahre lang hatte er sich auf seinen wirklich ersten großen Sieg vorbereitet. Für ihn untypisch war da eigentlich der laute Jubel in Oberstdorf. Aber der Schrei war auch so etwas wie eine innere Befreiung: Jetzt war er der erste, der Sieger.

Auch wenn vielleicht am Ende der Tournee nur dieser eine Sieg in den Ergebnislisten stehen wird: Zwischen Oberstdorf und Garmisch erlebte er die beiden schönsten Tag in seinem Leben. Und Kajaani wird für den Sieger einen rauschenen Empfang bereiten.

FUSSBALL

Uwe Rahn für Bernd Schuster nach Barcelona?

dpa, Barcelona

„Wenn wir Ersatz für Bernd Schuster hätten, wäre es das Beste für alle, wenn er sofort gehen würde." Mit diesen Worten kommentierte Barcelonas Trainer Terry Venables den Wunsch Schusters (26), den spanischen Verein zu verlassen. Die Pläne Schusters stoßen bei seinen Mitspielern auf Gleichgültigkeit. Nationalspieler Julio Alberto: „Wenn er sich hier nicht wohl fühlt, soll er gehen." Verteidiger Migueli fügte hinzu: „Schuster ist alt genug und weiß, was er tut." Der junge Mittelfeldspieler Caldere sprach sich als einziger für Schusters Verbleiben in Barcelona aus.

Auch Vizepräsident Juan Gaspart will von einem Weggang Schusters nichts wissen. „Schuster ist unverkäuflich", erklärte er, „und wir werden versuchen, ihn erneut zu motivieren, damit er an seine Leistung der letzten Saison anknüpfen kann." Tatsächlich soll der Mangel an Motivation der Grund sein, weshalb Schuster seinen bis zum 30. Juni 1988 laufenden Vertrag mit dem FC Barcelona nicht erfüllen will. Bernd Schuster hat mit dem FC Barcelona nach elf Jahren 1985 den spanischen Meistertitel gewonnen sowie 1981 und 1983 den spanischen Pokal und 1982 den Europapokal der Pokalsieger.

Spanische Zeitungen berichten, daß Schuster ein Angebot von Juventus Turin erhalten hat, um den Franzosen Michel Platini zu ersetzen. Angeblich sind auch Paris St. Germain und der FC Neapel an ihm interessiert. Als Nachfolger werden der Mönchengladbacher Uwe Rahn und der Waliser Hughes genannt.

STAND ● PUNKT

Alpines auf der Wies'n

Seit Freitag stehen an der Hohe-Wand-Wiese im Wienerwald die Schneekanonen und berieseln eine gar nicht alpine Kulisse für den alpinen *Parallel-Slalom am Montag.* Marc Girardelli gegen Ingemar Stenmark – nicht etwa irgendwo hochdroben in den Alpen, sondern gleich vor der Haustür, per Trambahn erreichbar.

Die Woche drauf soll Ähnliches auf einem aus Bombenschutt aufgetürmten Berg des Münchner Olympiageländes vonstatten gehen. Unter Scheinwerfern, und dann Frau gegen Frau, *auf nebeneinander abgesteckten Pisten.*

Es gilt also eine Weltpremiere anzukündigen – um sie hoffentlich gleich wieder vergessen zu können: Alpine Skirennen mitten in der Großstadt, vorerst in Wien und in München auf dem Programm stehend.

Nun ist im Grunde die Idee, solcherart alpine Hangrasereien statt in der Unwegsamkeit der Berge künftig portionsgerecht auf künstlicher, transportabler und wartungsleichter Rutsche mitten auf dem Schalker Markt oder in der Dortmunder Westfalen-Halle anzubieten, nicht einfach von der Hand zu weisen. Warum sollte man das nicht tun, wenn aus Schneemangel mal gar nichts anderes geht oder wenn man den Flachländern einen Sport näherbringen möchte, der in ihren Breiten sonst nichts verloren hat.

Aber mit dem, was es einmal war, hat es dann nichts mehr zu tun. Denn was nun in Wien und in München geboten wird, ist allenfalls ein „Riesenspektakel," wie es der deutsche Weltcup-Beauftragte Heinz Krecek nennt, und was als zusätzlicher Weltcup-Programmpunkt geplant ist.

Denn alpine Skirennen ohne Alpen, das ist so, als wären die entscheidenden Sonderprüfungen der Rallye Paris–Dakar in eine gut überschaubaren *Kiesgrube bei Frankfurt* gelegt worden. So etwas macht keinerlei Sinn mehr, es fehlen die Bezugspunkte.

K. Bl.

LEICHTATHLETIK / Silvesterlauf in São Paulo

Sieger da Silva rief: Danke, Brasilien, danke für die Kraft

sid, São Paulo

Die ohnehin schon enthusiastischen Leichtathletik-Fans in den Straßen von São Paulo gerieten kurz vor dem Jahreswechsel völlig aus dem Häuschen. Denn um 23.56 Uhr Ortszeit feierte José João da Silva bei der 61. Austragung des traditionellen Silvesterlaufes den insgesamt fünften einheimischen Triumph seit der Premiere im Jahre 1924. In der Frauen-Konkurrenz setzte die Portugiesin Rosa Mota neue Maßstäbe. Die Marathon-Europameisterin gewann bereits zum fünften Mal in Folge.

José João da Silva gehört seit Jahren zu den dominierenden Läufern im „São Silvestre". Der 31jährige hatte 1981 als erster Brasilianer seit 1946 gewonnen und in den folgenden vier Rennen noch zweimal den dritten Platz sowie 1985 Rang zwei erreicht.

Im Ziel – im Finanzzentrum der 14-Millionen-Stadt – kostete der Brasilianer seinen Erfolg weidlich aus. „Danke, Brasilien. Dank dafür, daß ich die Kraft zum Sieg hatte", sagte da Silva, der vom Siegerpodest Champagner in die Menge sprühte.

Hinter José João da Silva kam Rolando Vera aus Ecuador auf den zweiten Platz. Den brasilianischen Triumph komplettierten Adauto Domingues, João Alves de Souza und Elio Scheleder auf den Plätzen drei bis fünf. Insgesamt waren 8000 Läufer auf die 12,6-km-Distanz gegangen.

Christoph Herle aus Waldkraiburg, der Olympia-Fünfte über 10 000 m, wurde als bester deutscher Läufer Neunter.

Einheimische Siege gab es auch beim Silvesterlauf in Bozen. Über 10,2 km setzte sich der 10 000-m-Olympiasieger Alberto Cova aus Italien in typischer Manier gegen den lange Zeit Tempo machenden Österreicher Gerhard Hartmann und seinen Landsmann Gianni Dimadonna durch. Michael Scheytt aus Sindelfingen kam als bester deutscher Läufer auf den sechsten Rang. Bei den Frauen fehlten Vera Michallek aus Oberursel nur vier Sekunden zum Sieg. Die 27jährige mußte auf der 4,4-km-Distanz lediglich die Italienerin Christina Tomasini passieren lassen. Vorjahressiegerin Birgit Schmidt aus Paderborn wurde Fünfte.

Beim Silvesterlauf in Ratingen bei Düsseldorf kam es zum erwarteten Erfolg des Mendeners Volker Welzel. Der 24jährige setzte sich über 10,6 km gegen den Uerdinger Bernd Rangen durch.

TRABEN

Championat an Wewering

dpa, Düsseldorf

Die Anzahl seiner Siege erreichte 1985 bei weitem nicht die Höhe der letzten Jahre. Aber das deutsche Championat der Trabrennfahrer war dem 35 Jahre alten Heinz Wewering aus Recklinghausen einmal mehr nicht zu nehmen. Der Abonnements-Champion, der 1983 mit 707 Jahressiegen einen Weltrekord aufgestellt hatte, fuhr mit seinen Trabern 1985 insgesamt 395 Erfolge heraus und sicherte sich damit zum neunten Mal den Titel. Verletzungspech und auch der *Abzug* der Pferde aus dem Erfolgsgestüt Forstwald im Oktober verhinderten eine bessere Bilanz.

Zweiter wurde Henning Rathjen (37), der 282 Siege erzielte, vor Rolf Dautzenberg (239) und dem süddeutschen Spitzenfahrer Helmut Biendl (234). Den fünften Rang der Gesamtwertung belegte der Europameister von 1975, Horst Bandemer aus Neersen bei Mönchengladbach, der 222 mal als Erster die Ziellinie passierte und dabei am 12. November auf seiner Heimatbahn den 5000. Sieg seiner Laufbahn feiern konnte.

Das Championat der Trabertrainer ging ebenfalls an Heinz Wewering. Die von ihm trainierten Pferde kamen bei seinem neunten Erfolg zu 481 Siegen.

TENNIS / Boris Beckers Bilanz des Jahres 1985

Bei Turnieren und Davis-Cup über eine Million verdient

dpa, Berlin

Wimbledonsieger Boris Becker hat das Jahr 1985 zweimal auf Platz sechs, *einmal auf Platz fünf* abgeschlossen. Die sechsten Ränge beziehen sich auf die Computer-Weltrangliste und die Tabelle nach den gewonnenen Preisgeldern. Dabei sind beide Rangfolgen bei den Namen der prominentesten Tennisspieler identisch. Der Tschechoslowake Ivan Lendl, Nummer 1 der Weltrangliste, hat bei den Turnieren 1 063 074 Dollar eingenommen. Es folgen der Amerikaner John McEnroe (2./895 611 Dollar), Mats Wilander aus Schweden (3./617 652), Jimmy Connors (4./462 336) und der Schwede Stefan Edberg (5./431 652). Boris Becker kam auf eine Gewinnsumme von 397 757 Dollar (rund 995 000 Mark). Dazu kommen aber noch rund 400 000 Mark, die Becker für seine Starts und Erfolge im Davis-Cup erhielt, so daß er die Millionen-Grenze überschritt. Die Einnahmen aus seinen Werbeverträgen sind noch nicht enthalten.

Und damit noch nicht genug: Boris Becker, gerade 18 Jahre alt geworden, belegte in der Wertung der Grand-Prix-Turniere Platz fünf (Jimmy Connors fällt hier aus der Folge der ersten sechs der Weltrangliste heraus). Dafür erhielt er noch einmal einen Bonus aus dem sogenannten „Grand-Prix-Pool" in Höhe von 150 000 Dollar.

Der zweite deutsche Vertreter in der Weltrangliste ist Andreas Maurer auf Rang 32. Danach folgen Hansjörg Schwaier (47.), Michael Westphal (51.), Damir Keretic (85.), Wolfgang Popp (128.), Rainer Stepanek (155.), Tore Meinecke (191.) und Udo Riglewski (211.).

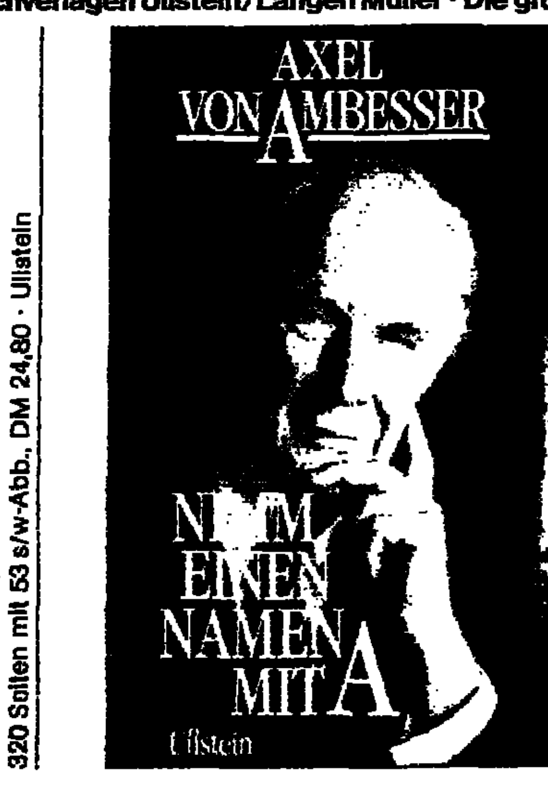
Seit gestern startet Becker in Berlin beim Young-Masters-Turnier (erster Gegner Jimmy Brown/USA, Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Bei diesem Wettbewerb erregte er 1985 zum ersten Mal weltweites Aufsehen, als er in Birmingham den Schweden Stefan Edberg im Finale besiegen konnte. Edberg mußte wegen einer fiebrigen Drüsenerkrankung für Berlin absagen. Auch Michael Westphal startet wegen einer Erkältung nicht.

So hat das Turnier von Berlin nur eine durchschnittliche Besetzung. Alles deutet auf ein Endspiel zwischen Mats Wilander und Boris Becker hin. Im ersten Spiel besiegte gestern überraschend der Jugoslawe Bruno Oresar den Schweden Knut Carlsson mit 6:4, 3:6, 6:3.

Die großen Biographien aus den Buchverlagen Ullstein/Langen Müller · Die großen Biographien aus den Buchverlagen Ullstein/Langen Müller · Die großen Biographien aus den Buchverlagen Ullstein/Langen Müller



320 Seiten mit 53 s/w-Abb., DM 24,80 · Ullstein



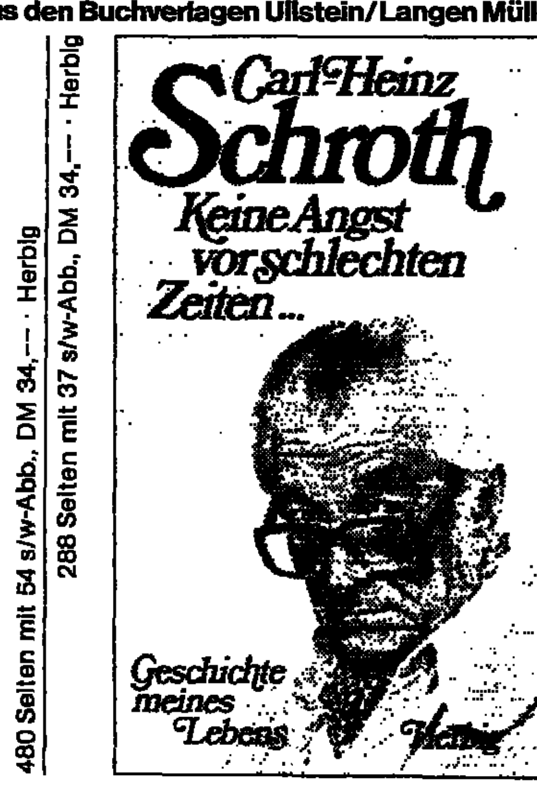
408 Seiten mit 67 s/w-Abb., DM 34,– · Ullstein




360 Seiten mit 80 s/w-Abb., DM 34,– · Langen Müller



480 Seiten mit 54 s/w-Abb., DM 34,– · Herbig



288 Seiten mit 37 s/w-Abb., DM 34,– · Herbig

Zieht Moskau Truppen aus Kabul ab?

Die afghanische Regierung hat inoffiziell einen Terminkalender für den Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb eines Jahres im Rahmen eines Gesamtabkommens vorgelegt, berichtete die amerikanische Tageszeitung „New York Times" gestern.

Der Terminkalender sei dem stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten, Diego Cordovez (Ekuador), während der „indirekten" Afghanistan-Gespräche, die vom 16. bis 19. Dezember in Genf unter UN-Schirmherrschaft stattfanden, vom afghanischen Außenminister Schah Mohammed Dost vorgelegt worden, hieß es unter Berufung auf einen nicht namentlich genannten leitenden Beamten des US-State-Departments. Der Terminkalender sei bei den Gesprächen jedoch nicht als formelle Diskussionsgrundlage unterbreitet worden, weil der pakistanische Außenminister Sahabzada Yaqub Khan Gespräche mit Kabul ablehnt, solange die afghanische Regierung keine sowjetische Garantie für dessen Einhaltung vorlegen kann.

Strauß sieht Ende der Abschreckung

AP, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hält ein Ende der atomaren Abschreckung durch das SDI-Projekt von Präsident Reagan für möglich. In einer Neujahrsansprache im Hörfunkprogramm des Bayerischen Rundfunks sagte Strauß am ersten Tag des Jahres 1986: „Daß der Grundsatz der atomaren Abschreckung, der uns Freiheit und Frieden bewahrt, auch noch in ferneren Zeiten gilt, darf bezweifelt werden." Er und seine politischen Freunde begrüßten deshalb die Strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten „ohne Vorbehalt".

SDI habe Moskau an den Verhandlungstisch von Genf zurückgebracht, erklärte der Ministerpräsident. Wer also glaube, dieses Projekt verhindere wirkliche Fortschjritte bei der Entspannung des West-Ost-Verhältnisses, der irre. „Das Gegenteil ist richtig: Die Strategische Verteidigungsinitiative eröffnet dem Westen neuen politischen Spielraum für Abrüstungsverhandlungen."

Israel für internationalen Boykott gegen Libyen

Ägypten warnt vor Vergeltung / Meinungswandel Washingtons

DW. Washington/Jerusalem

Libyen drohen nach den jüngsten Anschlägen auf israelische Einrichtungen in Wien und Rom Vergeltungsschläge. Die Indizien verdichteten sich, daß Tripolis hinter den Attentaten steht, bei denen 18 Menschen ums Leben kamen. Libyens Staatschef Khadhafi hat nach Angaben des einzigen überlebenden Attentäters von Rom die Terroristen unterstützt. „Wir haben die Unterstützung von Khadhafi und vielleicht auch die Syriens", sagte Mohammad Sarham nach Angaben der römischen Tageszeitung „Il Tempo".

Nachdem die USA Israel zunächst zu maßvollen Gegenreaktionen auf die Terroranschläge gemahnt hatten, hat Washington seine Haltung jetzt verändert. Die US-Regierung behalte sich vor, so die Sprecher des Weißen Hauses und des Außenministeriums, Larry Speakes und Charles Redman, auf die Attentate von Rom und Wien mit militärischen Gegenschlägen zu antworten. „Terroristen müssen wissen, daß wir die Option haben, direkt auf ihre barbarischen Akte zu antworten", sagte Speakes. Mit Blick auf Israel erklärte der Präsidentensprecher, sollte ein anderes Land die Urheber der beiden Anschläge „identifizieren und auslöschen", so wären die USA damit „vollkommen einverstanden". Speakes wich zwar der Frage aus, ob die libysche Regierung für die Massaker in Rom und Wien verantwortlich sei, betonte jedoch, Washington habe „mit großem Interesse zur Kenntnis genommen", daß Libyen die Anschläge als heldenhafte Tat gefeiert habe.

Libyen geht auf Distanz

Die diplomatische Mission Libyens in Wien hat sich von einem entsprechenden Kommentar der amtlichen libyschen Nachrichtenagentur Jana distanziert. Tripolis habe zwar Verständnis für die Motive der Angreifer, aber es unterstütze und finanziere sie nicht, hieß es in einer Erklärung des libyschen Volksbüros.

Die israelische Regierung läßt sich offenbar von den Unschuldsbeteuerungen Libyens nicht beeindrucken. Israels Ministerpräsident Schimon Peres forderte als Reaktion auf die Flughafen-Anschläge einen internationalen Boykott gegen Libyen sowie eine weltweite Zusammenarbeit gegen den Terrorismus. Peres warf Khadhafi vor, auf der ganzen Welt Verbrechen zu verbreiten. Libyen diene als Operationszentrale für den palästinensischen Guerrilla-Führer Abu Nidal, der vermutlich für die Anschläge verantwortlich sei. Der frühere israelische Außenminister Abba Eban begrüßte den amerikanischen Meinungswandel als einen „großen Schritt vorwärts". Zum ersten Mal habe es eine Weltmacht als gerechtfertigt bezeichnet, daß man gegen Terroristen vorgehe.

PLO: Abu Nidal ist tot

Die Palästinensische Befreiungsorganisation ist der Version entgegengetreten, für die Anschläge sei Abu Nidal verantwortlich. Die Terroristen hätten nichts mit diesem Palästinenserführer zu tun, erklärte der PLO-Repräsentant in Ägypten, Tajjeb Abdel-Rahim, in der halbamtlichen Kairorer Tageszeitung „Al Ahram". Abu Nidal sei tot, die Terroristen von Rom und Wien hätten nur seinen Namen benutzt. Gleichwohl machte auch die PLO Syrien und Libanon für die Terroranschläge verantwortlich. Damaskus und Tripolis wollten mit ihren Anschlägen die PLO von ihren engsten Freunden in Europa entfremden und den Eindruck erwecken, PLO-Chef Arafat könne die verschiedenen Palästinensergruppen nicht mehr kontrollieren.

Ägypten fürchtet offenbar um die Fortsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten, sollte Israel Vergeltung üben. Der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Butros Ghali, vertrat die Auffassung, die Anschläge zielten darauf ab, den Friedensprozeß zu behindern. „Eine israelische Vergeltung wäre tatsächlich ein Beitrag zur Erreichung dieses Ziels." Ungeachtet eines drohenden israelischen Schlages möglicherweise auch gegen die PLO kündigte Arafat an, seine Organisation werde den Kampf gegen Israel „in allen Formen" fortsetzen.

Für Spannungen zwischen Ägypten und Libyen dürfte ein Bericht von „Al Ahram" sorgen. Demnach sind 2000 sowjetische Militärberater in Libyen eingetroffen, um Abschußbasen für Luftabwehrraketen des Typs Sam-5 zu bedienen, die Moskau Tripolis geliefert hatte und die gegen Ägypten gerichtet sind.

Neujahrspredigten warnen vor Abbau sittlicher Normen

DW. Bonn

Auf die steigenden Zahlen der Abtreibungen und Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland machten der Erzbischof von Bamberg, Elmar Maria Kredel, und der Bischof von Trier, Hermann Josef Spital, in ihren Predigten zum Jahresabschluß aufmerksam. Die „untergründige Lebensangst" vieler Menschen und die Erfahrung von Sinnleere des Lebens seien Krisenzeichen unserer Zeit, betonte Spital. Der tiefgreifende Traditionsbruch habe eine Fülle ganz neuer Probleme geschaffen, die es früher nicht gegeben habe. Erzbischof Kredel erinnerte an die Unauflöslichkeit der Ehe und nannte als „wesentliche Ursache" für den hohen Prozentsatz der Ehescheidungen die auch von den Massenmedien verbreitete negative Einstellung zur „Heiligkeit und Unauflöslichkeit" der Ehe.

Von einem fortschreitenden Abbau sittlicher Normen hat im Münchener Liebfrauendom auch der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Kardinal Wetter, gewarnt. In seiner traditionellen Silvesterpredigt sagte der Kardinal: „Es ist ein Irrweg, getrieben von falschen Emanzipationsgelüsten, sittliche Verpflichtung über Bord zu werfen."

Wetter übte Kritik an den Strafverfolgungsbehörden. Wenn diese argumentierten, gegen die Verhöhnung der Wahrheiten des christlichen Glaubens und des regligiösen Empfindens der Christen könne deshalb nichts unternommen werden, weil der öffentliche Frieden nicht gestört sei, dann stelle sich die Frage, ob dies nicht eine Aufforderung an die Christen sei, den öffentlichen Frieden zu stören, um zu ihrem Recht zu kommen.

Der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Berliner Bischof Martin Kruse, hat in seiner Neujahrsansprache über den Sender RIAS dafür plädiert, die Erinnerung an die christlichen Märtyrer aus der Hitlerzeit wachzuhalten. Sie hätten „um ihres Gewissens und ihres Glaubens willen Gott mehr gehorcht als den Menschen" und dafür mit ihrem Leben bezahlt. Zivilcourage sei auch heute gefragt, sagte Kruse und wandte sich in diesem Zusammenhang gegen das „Modewort von der Selbstverwirklichung". Kruse warnte, daß diese Verhaltensweise „zum Götzen werden" könne.

Warschauer Warnungen vor „offenen Konflikten"

Jaruzelski ruft zur Abrechnung mit der Opposition auf

DW. Warschau

Der polnische Staats- und Parteichef General Jaruzelski hat sich an die Spitze der Kampagne gestellt, mit der die politische Opposition im Lande als national unzuverlässig verdächtigt werden soll. Jaruzelski nutzte seine von Rundfunk und Fernsehen übertragene Silvesteransprache, um zur Abrechnung mit den von ihm kritisierten Kräften aufzurufen. „Jeder ehrliche polnische Patriot" müsse diejenigen verurteilen, die bewußt oder unbewußt in fremdem Auftrag handelnd die Idee der Verständigung und der Normalisierung untergrüben. Denn wer dies tue, verfolge keine polnischen Ziele.

In den vergangenen Wochen hatte die Warschauer Propaganda vor allem Arbeiterführer Lech Walesa ins Visier genommen. Unter anderem wegen eines WELT-Interviews wurde Walesa vorgeworfen, sich in der Grenzfrage politisch unzuverlässig zu verhalten. Regierungssprecher Jerzy Urban hielt an diesen Verdächtigungen fest, obwohl der Führer der verbotenen „Solidarität" in einem Telegramm an Ministerpräsident Messner seinen Standpunkt ausführlich dargelegt hatte. Der polnische Staats- und Parteichef dehnte den bekannten Vorwurf des „Handelns in fremdem Auftrag" jetzt auf die gesamte Opposition aus. Bereits früher hatte Jaruzelski die Ansicht vertreten, die Tätigkeit der „Solidarität" werde mit Finanzmitteln aus dem Westen erst ermöglicht.

Die „Widersprüche"

Der General zeigte sich während seines Rundfunk- und Fernsehauftritts optimistisch, daß die „Normalisierung" in Polen vorangekommen sei. Nicht ganz im Einklang mit solchen Einschätzungen stehen Kommentare in der Parteizeitung „Trybuna Ludu" und in dem Massenblatt „Zycie Warszawy". Sie warnen vor „offenen Konflikten" zwischen den Machthabern und der Bevölkerung. Trotz der relativen politischen Ruhe gebe es noch „zahlreiche Widersprüche", die in Kontroversen münden könnten. „Trybuna Ludu" bedauerte, daß „ein bedeutender Teil der (polnischen) Gesellschaft meint, keinerlei Einfluß darauf zu haben, wie das Land regiert wird", und erklärt, die meisten Fabrikarbeiter befaßten sich nicht mit den großen nationalen Problemen, „weil sie niemand nach ihrer Meinung fragt". „Zycie Warszawy" forderte einen „nationalen Konsens", der „mit der Lösung der Konflikte noch nicht erreicht" sei. Die Verständigung dürfe sich nicht auf Erklärungen der politischen Elite beschränken, sondern müsse ein öffentlicher Prozeß sein, der zu einer Einigung aller Polen führe.

Geldbuße für Behörde

Die Forderung nach nationaler Verständigung ist eine alte These der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" und wurde insbesondere von ihrem einstigen Vorsitzenden Lech Walesa vorgebracht. In mehreren internen Papieren der Warschauer Führung wird nicht geleugnet, daß die Gewerkschaft „Solidarität" trotz ihres offiziellen Verbots als politische Kraft eingeschätzt werden muß.

Wie „Zycie Warszawy" weiter berichtete, wurden zwei Mitglieder des Komitees für Menschenrechte von Tschenstochau beim Drucken einer Untergrundzeitschrift in einer Privatwohnung verhaftet. Das Druckmaterial wurde beschlagnahmt.

Eine oppositionelle Studentin aus Krakau hat in einem vielbeachteten Verfahren eine Verurteilung der örtlichen Sicherheitsbehörden wegen Körperverletzung erreicht. Wie aus oppositionellen Kreisen in Krakau berichtet wurde, hat ein Regionalgericht in Krakau das örtliche Amt für Inneres verurteilt, der 21 Jahre alten Studentin der politischen Wissenschaften, Agata Michalek, 5000 Zloty (88 Mark) Schmerzensgeld zu zahlen und eine Buße von ebenfalls 5000 Zloty an das polnische Rote Kreuz zu entrichten.

Agata Michalek und ihr Begleiter Ryszard Majdzik wurden nach Berichten aus diesen Kreisen am 2. Mai von Sicherheitsbeamten in Zivil in ein Auto gezogen und 48 Stunden lang festgehalten. Auf der Polizeiwache sollen sie geschlagen worden sein. Die Studentin hatte daraufhin Zivilklage wegen versuchter Entführung und Körperverletzung eingereicht. In dem Verfahren trat ein Vertreter des Amtes für Inneres als Zeuge auf.

„DDR": Bei den Scheidungen an der Spitze

DIETER DOSE, Berlin

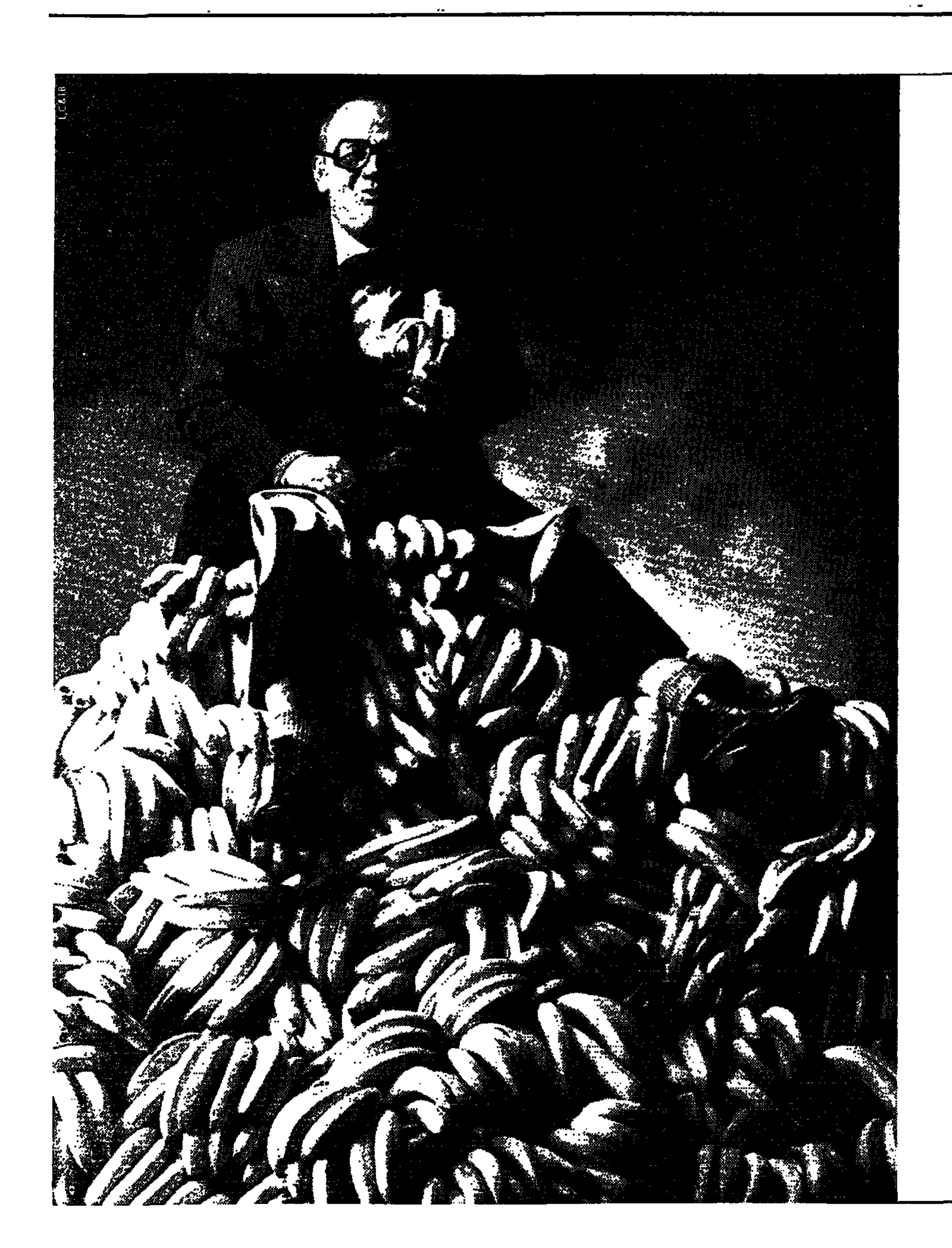
Mehr Komfort in den eigenen vier Wänden, Rekordziffer bei den Ehescheidungen, aber bei der Motorisierung geht's weiter langsam voran. Daten aus dem neuen Statistischen Jahrbuch der „DDR" mit den entsprechenden Angaben für 1984.

So steht in 99 von 100 Haushalten ein Kühlschrank, in fast ein Drittel der Familien sind es sogar zwei Kühlschränke. Die Tiefkühltruhen allerdings werden nicht aufgeführt, obwohl nach diesen Angaben 1984 fast 388 000 produziert wurden. Hier ist der Nachholbedarf ebenso wie auf allen Gebieten der Unterhaltungselektronik noch erheblich.

Zwar findet man vereinzelt bei begüterten „DDR"-Bewohnern auch schon Videorecorder – die stammen aber ausnahmslos aus dem Westen. In 92,4 von 100 Haushalten fehlt der Fernsehempfänger nicht, und ein Drittel verfügt bereits über das Zweitgerät, wobei der Anteil der Farb-„Glotze" noch nicht annähernd den Anteil wie in der Bundesrepublik Deutschland erreicht hat. Das besagen auch die Produktionszahlen für 1984: Rund 639 000 Schwarzweiß-Geräte, 383 000 Farbgeräte, die vielen „DDR"-Bewohner bei Preisen um 4000 Mark einfach zu teuer sind, denn 1984 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen „der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten der sozialistischen Wirtschaft" 1102 Mark – gegenüber 1983 eine Steigerung um 122 Mark.

Nur leicht zugenommen hat die Motorisierung. 43,7 (von 100) Haushalten besaßen 1984 einen Pkw. Im Vergleich mit 1970 bedeutet das jedoch eine Verdreifachung. Bei den Produktionsziffern fällt die hohe Zahl (80 867) von Anhängern für Pkw auf. Zweirädige Gefährte vor allem für den „Trabbi", um das Urlaubsgepäck unterzubringen.

Reiseland Nummer eins war 1984 die Tschechoslowakei. In das Nachbarland wurden vom staatlichen Reisebüro fast 500 000 Reisen vermittelt. Erst an zweiter Stelle (284 066) steht die Sowjetunion, Schlußlicht (5429) in dieser Statistik ist wie seit 1981 Polen. Den Höchststand überhaupt erreichte 1984 die Zahl der Ehescheidungen: 50 320. Das bedeutet: Auf 100 Eheschließungen kommen 38 Trennungen. Damit liegt die „DDR" auch vor der Bundesrepublik (33 Scheidungen auf 100 Hochzeiten).



In zwei Wochen verdienen unsere Sparer so viel, wie die Deutschen im Jahr für Bananen bezahlen.

Obwohl es keine befriedigende Antwort gibt auf die Frage: „Warum ist die Banane krumm?", gehört diese Frucht zu den beliebtesten der Nation. Pur, als Dessert oder im Longdrink – die „Frucht mit dem Reißverschluß" haben die Deutschen zum Fressen gern. Im letzten Jahr verspeisten sie 550.000 t im Wert von 1,2 Milliarden DM.

So viel verdienen unsere Sparer in knapp zwei Wochen. Denn Pfandbriefe und Kommunalobligationen bringen Tag für Tag rund 90 Millionen DM Zinsen. Meistens die höchsten am Kapitalmarkt.

Diesen Vorteil haben professionelle Anleger schon lange erkannt. Allein im letzten Jahr kauften Banken, Versicherungen und Industriefirmen für mehr als 90 Milliarden DM. Und was sich für die Profis lohnt, lohnt sich auch für Sie.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen haben aber noch mehr Vorteile, vor allem ihre verbriefte Sicherheit. Sie dürfen nur von privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben werden. Diese Institute arbeiten nach den strengen Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes.

Setzen Sie auf Sicherheit und hohe Zinsen. Pfandbriefe und Kommunalobligationen gibt's bei jeder Bank oder Sparkasse.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen

Verbriefte Sicherheit.



Die Wertpapiere der privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken.

Jahr der Hektik?

Wb. – Das Jahr 1985 war beileibe kein langweiliges Wirtschaftsjahr. Ob man es als „Jahr der großen Akquisitionen" apostrophieren will, als „Jahr des technischen (neudeutsch: technologischen) Durchstartens" oder genereller als „Jahr des wiedererwachten Unternehmertums" – alles deutet auf Dynamik hin.

Weniger augenfällig, aber in den Auswirkungen vielleicht nicht minder gravierend ist ein anderer Aspekt: Die Zeit als Wettbewerbsfaktor ist ins Bewußtsein gerückt wie in dieser Breite niemals zuvor. Vom Maschinenbau bis zur Pharma-Industrie, von der Metallurgie zur Elektronik gab es kaum eine Unternehmenspräsentation, auf der nicht von immer kürzeren Innovations- und Produktlebenszyklen zu hören gewesen wäre.

Schnell zu sein, so scheint es, ist binnen Jahresfrist zur obersten Maxime jeden Managements geworden. Beschleunigt wird alles, was sich irgendwie beschleunigen läßt: der Lagerumschlag, der Auftragsdurchlauf, die Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Dagegen wäre grundsätzlich wenig einzuwenden; die Mittel des Elektronik-Einsatzes machen vieles möglich.

Doch deutsche Gründlichkeit macht auch beim Gasgeben nicht halt. Sie wäre im Zweifel auch daran schuld, wenn 1985 als „Jahr der neuen Hektik" in die Annalen der Wirtschaft einginge. Freilich: Atemlosigkeit hat Unternehmen (wie politischen Gebilden) noch selten gutgetan. Wenigstens die Führungsspitzen sollten sich dem vermeintlichen Zwang zum großen Wirbel gelegentlich entziehen und mit Muße nachdenken. Es muß ja nicht gleich ein „Jahr der Meditation" daraus werden.

Rekorde

nn. – Es ist *seit einiger Zeit offenbar* in Mode gekommen, im Zusammenhang mit der Zahl der Unternehmens-Insolvenzen von Rekorden zu sprechen. So erwartete die Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng, *die sich auf diesem Gebiet* besonders hervortut, für das gerade begonnene Jahr schon wieder einen Rekord auf diesem Felde, nachdem das vergangene sich da auch als beachtlich erwiesen hatte. Solche Art *Rekorde scheinen eigentlich nicht* so recht in die wirtschaftliche Landschaft zu passen, denn die Wirtschaft befindet sich doch seit geraumer Zeit auf einem soliden Wachstumspfad, der sich auch 1986 mit Sicherheit fortsetzen wird. Tatsächlich wäre es indes auch verfehlt, in den genannten Rekorden ein Negativ-Symptom zu sehen. Eher erscheint es als sinnvoll, in ihnen eine Beschleunigung des Strukturwandels zu erkennen, der die Wirtschaft leistungsfähiger werden läßt. Die ausscheidenden Unternehmen schaffen Platz für neue, die den Forderungen der Zeit gewachsen sind.

KONJUNKTUR 1986 / Die Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns in Hamburg

„Was wirtschaftlich falsch ist, kann auch nicht politisch richtig sein"

J. BRECH, **Hamburg**

Die Handelskammer Hamburg, die traditionell am Jahresende anläßlich der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung bezieht, hat die These bestritten, daß die Marktwirtschaft am Arbeitsmarkt versage. Der Präses der Kammer, Carl-Heinz Illies, erklärte: „Die Marktwirtschaft versagt nicht am Arbeitsmarkt, sondern der Arbeitsmarkt versagt sich der Marktwirtschaft und *ihren Regeln.*"

Alle Möglichkeiten der freien Vereinbarungen, die der Marktwirtschaft ihre Beweglichkeit und Effizienz verschaffen, seien am Arbeitsmarkt durch Gesetze, Verordnungen, Tarifvereinbarungen und zunehmend durch die Rechtsprechung stark eingeschränkt, betonte Illies. Auch wenn man sich zum sozialen Fortschritt bekenne, müsse die kritische Frage gestellt werden, ob nicht die Summe der Arbeitsmarktregelungen, die den Arbeitnehmern zugute kommen sollen, immer häufiger gegen sie ausschlage und dies vor allem dann, wenn sie arbeitslos seien. Die Geschäftigkeit in der Schattenwirtschaft sei ein Indiz dafür, daß es oft nicht an Arbeit mangele, sondern an Arbeit zu den vorgeschriebenen Bedingungen.

Das geltende Recht regelt nach Ansicht von Illies den Zugang zum Arbeitsmarkt so unflexibel wie das Ladenschlußgesetz den Zugang zum Supermarkt. Mit manchem Gerichtsurteil, das Kündigungen weiter erschwere oder den Anspruch an Sozialpläne erweitere, werde die Bewahrung und erst recht die Neueinrichtung von Arbeitsplätzen teurer und für den Arbeitgeber mithin nicht leichter. Fasse man noch zusätzlich das Steuerrecht, die Undifferenziertheit der Löhne sowie den Umfang der Lohnnebenkosten ins Auge, werde deutlich, wie hoch die Hürden geworden seien, um einen Arbeitsplatz zu schaffen.

In dem außenwirtschaftlichen Teil seiner Ansprache warnte der Kammer-Präses erneut vor Versuchen, die internationalen Märkte über Rohstoffabkommen zu manipulieren. Für solche Abkommen werde häufig das Argument ins Feld geführt, sie seien zwar wirtschaftlich problematisch, politisch aber notwendig. Illies hierzu wörtlich: „Auch im Welthandel kann das, was wirtschaftlich falsch ist, auf Dauer auch politisch nicht richtig sein."

Fast alle zustande gekommenen Abkommen, so Illies, funktionierten mehr schlecht als recht. Bestätigt habe sich erstens, daß es unter den Produzenten selbst erhebliche Interessengegensätze gibt, mit der Folge, daß wichtige Erzeugerländer den Abkommen fernbleiben. Zweitens, daß viele Entwicklungsländer von höheren Rohstoffpreisen mehr Nachteile als Vorteile haben. Drittens, daß es für viele Rohstoffe nicht sinnvoll ist, über Vorratslager die Preise zu beeinflussen. Manche Rohstoffe sind überhaupt nicht lagerfähig oder bestehen aus zu vielen Sorten, andere, *wie Kupfer, sind für ausreichende Lagerung* zu teuer. Viertens, daß zu hohe Abkommenspreise zur Überproduktion anreizen, die eines Tages so massiv auf die Preise drücken, daß die Vorratslager voll und die dafür bereitgestellten Kassen leer sind.

Den breitesten Teil seiner Rede widmete Illies traditionsgemäß Hamburger Problemen. Dabei nahm er zum ersten Mal als Vertreter der Hamburger Wirtschaft auch zu der anstehenden verfassungsrechtlichen Überprüfung des Länderfinanzausgleichs Stellung. Zumindest in drei Punkten, so Illies, seien die bisherigen Regelungen revisionsbedürftig, weil für Hamburg ungerecht. Das gilt erstens für den Modus, den Länderanteil der Lohnsteuer von Pendlern voll an das Wohnsitzland abführen zu müssen. Zweitens hat sich Hamburgs Stellung im steuer- und einwohnerbezogenen Finanzausgleich durch den hohen Bevölkerungsrückgang im Stadtstaat wesentlich verschlechtert. Die bisherige Einwohnerwertung bedarf nach Illies Meinung einer Überprüfung. Drittens ist der bisherige Ansatz von Hafenlasten im Länderfinanzausgleich veraltet und muß erhöht werden.

VEREINIGTE STAATEN

Handelsdefizit auf Rekordhöhe

Sbt., **Washington**

Die Handelsbilanz der USA weist für 1985, wie erwartet, ein Rekorddefizit aus. In den ersten elf Monaten erreichte es 131,8 und als Jahresrate 143,8 Mrd. Dollar, verglichen mit 123,3 Mrd. Dollar im Gesamtjahr 1984. Im Berichtszeitraum sanken die Exporte um 1,1 Prozent auf 192,2 Mrd. Dollar, *während die Einfuhren* um 4,5 Prozent auf 328 Mrd. Dollar anzogen. Als Anteil am Bruttosozialprodukt sind damit Amerikas Einkäufe im Ausland auf den Stand von 1977 zurückgefallen.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige hält jedoch das Schlimmste für überstanden. Nach seiner Ansicht wird der seit Februar aufgewertete Dollar in den kommenden Monaten die Ausfuhren ankurbeln und die Importe bremsen. Zunehmen werde nach der Verabschiedung des neuen Agrargesetzes vor allem die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Baldrige setzt außerdem auf eine stärkere Konjunktur in den Partnerstaaten.

Mit 13,7 Mrd. Dollar fiel das US-Defizit im November erheblich höher aus als im Vorjahrsmonat, als es nur 10,2 Mrd. Dollar zu Buch schlug. Die Exporte nahmen um 2,3 Prozent auf 18 Mrd. Dollar ab, die Einfuhren um 10,6 Prozent auf 31,7 Mrd. Dollar zu. Hier wirkte sich das Weihnachtsgeschäft aus. Ausländische Gebrauchs- und Konsumgüter lagen mit 22,8 Mrd. Dollar um 8,1 Prozent über dem Durchschnitt der vorausgegangenen zehn Monate.

Weißes Haus schönt Aussichten

Sbt., **Washington**

Wenig verläßlich ist der Index der führenden Konjunkturindikatoren, den das US-Handelsministerium für November veröffentlicht hat. Er stieg zwar zum siebten Mal hintereinander, das Plus betrug jedoch nur 0,1 Prozent, verglichen mit jeweils 0,4 Prozent in den beiden Vormonaten. Völlig verzerrt wurde das Ergebnis durch die Explosion der Aktienkurse. Ohne sie hätte sich ein Minus von 0,3 Prozent ergeben. Weiterhin schleppend erhöhten sich die Aufträge für Konsumgüter und industrielle Materialien, die 40 Prozent der Industrieproduktion ausmachen.

Zweifellos signalisiert der Index für das erste Halbjahr 1986 einen eher müden Wirtschaftsverlauf, wobei Fachleute ein Realwachstum von etwa 2,5 Prozent unterstellen. Vor diesem Hintergrund weigern sich Institute in den USA, die jetzt amtlich vorgelegten Voraussagen des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses unter Beryl Sprinkel zu akzeptieren. Er veranschlagt die reale Zunahme des US-Bruttosozialprodukts in diesem Jahr sowie in 1987 und 1988 auf jeweils vier Prozent, gegenüber 2,8 Prozent 1985.

Sprinkel wird vorgeworfen, er verschöne den Konjunkturausblick, um auf diese Weise das Haushaltsdefizit zu drücken, was in Zukunft wegen des Ausgleichsgesetzes wichtiger als zuvor ist (ein höheres Wirtschaftstempo steigert die Steuereinnahmen). Schon für 1985 war der Stab von 3,9 Prozent ausgegangen, während der „Flash" nur 2,4 Prozent brachte.

Patronat auf neuen Wegen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs Unternehmer fordern mehr Freiheit. Das ist nicht neu. Aber zum ersten Mal haben sie sich auf der letzten Generalversammlung ihres Spitzenverbands CNPF als Gegenleistung *zum (teilweisen) Verzicht* auf Subventionen bereit erklärt. Bisher war das genau umgekehrt: Der Staat intervenierte und subventionierte zugleich. Die Unternehmensinitiative wurde dem nationalen Interesse *untergeordnet*.

Eine völlige Abkehr vom Colbertismus können die französischen Unternehmer von der Regierung allerdings kaum erwarten. Selbst die bürgerlichen Oppositionsparteien haben entgegen *ihrer ursprünglichen* Versprechen inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie – falls sie die Parlamentswahlen im März gewinnen sollten – in ihrem Wirtschaftsliberalismus nicht so weit gehen würden wie etwa die *Bundesregierung. An dirigistischer* Tradition mangelt es ihnen nicht.

Beim CNPF weiß man natürlich, daß in Frankreich eine sofortige komplette Abschaffung des tief verwurzelten Staatsdirigismus nicht ohne Gefahren wäre. Auch *Freiheit will* gelernt sein. Deshalb soll die Liberalisierung unter Einschränkungen und Vorbehalten etappenweise durchgeführt werden. Ausdrücklich betont man die sozialpartnerschaftliche Verantwortung. *Übergeordnet sei die* Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit die Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Am weitesten geht die Initiative bei den *Preisen. Hier wird im* Gegenzug zu einem neuen, dem Verbraucher dienenden Wettbewerbsrecht die Abschaffung des aus dem Jahre 1945 stammenden Ermächtigungsgesetzes für alle Arten von behördlicher *Preisreglementierung* verlangt und so die komplette Liberalisierung nicht nur der Industriegüterpreise, sondern auch der Dienstleistungstarife und Handelsspannen. Damit hat sich die Opposition grundsätzlich *einverstanden erklärt.* Die sozialistische Regierung will dagegen nur 85 Prozent der Industriegüterpreise bis Mitte 1985 freigeben.

Im Rahmen der neuen Rechtsverhältnisse will der CNPF allerdings dafür sorgen, daß die Preisfreiheit nicht mißbraucht wird. Ob ihm das gelingt, hängt allerdings auch davon ab, wie der Wettbewerb in der Praxis funktioniert – gerade der Dienstleistungssektor ist von Privilegien und Monopolen durchsetzt – und wieviel Vertrauen die Unternehmer der *neuen Regierung entgegenbringen.* (Der jüngsten Befragung zufolge fühlen sich 67 Prozent der Unternehmer den bürgerlichen Parteien verbunden.)

Bei seiner zweiten großen Forderung, *nämlich der Liberalisierung* des Devisen- und Kapitalverkehrs, zeigt der CNPF allerdings selbst nicht viel Vertrauen. Diese Freiheit soll zwar den Unternehmen den Export und Investitionen im Ausland erleichtern, *jedoch nicht „der Spekulation Tür* und Tor öffnen". Denn andernfalls würde für die Franzosen die Verlokkung zur Kapitalflucht zu groß sein.

Worauf es den Unternehmern aber hauptsächlich ankommt, ist die soziale Deregiementierung. Konkret heißt das insbesondere die Abschaffung des behördlichen Genehmigungszwangs für alle Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen. Als Gegenleistung für die Entlassungsfreiheit erklären sich die Unternehmer zu verstärkten Neueinstellungen „entsprechend der Marktbedingungen" bereit. Diese Flexibilität, welche durch die in der Arbeitszeitgestaltung und beim gesetzlich garantierten Mindestlohn untermauert werden soll, könnte sich tatsächlich per saldo auf dem Arbeitsmarkt positiv auswirken. Denn viele Unternehmen, die an sich zusätzliches Personal benötigen, schrecken vor Neueinstellungen *vor allem* wegen des rigorosen Entlassungsschutzes zurück und überlassen lieber der ausländischen Konkurrenz die Aufträge.

Demgegenüber treten die traditionellen Forderungen nach Verminderung der Steuern und sozialen Abgaben etwas zurück, nachdem die sozialistische Regierung die anfängliche Erschwerung dieser Lasten inzwischen weitgehend rückgängig gemacht hat. Mußte sie doch einsehen, daß auch in Frankreich die Wirtschaft unter einer unternehmerfeindlichen Politik nicht gedeihen kann. Eine andere Frage ist allerdings die, wie weit die französischen Gewerkschaften, mit der kommunistischen CGT an der Spitze, eine Schmälerung der „wohlerworbenen Arbeiterrechte" dulden würden.

AUF EIN WORT



„Wenn Organisationen sozialer Sicherheit nicht mehr als Solidareinrichtungen zu begreifen sind, ja, was spricht dann eigentlich dagegen, solche anonymen Systeme mit allen Tricks und Kniffen auszubeuten?"

Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Politikwissenschaftler an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.
FOTO: ENGELS

Gutes Ergebnis für Berlin

AP, Berlin

Die Berliner Wirtschaft hat nach den Worten des Industrie- und Handelskammerpräsidenten Horst Kramp „1985 in ihrer Gesamtheit ein gutes Ergebnis vorgelegt". Unter den Erwartungen seien jedoch die Ergebnisse im Einzelhandel sowie im Baugewerbe geblieben. „Dagegen warten *die von der Entwicklung des Tourismus* profitierenden Hotels und Gaststätten mit guten Zahlen auf," sagte Kramp in einem Ausblick auf 1986. Diese auch im Vergleich mit anderen Bundesländern positive Entwicklung habe aber *nicht* ausgereicht, die absoluten Zahlen der Arbeitslosen in Berlin signifikant zu verringern.

WÄHRUNGSPOLITIK

RWI: Bundesbank soll keine Wechselkursziele anstreben

Py. Düsseldorf

Versuche, die DM-Wechselkurse gegen den Markt in die eine oder andere Richtung zu drängen, führen nicht oder nur vorübergehend zum Erfolg, und dies auch nur um den Preis hoher Belastungen. Zu dieser Einschätzung gelangt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in seinem neuesten Konjunkturbrief.

Das Institut appelliert an die Bundesbank, weder eigene noch fremde Wechselkursziele anzustreben. Sie trage nur dann erfolgversprechend zur Belebung der Weltwirtschaft und zur Verringerung der Ungleichgewichte im internationalen Handels- und Kapitalverkehr – ebenso wie zur Stärkung und Stabilisierung im Inland – bei, wenn sie die Geldversorgung wachstums- und stabilisierungsgerecht ausweitet.

Die Bundesregierung, so das RWI, leiste ihren Beitrag dazu, wenn sie die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik leistungs- und wachstumsgerecht gestaltet. Die Bundesbank habe diese Aufgabe im abgelaufenen Jahr zufriedenstellend *erfüllt, die Bundesregierung* ihre jedoch nicht.

Das RWI untermauert diese Hinweise mit dem Hinweis, daß sich Bundesbank und Bundesregierung noch vor kurzem Vorwürfen aus den USA ausgesetzt sahen, sie hätten nur unzureichend zum Anstieg des Kurses der DM und zum Rückgang des US-Dollar-Kurses beigetragen. Diese „verwunderlichen Vorhaltungen" widersprächen den bereits früher gemachten Überlegungen und Erfahrungen, daß sich die Wechselkurse nicht durch Verkäufe und Käufe von Devisen dauerhaft nach oben oder unten drücken lassen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Der Güterkraftverkehr soll bis 1992 liberalisiert werden

Ha. Brüssel

Einen Zeitplan für die Schaffung eines einheitlichen Güterkraftverkehrsmarktes hat die EG-Kommission vorgelegt. Er soll sicherstellen, daß – in Übereinstimmung mit einem Grundsatzbeschluß der Verkehrsminister – bis 1992 alle mengenmäßigen Beschränkungen im grenzüberschreitenden Lkw-Verkehr abgebaut und Diskriminierungen auf Grund nationaler Gesetze und steuerlicher Regelungen beseitigt werden.

Bis zum 31. Dezember 1987 sollen danach zunächst einmal 40 Prozent *und im folgenden* Jahr dann die restlichen 60 Prozent der bilateralen Kontingente in Gemeinschaftsgenehmigungen umgewandelt werden. Das würde bedeuten, daß die Transportgenehmigungen für das gesamte EG-*Gebiet gelten*, also eine erheblich rationellere Nutzung des Laderaums ermöglichen würden.

Während der ersten Stufe soll das Verkehrsangebot auf dem gegenwärtigen Stand beibehalten werden. Beschränkungen des Transitverkehrs sollen aufgehoben werden, um die vorläufig noch bilateralen Vereinbarungen unterliegenden Transporte zu erleichtern. Bis Ende 1988 sieht der Plan dann die Einführung eines EG-Verfahrens zur Behebung von ernsthaften Marktstörungen sowie eines gemeinschaftlichen Systems qualitativer Kriterien für den Zugang zum Markt vor. Das Gemeinschaftskontingent soll jährlich automatisch um jeweils 15 Prozent heraufgesetzt und 1982 ganz aufgehoben werden.

Die Kommission weist darauf hin, daß der Rat bereits zwei wichtige Bereiche von Wettbewerbsverzerrungen behandelt hat: Im November konnten nach langem Streit revidierte Lenkzeiten für Lkw-Fahrer verabschiedet werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wachstums-Aussichten 1986
Anstieg des realen Bruttosozialprodukts in % (Schätzungen)

Land	1985	1986
Japan	4,5	3,5
Dänemark	2,5	3,5
USA	2,5	3
BR Deutschland	2,5	3
England	3,5	2,5
Österreich	3	2,5
Schweiz	3,5	2
Italien	2,5	2
Niederlande	2	2
Frankreich	1	2
Schweden	2	0,5

Globus 5897

1985 war ein Jahr des Wachstums, und 1986 soll ebenfalls ein Jahr des Wachstums werden. *Das Tempo der Aufschwungs, der nun schon seit 1983* anhält, bleibt freilich verhalten. Zwar werden einige Länder voraussichtlich höhere Zuwachsraten erzielen als 1985, andere hingegen werden wieder etwas zurückfallen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung der westlichen Industrieländer um drei Prozent zunehmen. QUELLE: GLOBUS

Umsätze stark gestiegen

Düsseldorf (Py.) – Mit einem Gesamtumsatz von 126 Mrd. DM hat die Rehinisch- Westfälische Börse zu Düsseldorf 1985 den bislang höchsten Umsatz ihrer 50jährigen Geschichte erreicht. Wie die Börse mitteilte, war die enorme Ausweitung der Aktienumsätze (76 nach 33,2 Mrd. DM im Jhr zuvor) besonders auffallend. Das gilt auch für den Umsatz ausländischer Aktien (10 Mrd. DM). Mit rund 50 (41,3) Mrd. DM trug der Rentenmarkt 40 Prozent zum Gesamatumsatz bei. Der Anteil der DM- Auslandsanleihen ging angesichts der Unruhe im Währungsbereich und in der weltweiten Zinsentwicklung um knapp ein Drittel auf 1,6 Mrd. DM zurück. Im Zuge der starken Belebung des Aktienhandels vervierfachte sich 1985 das Optionsgeschäft an der Börse.

Gespräche gestoppt

Washington (Sbt.) – Die Verhandlungen zwischen Texaco und Pennzoil über einen außergerichtlichen Vergleich sind ausgesetzt worden, *nachden Penzoil Forderungen in Höhe* von 5,5 bis sechs Mrd. Dollar, hauptsächlich in Ölreserven, geltend gemacht hat. Dies hat dem Texaco-Vorstand offenbar den Atem verschlagen. Eine starke Gruppe an der Spitze des dreitgrößten US-Mineralölkonzerns glaubt, daß gute Chancen bestehen, den Streit um 11,12 Mrd. Dollar Schadenersatz vor höheren Gerichten zu gewinnen. Nach wie vor wird ein Vergleich für möglich gehal*ten, wobei jedoch der „Preis" zwi*schen ein bis drei Mrd. Dollar angesiedelt wird.

Neuer Streit EG/USA

***Washington/Brüssel** (dpa/VWD)* – Die US-Regierung hat beschlossen, die Einfuhren von Stahlhalbzeug aus der EG 1986 auf 544 200 Tonnen zu beschränken. Hiervon sollen 181 400 Tonnen zur freien Verfügung des Büros des US-Handelsbeauftragten stehen. Sie sind damit – so erwartet man in EG-Kreisen in Brüssel – für British Steel reserviert. Für den Rest der EG wären damit nur 362 800 Tonnen verfügbar.

Verfassungswidrig

Washington (Sbt.) – Im Streit um das neue amerikanische Haushaltausgleichgesetz (*Gramm-Rudman-* Bill) vertritt auch die Reagan- Administration die Auffassung, daß der automatische Defizitabbau gegen die Verfassung verstößt, da die Rechte des Präsidenten geschmälert werden. Nach dem Gesetz legen nicht gewählte Volksvertreter, in diesem Fall das Haushaltsbüro des Kongresses und der Rechnungshof, die jährlichen Defizitziele fest. Dennoch verlang das US-Justizministerium die Abweisung der Klage, die von elf Kongreßabgeordneten eingereicht worden ist, aus prozeduralen Gründen. Die Anhörung beginnt Ende nächster Woche vor einem Washingtoner Sondergericht.

Marktanteil ausgebaut

Hamburg (dpa/VWD) – Der Anteil japanischer Autos auf dem deutschen Markt ist im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Nach ersten Schätzungen der neun japanischen Autofirmen Toyota, Nissan, Mazda, Mitsubishi, Honda, Suzuki, Subaru, Isuzu und Daihatsu hat sich der Marktanteil bei neu zugelassenen Personenwagen und Kombi auf etwa 13 Prozent (1984: zwölf Prozent) erhöht. 1985 kamen knapp 310 000 japanische Fahrzeuge neu auf deutsche Straßen, im Vorjahr waren es rund 290 000. Der Gesamtanteil importierter Autos dürfte jedoch nur unwesentlich auf 30,5 bis 31 Prozent gestiegen sein. 1984 lag der Anteil von Importfahrzeugen - einschließlich deutscher Fabrikate aus Auslandsfertigung wie Opel und Ford aus Spanien - bei 30 Prozent.

Kooperation mit China

Frankfurt (dpa/VWD) – Ihre Kooperation mit China wird die zu den größten Speditionen der Welt zählende Schenker und Co GmbH weiter ausbauen. Mit der *chinesischen* Staatsspedition Sinotrans gründete Schenker als erstes Unternehmen der Verkehrswirtschaft eine gemeinsame Gesellschaft, an der beide Partner zu je 50 Prozent beteiligt sind. Wie in Frankfurt mitgeteilt wurde, nimmt das neue Unternehmen – die Sinotrans Schenker GmbH – seine Tätigkeit am 1. Januar 1986 auf. Firmensitz ist Hamburg. Ziel des Gemeinschaftsunternehmens ist den Angaben zufolge die weitere Intensivierung der Verkehrsbeziehungen zwischen China und Europa. Besondere Bedeutung habe der Container-Verkehr über die „transsibirische Landbrükke".

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

Rückkehr der Fertigung aus dem Ausland keine Illusion

Py. Düsseldorf

Nach Jahren des Schrumpfens von Arbeitsplätzen hat der Bundesverband Bekleidungsindustrie die Hoffnung, diesen Abbau 1986 zum Stillstand zu bringen. Obwohl der für die deutsche Wirtschaft vorausgesagte Aufschwung in der Bekleidungsbranche nicht stattgefunden habe, das Umsatzplus mit rund 21,5 Mrd. DM nur hauchdünn und die Produktion leicht zurückgegangen sei, wird dieser Industriezweig nach den Worten seines Präsidenten Gerd Somberg für die kommenden Jahre Technik, Automation und Logistik, verbunden mit modernsten *Fertigungsmethoden*, anwenden, um den Lohnanteil an den Produkten zu reduzieren. Sie werde mehr als bisher investieren müssen, um den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz zu bestehen. Somberg: „Diese Investitionen setzen jedoch bessere Erträge voraus."

Sollte der Einsatz von Elektronik und Computern in den nächsten Jahren greifbare und wirtschaftlich vertretbare Resultate bringen, so sei auch die Rückführung bestimmter Fertigungskapazitäten aus dem Ausland zurück in die heimische Produktion keine Illusion mehr.

Zur Zeit sei jedoch das Modell der gesunden Mischung zwischen inländischer und ausländischer Produktion und der sich daraus ergebenden Mischkalkulation für die Fertigung von *Bekleidung der richtige Weg. Die* Erneuerung des Welttextilabkommens und das Erhalten bisher ausgehandelter Positionen sind nach den Worten Sombergs Voraussetzungen für Existenz und Entwicklung der Bekleidungsindustrie.

RAUMFAHRT / Eine Studie der OECD untersucht die Bedeutung für die Länder

Ohne Subventionen geht noch nichts

AFP, Paris

Für die Weltraumforschung und -nutzung wurden 1983 von jedem Amerikaner durchschnittlich 496 Franc, von jedem Franzosen 66 Franc und von jedem Deutschen 38 Franc ausgegeben. Dies geht aus einem jetzt in Paris veröffentlichten Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die „Raumfahrtindustrie" hervor. In der erstmals über diesen Sektor veröffentlichten Studie wird die Entwicklung dieser Industrie untersucht, die heute mit ihren Trägerraketen über Satelliten bis zu Raumgleitern eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung erlangte. Die OECD unterstreicht dabei, daß diese Entwicklung auch zahlreiche Fragen aufwirft. So spielten die Regierungen bei der Festlegung der Programme, den Entwicklungen und der Finanzierung der *Raumfahrtindustrie eine* ausschlaggebende Rolle und werden sie auch in Zukunft beibehalten.

Die internationale Organisation betont, daß die einzelnen Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihre Weltraumaktivitäten aufnahmen und die Entwicklungsstadien sowie die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sehr unterschiedlich sind. So belief sich etwa das Budget der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa 1981 auf fünf Milliarden Dollar, der Europäischen Raumfahrtagentur *(Esa) auf 700 Millionen Dollar*, des französischen Nationalzentrums für Raumfahrtforschung (CNES) auf 467 Millionen Dollar, der japanischen Raumfahrtbehörde (NASDA) auf 449 Mill. Dollar und in Indien auf 68 Mill. Dollar.

Beim Umsatz der Raumfahrtindustrie lagen die Vereinigten Staaten 1983 mit 5,9 Mrd. Dollar an der Spitze gefolgt von Frankreich mit 380 Mill. *Dollar und der Bundesrepublik* mit 250 Mill. Dollar. Die OECD macht deutlich, daß die Satellitenträger direkt oder *indirekt von den Regierungen* subventioniert werden und stellt die Frage nach den möglichen Folgen der öffentlichen Förderung etwa von Nachrichtensatelliten auf andere Nachrichtenübermittlungsbereiche wie Kabelverbindungen.

Übertrieben hohe Investitionen in Satellitensystemen könnten zu Überkapazitäten führen, wie es bereits zum Teil der Fall ist, wird festgestellt. Was die Satellitenträger angeht so wird unterstrichen, daß private US-Gesellschaften gegenwärtig versuchen, auf dem Markt von Startraketen Fuß zu fassen, während sich die Nasa schrittweise zugunsten der wiederverwendbaren Raumfähren vom klassischen Raketensektor löst. Die Markt der Satellitenstarts wird heute heiß umkämpft, wobei sich inzwischen die Nasa und die Arianespace diesen Markt teilen.

FRANKREICH

Supermarktwelle flacht ab

J. Sch. Paris

Der Konzentrationsprozeß im französischen Einzelhandel läßt weiter nach. An Großflächengeschäften wurden 1985 nur noch 394 neu eröffnet gegenüber 534 im letzten Jahr. Dabei verminderte sich die Zahl der sogenannten Hypermärkte (Verkaufsfläche mehr als 1500 Quadratmeter) auf 21 (24) Einheiten, während die der gewöhnlichen Supermärkte auf 373 (510) Einheiten zurückging. Zum Jahresende zählte Frankreich 580 Hyper- und 5917 Supermärkte mit einer Verkaufsfläche von 3,27 und 5,25 Millionen Quadratmetern.

Die durchschnittliche Verkaufsfläche der neueröffneten Hypermärkte erreichte 1985 mit 4316 Quadratmetern den niedrigsten Stand seit 1982 (4334 Quadratmeter). Diesen Schrumpfungsprozeß führt der zuständige Branchenverband vor allem darauf zurück, daß für derartige Großflächengeschäfte immer weniger geeignetes Terrain zur Verfügung steht. Außerdem wurden weniger Projekte von den Behörden genehmigt.

Nach dem Gesetz zum Schutz des unabhängigen französischen Einzelhandels (Loi Royer) müssen die Projekte zunächst örtlichen Kommissionen vorgelegt werden, in denen Kleingewerbetreibende die Stimmenmehrheit haben. Verweigern sie die Genehmigung, dann kann der Minister für Handel und Gewerbe anders entscheiden. Unter der sozialistischen Regierung wurden aber nur selten Revisionen durchgeführt, obwohl das Wirtschaftsministerium im Interesse der Preisstabilität auf größere Niederlassungsfreiheit drängte.

Die Großflächengeschäfte leisten immer noch einen positiven Beitrag zum Arbeitsmarkt. Insgesamt beschäftigen die Supermärkte 144 000 und die Hypermärkte 112 500 Arbeitnehmer. Am gesamten Einzelhandelsumsatz waren die Super- und Hypermärkte 1985 mit 31,9 Prozent beteiligt, dabei mit 49,7 Prozent im Lebensmittelbereich, schätzt der Branchenverband. Außerdem wurden im Ausland 13 französische Großflächengeschäfte errichtet gegenüber erst drei in 1984 und fünf in 1983.

NIEDERLANDE / In Westland regelt moderne Technik das Wachstum der Pflanzen

Der Garten Europas liegt unter Glas

HELMUT HETZEL, Den Haag

Als in der vergangenen Woche in Westland, der holländischen Hauptstadt in Sachen Gemüse und Obst, die ersten von Natur aus eigentlich in Neuseeland beheimateten Kiwis geerntet wurden, herrschte in der dortigen Versteigerungshalle Hochstimmung. Spitzenpreise wurden erzielt. Die meisten Gemüsegrossisten waren bereit, umgerechnet rund 15 Mark für ein Kilo dieser auf dem europäischen Obstmarkt noch immer etwas exotisch anmutenden Frucht zu bezahlen. Aber mit Hilfe holländischer Gartenbautechnik ist die Kiwi nun auch in Europa heimisch geworden.

In Westland haben es die Kleingärtner mit Erfindergeist und moderner Technik im Laufe der letzten Jahrzehnte geschafft, ihre früheren Kleinbetriebe zu leistungsfähigen Gartenbaufarmen auszubauen, die beeindruckende Ergebnisse erzielen. Hier gedeihen heutzutage Tomaten und Kopfsalat, Paprika und Auberginen auch dann bestens, wenn die Sonne nicht scheint und der Winter in diesen Breiten den Ton angibt. Unter dem Synonym „gläserne Stadt" haben die Treibhäuser Westlands Weltruf erlangt.

Auf einer Gesamtfläche von rund 15 000 Hektar, gelegen zwischen dem Dreieck Den Haag, Rotterdam und Hoek van Holland, gedeihen hier jährlich beispielsweise 260 Millionen Kilogramm Tomaten, 24 Millionen Kilogramm Paprika, wachsen rund 160 Millionen Salatgurken und werden 251 Millionen Stück Kopfsalat abgeschnitten. Etwa 3500 Hektar der gesamten agrarischen Anbaufläche sind überglast. Sie stellen das eigentliche Herz und Produktionszentrum Westlands dar und machen jährlich mehrere Ernten in einem beheizten Treibhausklima möglich. Doch mit Treibhäusern herkömmlicher Art haben diese hochmodernen Glashäuser schon längst nichts mehr zu tun. Computer regulieren hier die Wärmezufuhr. Tomaten schlagen weitgehend schon nicht mehr in „Mutter Erde", sondern in eigens dafür zusammengestellten Nährlösungen ihre Wurzeln. Sie sorgen für optimales Wachstum. Alles computerüberwacht und -gesteuert. Nicht mehr die Natur, die Technik regelt hier das Wachstum der Pflanzen.

Dies erst macht die phantastischen Erfolge der Holländer möglich und ließ Westland, wie mancher hier meint, „zum Garten Europas" werden. Etwa 3200 Gartenbaubetriebe sind hier ansässig. Sie beschäftigen, die gesamte Zuliefererindustrie eingeschlossen, etwa 40 000 Menschen. Zusammen mit den in anderen Teilen der Niederlande produzierenden Kollegen der Branche repräsentieren sie neben der Blumen- und Käseindustrie des Landes die dritte starke Säule des niederländischen Agrarsektors, der insgesamt etwa 23 Prozent aller holländischen Exporte stellt (niederländischer Zahlungsbilanzüberschuß in 1984: 11,8 Milliarden Gulden). Die Gemüse- und Obstindustrie exportierte allein 1984 rund 1,3 Millionen Tonnen an Waren. Exportschlager sind nach wie vor Tomaten und Gurken. Hauptabnehmer: die Deutschen. Sie kauften im vergangenen Jahr für 2,6 Milliarden Gulden in Holland ein und nahmen damit 50 Prozent des hier erzeugten Obstes und Gemüses ab. Zum Vergleich: auf Platz zwei der niederländischen Exportstatistik steht Großbritannien (204 Millionen Tonnen, 477 Millionen Gulden, 1984).

Die Ausfuhrchancen sind nach wie vor bestens. „Exportschwerpunkt", so Carla Vis von der Zentralstelle für Gemüseversteigerungen in Den Haag, „ist in diesem Jahr der amerikanische und kanadische Markt." Als sie von ihrem Computer die neueste Exportstatistik für das laufende Jahr (Januar bis einschließlich November) ausdrucken läßt, erscheint die bisherige Exportziffer: 1,42 Millionen Tonnen. Das sind in den ersten elf Monaten dieses Jahres bereits 8,4 Prozent mehr als im ganzen Jahreszeitraum von 1984. Auch hier in der Haager Zentrale ist man, wie in Westland selbst, optimistisch dank nach wie vor billiger Erdgaspreise aus heimischen Vorkommen. Selbst auf die kritische Frage, warum im Dezember oder Januar geerntete Tomaten manchmal allzu wässerig schmecken, ist man um eine Antwort nicht verlegen: „Dann hat der Computer offensichtlich die Nährlösung falsch berechnet", heißt es etwas ironisch.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: S. K. V. Sportkompasse-Vertriebs-Ges. mbH, Glinde; **Bergheim:** Farben Schmitz GmbH & Co. KG, Kerpen-Brüggen; **Bielefeld:** Bauges. Nagel KG, Borgholzhausen; Rudi Horst Nagel, Architekt VFA, Borgholzhausen; **Coesfeld:** H. u. W. Fritzen GmbH & Co.; **Karlsruhe:** Horst Gohm, Kaufmann; **Krefeld:** Nachl. d. Anna Margarete Gockel; **Lehrte:** Otto Zafke GmbH, Stahl- u. Montagebau, Sehnde; **Ludwigsburg:** abacus MediCom Vertriebsges. f. EDV i. d. Medizin GmbH, Korntal-Münchingen; **München:** BOR-Balkan-Orient-Handeslges. mbH; TELE-MUSIC Public Relation, Marketing u. Produktion GmbH, Martinsried; Peters & Wagner, Ges. f. Steuerungs- u. Erfassungssysteme mbH; ÖML-Lebensmittel GmbH; Nachl. d. Joachim Leopold Mühlhaupt, Ottobrunn; Nachl. d. Regina Maria Eigner geb. Busler; Bulgari Parfum Couture Deutschland Import- u. Vertriebsges. mbH; Nachl. d. Hella Pasquay, Apothekerin; **Peine:** Jutta Gueffroy, Kauffrau, Lahstedt; **Passau:** Hotel Betriebsges. Almberg mbH & Co. Betriebs KG, Miterfirmiansreut; Norbert Utz, Inh. e. Schreinerei; Aschenbrennerei GmbH, Vilshofen; **Trier:** Ursula Josten, Konz; **Wuppertal:** Nachl. d. Helga Pittroff.

Vergleich beantragt: Duisburg: Tiefbau Wilms GmbH, Oberhausen.

NAMEN

Dr. **Walter Petrak**, bisher Generaldirektor der Raiffeisen-Versicherung, übernahm mit Wirkung vom 1. Januar 1986 die Führung der Bundesländer-Versicherung. Der bisherige Bundesländer-Chef **Kurt Ruse** stellte sein Amt auf eigenen Wunsch und aus gesundheitlichen Gründen zum 19. Dezember zur Verfügung.

Hellmuth Schubert (63), Leiter des Geschäftsführungsbereichs Inland-Absatz der Molkerei-Zentrale Süd, Nürnberg, ist zum Jahresende aus dem Berufsleben ausgeschieden.

IM BLICKPUNKT / Daniel Goeudevert, Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG

„Erfolg ist nur im Team möglich"

Mit einem für viele Franzosen typischen Augenzwinkern und einem für deutsche Unternehmens-Chefs ebenso untypischen Schuß Selbstkritik entwaffnet Daniel Goeudevert (43), seit fünf Jahren Ford-Chef in Deutschland, den Fragensteller: „Ich bin selbst manchmal überrascht, daß ich so lange auf diesem Stuhl geblieben bin." Der gebürtige Franzose, der von einer hoffnungsvollen Karriere als Literaturwissenschaftler an der Pariser Sorbonne Abschied nahm, um als Familienvater „endlich zu Geld zu kommen", Autos verkaufte, bei Citroën Schweiz und Renault Deutschland in Spitzenpositionen kam, wurde kurz vor seinem 39. Geburtstag zum Vorstandsvorsitzenden der Ford-Werke AG berufen. Er wußte um diesen als Feuerstuhl gefürchteten wie als Karrierefahrstuhl geschätzten Chefsessel im 15. Stock der Hauptverwaltung im rechtsrheinischen Köln-Deutz. Zwei Rekorde kann er mit Sicherheit für sich verbuchen: Er war der bisher jüngste Ford-Chef in Deutschland, und keiner ist es bislang länger geblieben. Sieben Vorgänger brachten es auf zusammen 15 Jahre.


ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ohne jede Selbstüberschätzung weiß Goeudevert, daß dies weitgehend nur innerhalb des schon vorhandenen Teams möglich war: „Der Erfolg eines Managers ist immer der Erfolg eines Teams." Dabei schließt der rotblonde Riese aus Reims ein „mittelgroßes Stück Glück" nicht aus.

Mißtrauen gegen alle Titel

Zu seiner Lebensphilosophie gehört auch eine natürliche Portion Mißtrauen gegen alle Titel, den im Verwaltungs-Erdgeschoß ausgewiesenen „Generaldirektor" eingeschlossen. Ihm will das zu martialisch und zu antiquiert erscheinen. Er hält es eher mit dem französischen Autoren des in Deutschland unbekannten Buches „Die alte Weisheit über Management": „Ein Manager soll sich voll engagieren und nie darauf achten, ob er seinen Stuhl behalten kann oder verlieren könnte, nicht rücksichtslos zwar, aber im Bestreben, aus der Position das Beste für das Unternehmen zu machen."

Goeudevert fühlt sich immer noch in dieser Stimmung, die ihm auch über manche Frustration der Marktposition von Ford in Deutschland hinweggeholfen haben mag. Dabei mag sicher auch das Alter eine Rolle spielen. Bei aller lockeren Haltung, seinem Humor und seiner Lässigkeit im Umgang mit Mitarbeitern nimmt er seine Verantwortung als Manager sehr ernst. Dabei rangiert jedoch sein Verhältnis zum Management („leidenschaftlich") vor dem zum Produkt, wenngleich dieses besondere Produkt Auto in seiner volkswirtschaftlichen Rolle, seiner Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und seinen langfristigen Entwicklungen den Manager „ungleich stärker fordert als etwa Senf oder Strümpfe".

Die Technik fasziniert ihn weniger als die Kunst der sehr intellektuell angesiedelten Ingenieure. Bei der Autotechnologie hat er wohl manchmal das Gefühl, sie könne allzu leicht zum Selbstzweck werden, wo sie vielleicht dem Verbraucher kaum Nutzen bringt. Das Auto muß schließlich als Massenprodukt verkauft werden. In der Zukunft stellt sich Ford noch stärker als in der Vergangenheit den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit im Verbrauch, Fahrkomfort, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit.

Beim Hinweis auf hervorragendes Karosserie-Design und optimale Ausstattung, wo Ford mit Scorpio und Sierra sicher auf dem europäischen Markt Schrittmacherdienste geleistet hat, einerseits und bloße Konfektion bei der Motorenentwicklung andererseits, räumt Goeudevert größere Fortschritte der Wettbewerber ein. Ford habe hier den Verbrauchswerten und der Laufruhe der Motoren, die allgemein anerkannt werden, größere Priorität eingeräumt als der Leistungsstärke. Künftige Investitionen gelten daher stärker als zuvor der Motorenentwicklung. Beim 1,6 Liter Diesel und den 1,8 und 2 Liter Einspritzmotoren hat sie bereits begonnen.

Goeudevert hält Ford in Europa für durch und durch europäisch. Bei Produktionsstätten in sechs Ländern reden natürlich die dortigen Entwicklungs-Chefs miteinander. Dennoch, so europäisch wie möglich sein zu können, stößt vielleicht hin und wieder auf so deutsch wie nötig sein zu wollen. Einerseits gilt der deutsche Markt in Fertigung und Absatz als tonangebend, aber Ford ist in der Situation, auf den europäischen Märkten über ausgeglichene Anteile zu verfügen. Diese Struktur nötigt Zugeständnisse ab. Der Ford-Chef sieht hierin jedoch keinen Nachteil.

Goeudeverts Haltung zu Marktanteilen? Sie sind ein Leistungsmesser, wo man politische, auch soziale Umfeldeinwirkungen kaum beeinflussen kann. Aber zuviel Anteilsverlust bringt auch eine Kette von Reaktionen, die man kaum mehr steuern kann. Da kann ein zu starkes Abrutschen schon gefährlich werden. Mit 10,3 Prozent hatte Goeudevert 1981 begonnen, 1984 brachte 12,5 Prozent bei geringerem Marktvolumen, 1985 werden es über 11 Prozent sein. Dafür war vor allem verantwortlich, daß Ford (wie auch Opel) stärker unter der Umweltdiskussion gelitten hat als andere Marken. Beide exportieren nicht in die USA und verfügten aus diesem Grund nicht über Katalysatormotoren. Die Folge: längere Anlaufzeiten und gewaltige Investitionen in die neue Technik.

Zuversicht hinsichtlich neuer Produkte im hauseigenen Philosophiegewand. Der Ford-Chef sieht den Trend – wenn auch ohne Zeitrahmen – eher bei zwölf oder 13 Prozent Marktanteil als bei zehn Prozent der Vergangenheit.

Aktiver Pessimist

Beim Thema „japanischer Wettbewerb" sieht sich Goeudevert vielfach mißverstanden. Etwa 300 000 japanische Pkw in Deutschland, eine Million in Europa, durch Nippon fast 1,3 Mill. deutsche Autos weniger in Drittländern, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren nicht mehr zurückerobert werden können, schließlich die mögliche Aufhebung von Japan-Importsperren in den Ländern, die den Löwenanteil des deutschen Pkw-Exports aufnehmen, haben den Ford-Chef zu einem „aktiven Pessimisten" werden lassen.

Das sieht er nicht als ein Synonym für Realismus an. Schwarzmalerei oder Resignation in dieser Frage weist Daniel Goeudevert weit von sich. Der japanischen Herausforderung gewinnt er auch eine gute Seite ab: „Die deutschen Hersteller sind – auch ohne staatliche Erleichterungen – viel schneller zu notwendigen Strukturverbesserungen gekommen."

HARALD POSNY

1986

Darauf können sich viele Ältere freuen. Und die Jüngeren auch.

Für Mütter oder Väter werden jetzt Kindererziehungszeiten bei der Rente anerkannt
Bisher gingen Mütter, die Kinder erzogen hatten, in der eigenen Altersversorgung leer aus. Jetzt wird Müttern oder Vätern ab Jahrgang 1921, die während der Kindererziehung nicht erwerbstätig waren, für jedes Kind, das sie erzogen haben, ein Beitragsjahr für die Rente gutgeschrieben. Das erhöht die Rente und begründet Rentenansprüche. Wer 1986 in Rente geht, erhält rund 25 Mark mehr Rente im Monat für jedes Kind.

Frau und Mann sind jetzt bei der Hinterbliebenenrente gleichgestellt
Für beide gilt die Hinterbliebenenrente mit Freibetrag. Die Witwe oder der Witwer bekommt 60 Prozent der Rente des verstorbenen Ehegatten. Die Hinterbliebenenrente wird voll gezahlt, wenn daneben eigenes Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen nur bis zu 900 Mark im Monat bezogen wird. Erst bei höherem eigenem Einkommen ruht ein Teil der Hinterbliebenenrente; dadurch werden Empfänger niedriger Renten geschont. Die eigene Rente bleibt immer unberührt. Bereits laufende Witwenrenten sind ebenfalls nicht betroffen. Eheleute über 50 Jahre können bis 1988 wählen, ob für sie altes oder neues Recht gelten soll.

Rentenerhöhung zum 1. Juli 1986
Die Renten sollen zum 1. Juli 1986 um rund 3,1 Prozent angehoben werden, das entspricht der durchschnittlichen Steigerung der Löhne und Gehälter im vergangenen Jahr. Nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages wird die effektive Rentenerhöhung rund 2,3 Prozent betragen.

Informieren Sie sich über die gesetzlichen Neuerungen in den nächsten Tagen wieder an dieser Stelle.

Coupon 4/85

Wenn Sie mehr zum Thema **Neues Rentenrecht** wissen wollen, kleben Sie diesen Coupon auf eine Postkarte, die Sie mit einer 60 Pf-Briefmarke freimachen, und schicken Sie diese an das

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Postfach 500, 5300 Bonn 1

Name ____________

Straße ____________

PLZ/Ort ____________



Eine Information des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Central stärkt Position

Düsseldorf (Py.) – Die zur Aachener und Münchener Versicherungsgruppe gehörende Central Krankenversicherung AG, Köln, erwartet für 1985 ein Ergebnis, das neben einer angemessenen Rücklagenzuführung die Vorjahresdividende ermöglicht. In einem Zwischenbericht per 30. 9. heißt es, daß zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit weitgehend auf Beitragserhöhungen verzichtet worden ist. Die Beitragseinnahmen stiegen um 1,8 Prozent auf 381 Mill. DM, während die Versicherungsleistungen um 4,7 Prozent auf 278 Mill. DM wuchsen. Der Ausbau des Außendienstes ließ die Betriebskostenquote auf 15 (13,8) Prozent anziehen. Die Kapitalanlagen von 1 Mrd. DM brachten in den ersten drei Quartalen mit 63 Mill. DM um 13 Prozent höhere Erträge.

DressMaster erfolgreich

Düsseldorf (Py.) – Die zur Steilmann-Gruppe gehörende DressMaster Bekleidungswerk GmbH & Co. KG, Herne, hatte mit einer Umsatzsteigerung um 45 Prozent auf rund 62 Mill. DM 1985 das erfolgreichste Jahr der Unternehmensgeschichte. Das in den 30er Jahren in Berlin gegründete Unternehmen, das sich seit 1970 im Besitz von Klaus Steilmann befindet, hat sich im Lauf der letzten Jahre zu einem der führenden Anbieter von Herrenmode entwickelt. 1985 wurden 82 000 Anzüge, 187 000 Sakkos, 240 000 Hosen, 154 000 Sportswear-Oberteile, 170 000 Sportswear-Hosen sowie 44 000 Mäntel produziert. Die Internationalität der Kollektionen hat auch zu wachsenden Exporterfolgen, vor allem in England und in Skandinavien, geführt. Die Produktion erfolgt in eigenen westfälischen Werken sowie im Mittelmeerraum und in Osteuropa. Die Ertragslage wird als „befriedigend" bezeichnet.

Justus kooperiert

Hamburg (JB.) – Die Hamburger Justus-Gruppe, die im Anlagenbau für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie tätig ist und die rund 50 Mill. DM umsetzt, hat zum 30. Dezember 1985 einen Kooperationsvertrag mit der britischen Gruppe Barry-Wehmiller Ltd. abgeschlossen. Zum Jahresbeginn 1986 wird Barry-Wehmiller weltweit (ausgenommen sind Nordamerika und Mexiko) den Vertrieb von Geräten zur Füllstandskontrolle übernehmen, die die Justus Technik GmbH Industrieanlagen herstellt. Barry-Wehmiller zählt mit einem Umstz von rund 50 Mill. Dollar zu den führenden Herstellern von Anlagen für die Getränkeindustrie.

75 Jahre in der Chemie

Düsseldorf (Py.) – Die Weinstock + Siebert GmbH & Co., Düsseldorf, Produktions- und Handelshaus für chemische Produkte, besteht 75 Jahre. Mit rund 100 Beschäftigten erwirtschaftete das Unternehmen 1985 einen Umsatz von 50 Mill. DM. Noch heute ist der Großhandels-Bereich die Grundlage des Unternehmens. Internationale Bedeutung erhielt das Unternehmen mit dem unter der Marke „Futex" verkauften Feuerlöschpulver, das in 70 Länder verkauft wird. Weinstock + Siebert gehört zur Penta-Chemiekaliengesellschaft – einer Kooperationsgruppe unabhängiger, kapitalmäßig nicht verflochtener Chemiekalienhändler. Diese „Antwort des Mittelstands gegen die Handelskonzerne" hat heute mit acht Gesellschaftern (16 Betriebe mit 1100 Mitarbeitern) einen Inlandsumsatz von rund 550 Mill. DM.

LOG-INFORMATIONSSYSTEM / Erster Test in der Praxis der Transporteure

Ladung ist immer unter Datenkontrolle

HEINZ HILDEBRANDT, Greven

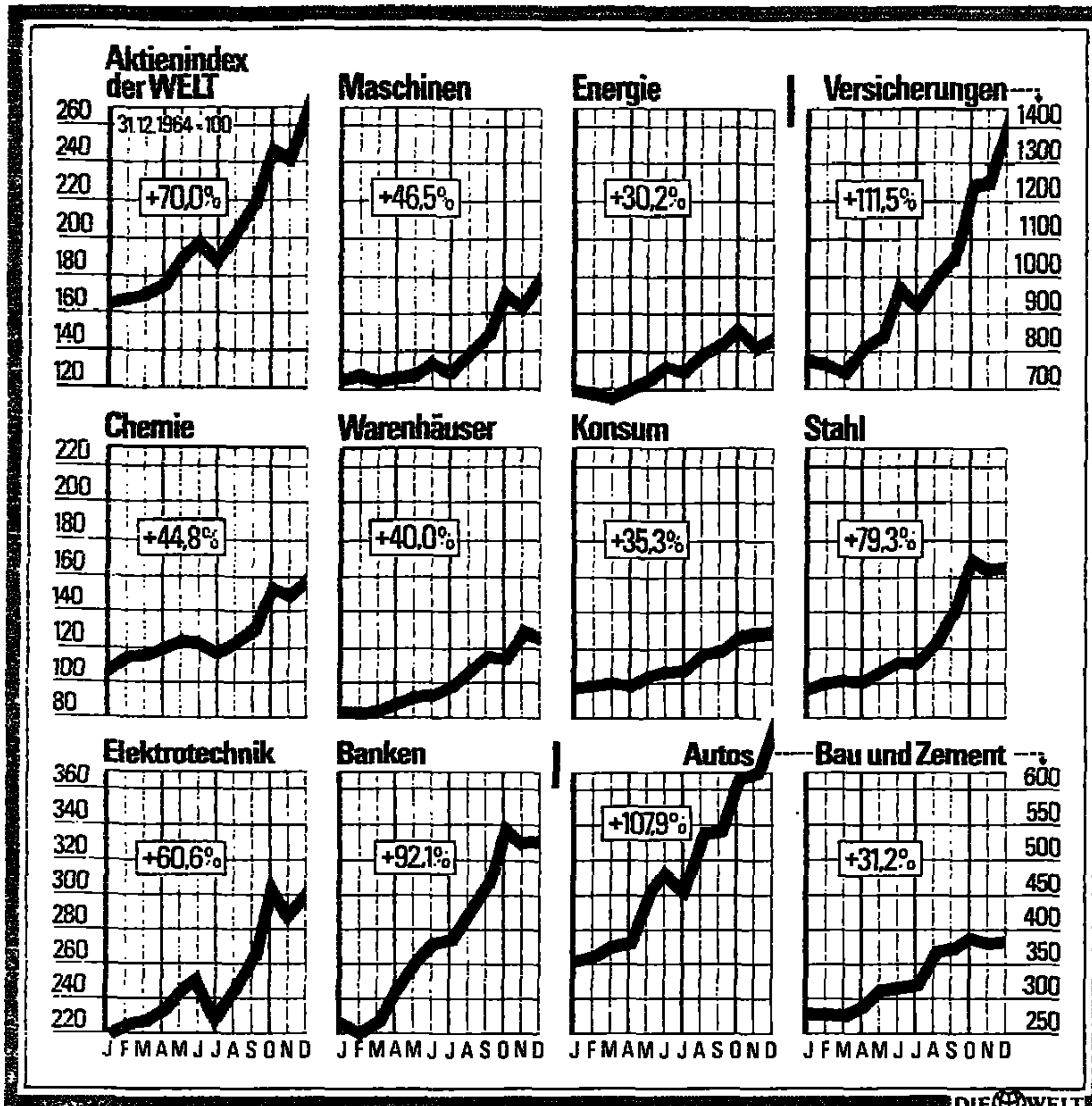
Rund drei Milliarden Tonnen Güter werden jährlich auf den deutschen Straßen bewegt – durch Lastwagen, deren Auslastung und deren Streckenführung nicht immer optimal ist. Zudem gibt es innerhalb der Transportkette vom Versender über den Versandspediteur, dem Frachtführer und dem Empfangsspediteur bis hin zum Empfänger oft noch einen erheblichen Leerlauf mit Reibungsverlusten. Hier mit Hilfe der EDV neue Lösungen zu suchen, war die Aufgabe, die sich Anfang dieses Jahrzehnts ein Team qualifizierter Spezialisten stellte und deren daraus entwickeltes Informationssystem „Log" sich jetzt der Praxisbewährung unterzieht.

Das Log-System ermöglicht den Beteiligten einen beleglosen Datenaustausch zur Steuerung der Gütertransporte. Er verbindet alle Glieder der Transportkette, wobei die Daten selbst nur beim ersten Glied dieser Kette, also beim Versender, eingegeben werden und dem Warenfluß vorauseilen. Der Zustand der Sendung ist dabei in jedem Augenblick über ein transparentes System der Auftragsverfolgung sichtbar. Alles in allem erlaubt dieses System eine höhere Kapazitätsauslastung nicht zuletzt durch eine verbesserte Steuerung und Kontrolle von Transportketten.

Dabei stellt sich das Log-System für den potentiellen Anwender äußerst kostengünstig. Benötigt wird lediglich ein Zwischenrechner, der als Peripheriegerät an alle in der Praxis eingesetzten EDV-Systeme angeschlossen werden kann. Bei den ersten Pilotsystemen wurde hier ein Personal-Computer amerikanischer Herkunft eingesetzt, Kostenpunkt rund 20 000 DM.

Die entsprechende Software ist für zukünftige Anwender kostenlos, denn an den Entwicklungskosten war das Bundesministerium für Forschung und Technologie maßgebend beteiligt. Es übernahm 3,68 Mill. DM der bisher auf 4,91 Mill. DM aufgelaufenen Entwicklungskosten. Weitere 1,2 Mill. DM steuerte die Internationale Spedition Josef Fiege GmbH & Co. KG, Greven, bei. Die Fiege-Gruppe, die mit rund 180 Mill. DM Jahresumsatz und fast 1000 Mitarbeitern zu den größten regionalen Speditionen im Norden der Bundesrepublik gehört, stellte vor allem auch ihr Praxis-Know-how zur Verfügung, sie erbrachte damit eine erhebliche Vorleistung für die gesamte Branche. Außer Fiege sind inzwischen bereits drei weitere Speditionen an das System angeschlossen, außerdem acht Unternehmen aus der Industrie.

Der derzeitige Status ist allerdings erst eine Zwischenlösung. Die Erweiterung des Systems über den Straßengütertransport hinaus bietet sich an, durch Einbeziehung der Luft- und Seefracht, dies durch Integration von dort bereits bestehenden Insellösungen. Die erforderlichen Schnittstellen sind vorhanden. Schließlich ist hier sogar auf weite Sicht ein grenzüberschreitendes System vorstellbar, zumindest auf EG-Basis. Staatssekretär Albert Probst vom BMFT schließt nicht einmal aus, daß die Entwicklung eines solchen Systems sogar „Eureka-trächtig" sein könnte. Der knallharte Wettbewerb auf nationaler Ebene, zum Beispiel der der europäischen Häfen untereinander, steht dem allerdings noch entgegen.



AKTIENBÖRSE / Ausländer machten 1985 zum Jahr ungeahnter Superlative

Auch 1986 bleibt noch chancenreich Aber die Risiken nehmen doch zu

Von CLAUS DERTINGER

Die auch am letzten Geschäftstag des drittbesten Börsenjahres der Nachkriegszeit steigenden Aktienkurse sind Ausdruck der Erwartung, daß der deutsche Aktienmarkt weiterhin gute Chancen bietet. Allerdings ist niemand so verwegen zu glauben, daß 1986 ähnlich hohe Gewinne winken wie in diesem Jahr, in dem das Kursniveau, gemessen am Aktienindex der WELT, um 70 Prozent geradezu explodiert ist. Doch gute Aktien, so die Überzeugung der meisten Experten, werden auch 1986 alle anderen Anlagen in der Bundesrepublik schlagen.

Im gerade abgelaufenen Jahr waren deutsche Aktien jeder anderen soliden Kapitalanlage haushoch überlegen. Für die Aktionäre war 1985 ein Jubeljahr, wie man es nur äußerst selten erlebt. Lediglich in den Wirtschaftswunderjahren 1954 und 1959 warfen Aktien noch höheren Gewinn ab. Auch im internationalen Börsenkonzert spielte der deutsche Aktienmarkt eine herausragende Rolle. Nur die im Weltmaßstab unbedeutenden Börsen in Mailand und Wien hatten die Nase noch weiter vorn.

Nach einem bereits mehr als 70prozentigen Kursniveau-Anstieg in den vorangegangenen knapp zweieinhalb Jahren, der sich zusammen mit dem diesjährigen Gewinn auf ein Indexplus von 193 Prozent seit dem letzten zyklischen Tiefststand im August 1982 addiert, kann man da ohne Übertreibung von einem Börsenwunder sprechen, das selbst die allergrößten Optimisten nicht erwartet hatten. Das übrigens auch vor einem anderen Hintergrund: Noch nie in den letzten 30 Jahren hat die deutsche Börse einen Aufschwung von so langer Dauer erlebt.

Der deutsche Aktienmarkt ist 1985 in neue Dimensionen hineingewachsen. Die Kurs- und Umsatzexplosion – die Umsätze waren in den ersten zehn Monaten mit 168 Milliarden Mark bereits doppelt so hoch wie im gesamten bisherigen Rekordjahr 1984 – sind der äußerliche Ausdruck von bemerkenswerten Veränderungen im Umfeld der Börse.

Die Aktie hat weltweit eine Renaissance erlebt

Greift man sie weltweit ab, so ist hier an erster Stelle der anhaltende Druck auf die Inflationsraten zu nennen, der die Zinsen sinken ließ und den Drang in „tote" Sachanlagen wie Immobilien und Edelmetalle weiter stark bremste. Zugleich erleben die „Kapitalisten", begünstigt von den „Spätfolgen" der Hochzinsphase, einen beachtlichen realen Vermögenszuwachs, aus dem auch ein höherer Wiederanlagebedarf resultiert. Und der konzentriert sich dank aufwärts gerichteter Weltkonjunktur und steigender Unternehmensgewinne in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß auf Aktien, dem idealen unternehmerischen Investment für Nichtunternehmer. Die Aktie hat in den letzten Jahren und ganz besonders 1985 weltweit eine Renaissance als Anlageinstrument erlebt.

Gleichzeitig sind die wichtigsten Aktienmärkte der Welt im Zuge des Fortschritts modernster Informationstechnik enger zusammengewachsen, womit gerade in der Bundesrepublik eine deutliche Verbesserung des Marketings für die Aktie verbunden ist. Die deutsche Börse ist im letzten Jahr so international geworden wie nie zuvor. Ausländer wurden 1985 zur bedeutendsten Anlegergruppe am Aktienmarkt. Allein in den ersten zehn Monaten kauften und verkauften sie für 82 Milliarden Mark deutsche Aktien und damit soviel wie *in den drei Vorjahren zusammen.* Das ausländische Netto-Engagement dürfte 1985 elf Milliarden Mark erreicht haben und damit dreimal so hoch gewesen sein wie im Vorjahr. Ohne diese treibende Kraft aus dem Ausland wäre die deutsche Börse nie auf diese Rekordhöhen gesprungen, und die Deutsche Bank hätte es auch *nicht geschafft, innerhalb weniger* Stunden für 3,8 Milliarden Mark die Flickschen Daimler-Aktien zu plazieren.

Der ausländische Drang an den deutschen Aktienmarkt ist kein Zufall. Er spiegelt die günstige Einschätzung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft ebenso wider wie das Vertrauen in die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik sowie in die politische Situation überhaupt. In mancherlei Hinsicht schnitt die Bundesrepublik im internationalen Urteil wesentlich besser ab als viele andere Länder. Immer mehr ausländische institutionelle Anleger, vor allem amerikanische und britische, witterten hervorragende Chancen bei deutschen Aktien, die in ihren international gestreuten Portefeuilles unterrepräsentiert waren. Sie griffen nach dem Feinsten vom Feinen, das der Markt zu Preisen zu bieten hatte, die im internationalen Vergleich lange Zeit als spottbillig galten.

Aber sind die „blue chips" immer noch preiswert, nachdem sich die Kurse von Papieren wie Allianz, den Großbankaktien, Daimler, VW und Thyssen 1985 mehr als verdoppelt haben und andere Spitzenwerte wie Siemens, Linde, Mannesmann und Veba Gewinne von etwa 70 bis 100 Prozent erzielt haben? Der Markt wird nach den jüngsten Kurssteigerungen etwa mit dem 14fachen der für 1986 von den Analysten erwarteten Unternehmensgewinne bewertet. Vor einem Jahr lag dieses Kurs-Gewinn-Verhältnis noch unter dem Elffachen. Diese Verteuerung ist das Ergebnis einer Neueinschätzung der Aktienanlage, die nicht nur die Erwartung einer Verstärkung der konjunkturellen Dynamik in diesem Jahr widerspiegelt, sondern auch schon einen Vorschuß auf einen aufwärts gerichteten Wachstums- und Gewinntrend im *Wahljahr 1987 enthält. Nach früheren* Erfahrungen stößt das Bewertungsniveau inzwischen in Regionen vor, die es sonst meist nur in Überhitzungsphasen an der Börse überschritten hat.

Einen gewissen Kurssteigerungsspielraum läßt nach Meinung der Analysten allerdings noch die aus dem Kurs-Gewinn-Verhältnis errechnete „Gewinnrendite" zu, die mit gut sieben Prozent gegenüber dem Kapitalmarktzins von rund 6,5 Prozent noch eine kleine Risikoprämie enthält. Damit steht der deutsche Aktienmarkt besser da als zum Beispiel die großen Börsen in New York, London und Tokio, wo die Gewinnrendite der Aktien deutlich unter dem Rentenmarktzins liegt, und das vor allem dann, wenn man berücksichtigt, daß *die Gewinnschätzungen der deutschen Analysten* aus methodischen Gründen im internationalen Vergleich unterzeichnet sein dürften. Diese „Zahlenspiele" sind freilich nur technische Hilfsmittel für die Börsenbewertung, mit denen sich nicht im konkreten Einzelfall voraussagen läßt, um wieviel eine Aktie steigt oder fällt. Wer sie in den letzten Jahren und gerade auch 1985 in seine Anlagestrategie eingebaut hat, ist allerdings sehr gut gefahren. Denn die steigenden Unternehmensgewinne bei sin*kendem Kapitalmarktzins* waren der Haupttreibsatz für die Hausse.

Angesichts der Dominanz der ausländischen Marktteilnehmer an der deutschen Börse haben Währungsüberlegungen 1985 eine besonders wichtige Rolle gespielt. Die Unterbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hat deutschen Aktien und fest*verzinslichen Papieren über weite* Strecken hinweg zu besonderer Attraktivität verholfen. Inzwischen sitzen viele ausländische Anleger nicht nur auf dicken Aktienkursreserven, sondern auch auf fetten Währungsgewinnen, jedenfalls wenn sie aus dem Dollar oder aus dem Pfund in deutsche Papiere investiert haben. *Noch wird der D-Mark zwar weiteres* Aufwertungspotential zugebilligt, auch gegenüber einigen EWS-Währungen; aber was geschieht, wenn das Potential als ausgeschöpft gilt?

Ausländer geben auch weiter den Ausschlag

Sollte es deswegen oder einfach nur, weil andere Börsen plötzlich für interessanter gehalten werden, zu *größeren Umschichtungen im inter*nationalen Portefeuille kommen, ist ein starker Kurseinbruch an der deutschen Aktienbörse nicht auszuschließen. Derartiges ist zwar noch nicht abzusehen, und es muß in diesem Jahr auch gar nicht unbedingt zum großen „Kassemachen" internationaler Investorenkreise kommen; doch tut jeder Anleger gut daran, eine solche Entwicklung ins Kalkül zu ziehen und die Devisenfront aufmerksam zu beobachten. Denn über eines muß sich jeder klar sein: Ohne die massiven Auslandskäufe wäre die deutsche Börse eine recht trübe Veranstaltung. Im letzten Jahr haben jedenfalls, wenn die Statistik nicht trügt, die deutschen Anleger mehr Aktien deutscher Unternehmen verkauft als gekauft. Darüber darf auch die Begeisterung für die Neuemissionen nicht hinwegtäuschen.

Auch für die Zinsentwicklung ist das Verhalten ausländischer Anleger ausschlaggebend. Der im internationalen Vergleich niedrige deutsche *Kapitalmarktzins wird nur so lange* ausländisches Kapital anlocken, wie mit einer D-Mark-Aufwertungserwartung ein zusätzliches Bonbon geboten wird oder wie wenigstens ein stabiler D-Mark-Kurs die Attraktivität von Hochzinswährungen bei gleichzeitig hohen Wechselkursrisiken aufwiegt. Zugleich bestimmt die Zinsentwicklung im Ausland, vor allem in den USA, den heimischen Zinstrend auch dadurch, daß deutsche Investoren große Beträge in hochverzinslichen Auslandstiteln anlegen.

So wäre es nicht überraschend, wenn die Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung im EWS noch für eine Fortsetzung der Zinssenkung sorgte, der aber ein Wiederanstieg nach einer Wechselkursneuordnung folgte. Für die Anlagestrategie gilt es *nicht nur daraus Konsequenzen zu* ziehen, sondern auch aus der Erwartung, daß die erwartete Konjunkturbelebung den Zinssenkungsspielraum einengt. Wer Kursrisiken vermindern will, sollte sich bei Festverzinslichen auf die Anlage in Titeln mit kurzen Laufzeiten konzentrieren.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Die Gipfelerklärungen müssen auch Nutzen für die Bürger stiften

Schaffung des Binnenmarktes ist zentrale Aufgabe

Von KARL-HEINZ NARJES

Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, eines Europa ohne Grenzen, ist die zentrale Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft. Obwohl vor 17 Jahren mit der Zollunion ein beachtlicher Erfolg erreicht wurde, müssen *wir feststellen, daß die von den Römi*schen Verträgen geforderte vollständige Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs in den Mitgliedstaaten nach wie vor auf teilweise hartnäckigen Widerstand stößt. Dieses unbefriedigende Ergebnis von bald 28 Jahren Integrationsarbeit ist heute weniger denn je annehmbar:

– Die Integrationsdefizite sind wirtschaftspolitisch sehr teuer. Die Kosten der Verweigerung des Grenzabbaus liegen bei *zwei Prozent* des europäischen Sozialproduktes.

– Das Fehlen eines kontinentweiten Basismarktes – vergleichbar dem der Vereinigten Staaten – verringert die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

– Dies alles bedeutet Wachstumsverluste und damit auch Verzicht auf mögliche Beschäftigung.

Die Jahre bisher sind nicht nutzlos gewesen

Die Gründe für die integrationspolitische Verweigerung liegen überwiegend in einer meist unpolitischen Kompromißlosigkeit der nationalen Bürokratien und ihrer „Experten". Ihr Widerstand wurde durch das Einstimmigkeitserfordernis erleichtert. Dadurch, daß jederzeit auf ein Veto zurückgegriffen werden konnte, war dem europapolitischen Mißbrauch Tor und Tür geöffnet. Bei einem großen Teil der ausstehenden Beschlüsse wird eine Einigung nur von ein oder zwei Mitgliedstaaten blockiert.

Es wäre jedoch verkehrt, die vergangenen Jahre als nutzlos anzusehen. Vielmehr wurden überall Teilerfolge erzielt und vor allen Dingen Erfahrungen gewonnen. Durch die konsequente Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes wurde zudem die Ausgangslage für einen neuen Anlauf wesentlich verbessert. Dank der hartnäckigen Bemühungen der Vergangenheit wurde es jetzt möglich, in einem Weißbuch die Gesamtaufgabe *global anzugehen. Ziel ist die Reali*sierung des Binnenmarktes bis zum Jahre 1992. Diese Zielsetzung wurde von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bei ihrem jüngsten Treffen in Luxemburg nachdrücklich bestätigt. Die auf der Tagung des Europäischen Rates ebenfalls beschlossene begrenzte Abkehr vom Einstimmigkeitserfordernis zugunsten von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit – wobei allerdings die Bereiche Steuern, Freizügigkeit und Arbeitnehmerrechte davon ausgenommen sind – dürfte die Verwirklichung dieses Ziels erheblich erleichtern.

Das Weißbuch der Kommission als Aktionsprogramm bis zum Jahre 1992

Die im Weißbuch enthaltenen Vorschläge der Kommission lassen sich in drei Hauptgruppen aufgliedern:

– Beseitigung der materiellen Grenzen,

– Beseitigung der technischen Grenzen,

– Beseitigung der steuerlichen Grenzen.

1. Die materiellen Grenzen

Hier geht es um eine völlige Eliminierung und nicht nur um eine Verringerung. Die Kommission geht davon aus, daß es überhaupt keine Grenzkontrollen mehr geben wird. Eine Verminderung der Zahl der gegenwärtig durchgeführten Grenzkontrollen reicht nicht aus. Solange es Gründe für Personen- und Warenkontrollen gibt, ist das Hauptziel nicht erreicht, nämlich eine echte Gemeinschaft, in der es für Bürger und Waren weder Anlaß zu Ärger noch kostspielige Verzögerungen durch die Warte*rei an den Grenzen mehr gibt.* In ihrem Weißbuch untersucht die Kommission sehr eingehend alle derzeitigen Aufgaben der Grenzkontrollstellen. Sie nennt die Funktionen, die sich innerhalb eines echten und vollendeten gemeinsamen Marktes erübrigen könnten und erübrigen sollten. Für die Fälle, in denen Grenzkontrollen weiterhin für unerläßlich gehalten werden, zeigt sie Mittel und Wege auf, um dieses Ziel auch ohne Grenzkontrollen zu erreichen.

2. Die technischen Grenzen

Das an sich schon ehrgeizige Vor*haben der Abschaffung der Grenzen* wird aber nicht in vollem Umfang die gewünschte Wirkung haben, solange die europäischen Bürger und Unternehmen in den Mitgliedstaaten auf die versteckten Hemmnisse stoßen, die derzeit den freien Warenverkehr und die Freizügigkeit behindern, welche eine echte Gemeinschaft auszeichnen sollte. Die Kommission untersucht diese technischen Schranken und unterbreitet Vorschläge für deren Abschaffung nach einem genauen Zeitplan. Von einigen wichtigen Sachzwängen und Schutzbestimmungen aus Gesundheits- und Sicherheitsgründen abgesehen, zielt der neue Ansatz darauf ab, daß Waren, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt und verarbeitet werden, überall in der Gemeinschaft uneingeschränkt vertrieben werden können.

Arbeitnehmer können sich fast frei bewegen

Beim freien Dienstleistungsverkehr waren die Fortschritte ungeachtet der Vertragsbestimmungen überall in der Gemeinschaft viel langsamer als beim Warenverkehr. Die Unterscheidung zwischen Waren und Dienstleistungen war noch nie von Vorteil. Das Weißbuch enthält hierfür Vorschläge und einen bis 1992 reichenden Zeitplan.

Bei den Arbeitnehmern ist die Freizügigkeit fast völlig gewährleistet. Das Recht der nationalen Behörden, Stellen eigenen Staatsangehörigen vorzubehalten, wird durch die Rechtsprechung des Gerichtshofes eingeschränkt. Die Kommission wird Vorschläge unterbreiten, um die letzten Hindernisse abzubauen.

Zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit hat die Kommission dem Rat im Juli 1985 einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie über ein allgemeines System der Anerkennung der Diplome vorgelegt, der sich auf folgende Leitlinie stützt: Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten; Grundsatz der Vergleichbarkeit des Hochschulstudiums zwischen den Mitgliedstaaten; *gegenseitige Anerkennung der Diplo*me ohne vorherige Harmonisierung der Bedingungen für den Zugang zu den Berufen und deren Ausübung. Schließlich sollen Unterschiede durch die Berufserfahrung ausgeglichen werden.

3. Die Steuergrenzen

Das Ziel der Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 hat auch für den Steuerbereich erhebliche Konsequenzen. Die Höhe der indirekten Steuern ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat so unterschiedlich, daß Handelsverzerrungen und Einnahmeverluste für die Staatskasse mitunter unvermeidbar sind. Die von der Kom*mission vorgenommene* Analyse führt zu dem Schluß, daß es keine Möglichkeit zur Beseitigung der Grenzkontrollen gibt, solange erhebliche Besteuerungsunterschiede (Mehrwertsteuer und indirekte Steuern) fortbestehen.

Der Wegfall der Grenzen und der Kontrollen setzt weitreichende Maß*nahmen zur Annäherung der indirek*ten Steuern voraus. Das Problem besteht folglich darin, wie weit diese Annäherung gehen muß. Nach Auffassung der Kommission zeigt die Erfahrung, daß gewisse Unterschiede in der Höhe des Steuersatzes die Abschaffung der Kontrollen nicht behindern. Wenn es in Luxemburg auch nicht möglich war, im Steuerbereich das Einstimmigkeitserfordernis zu lockern, so bedeutet das keinen Verzicht auf Politik und Anpassung.

Das Ziel der Realisierung des Binnenmarktes bis 1992 ist zweifellos ein ehrgeiziges Unterfangen. Aber es ist realisierbar, wenn nur die Regierungen jenes Maß an Kompromißbereitschaft und Verantwortung zeigen, das dem Ernst der Aufgaben entspricht. Es steht außer Zweifel, daß ohne rasche Fortschritte bei der Integration des europäischen Wirtschaftsraumes die angestrebten und von den Staats- und Regierungschefs auf ihren letzten Gipfeltreffen unterstrichenen Ziele letztlich Illusion bleiben müssen.

Der Autor ist Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Was Ihr Unternehmen von unseren Electronic-Banking-Angeboten hat.

Immer häufiger werden wir von unseren Firmenkunden auf unsere Electronic-Banking-Leistungen angesprochen. Deshalb hier ein Überblick über das aktuelle Dresdner Bank-Angebot. Mit unseren Lösungen gewinnen Sie wertvolle Zeit für die eigentlichen Entscheidungen, weil Ihnen die Vorbereitung und Durchführung Ihrer Entschlüsse ebenso erleichtert werden wie zahlreiche Routinearbeiten.

drebit. Bildschirmtext-Service (Btx), besonders für mittelständische Unternehmen, mit dem automatisch alle Informationen über Ihre Konten bei verschiedenen Banken zusammengefaßt werden. Ihre Finanzdisposition wird vereinfacht und beschleunigt.

drecam. Computergestützte Dispositionshilfe für das Cash-Management vor allem internationaler Firmen: Balance Reporting – Money Transfer – Devisen-Netting – Treasury Management.

drecon. Concentrating-Verfahren zur vollautomatischen Übertragung aller Gutschriften und Belastungen von verschiedenen Konten auf ein bestimmtes Konto, damit Sie zentral disponieren können.

dreplan. Computersysteme für Ihre längerfristige Finanzplanung und kurzfristige Liquiditätsplanung.

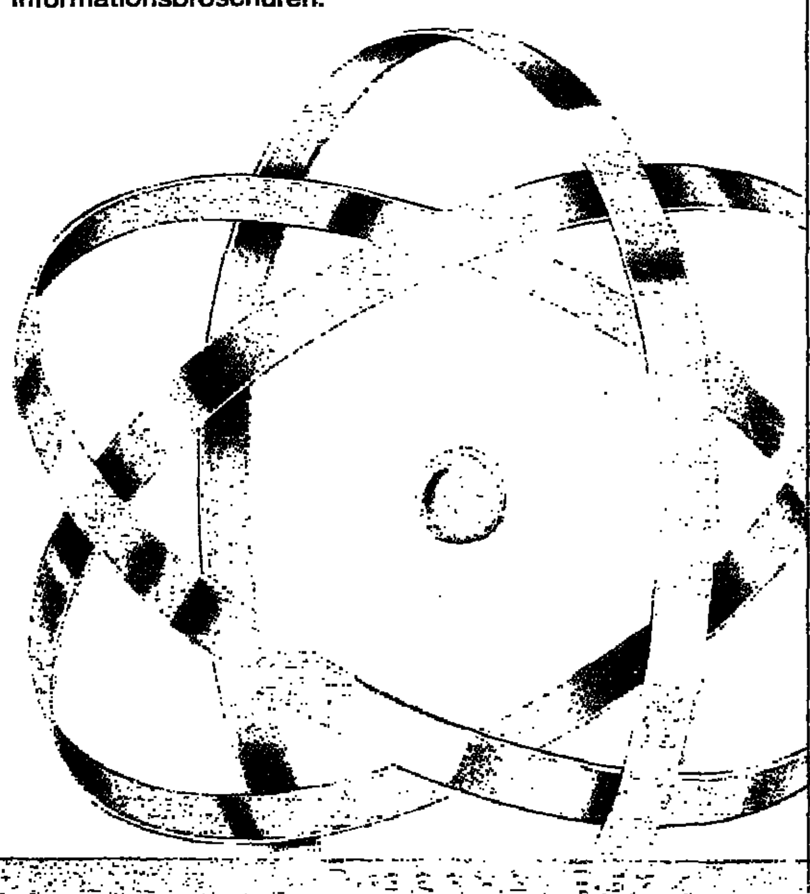
drefox. Foreign Exchange Information-System mit Daten aus dem weltweiten Geld-, Devisen- und Edelmetallgeschäft. Kursberechnungen für „broken dates". Direktabschlüsse beim ersten Telefonkontakt.

drebis. Informationen für die Wertpapieranlage mit Wirtschaftsnachrichten aus aller Welt. Depotdaten mit aktuellen Kursen auf dem Bildschirm.

Belegloser Datenträgeraustausch für Zahlungsaufträge im Inland oder ins Ausland mit Hilfe von Magnetbändern, Disketten oder durch Datenfernübertragung.

mabila. Unsere maschinelle Bilanzanalyse sagt Ihnen auf einen Blick, wo Sie mit Ihrem Unternehmen stehen. Auch im Vergleich.

Nähere Einzelheiten erfahren Sie von Ihrem Berater bei der Dresdner Bank oder aus unseren Informationsbroschüren.



In Berlin: BHI

FK 03/2

1985: Größte Gewinner und Verlierer

Gewinner:	%	Verlierer:	%
Aach. u. Münchn. Vers.	+330	Terrex-Rumpus	-44
Aachener-Rück.-Vers. NA	+259	ADT	-38
Agrippina-Rückvers. NA	+247	Etienne Aigner	-30
Münch. Rück. 50 v.H. E.	+219	Langenbrahm Vz. A.	-30
Colonia Vers. NA	+202	Bochum-Gelsenk. Str. AG	-29
Münch. Rück. Inh. VE	+173	Herlitz St.	-27
Köln. Rückvers.	+158	Herlitz Vz.	-26
Deutsche Bank	+149	Langenbrahm St. A.	-26
Volkswagen AG	+141	Wickr. Hand. u. Bet. AG	-18
Dresdner Bank	+140	Parkbrau. Pirmasens	-17
Kuehnle, Kopp K. St. A	+139	Aachener Str. Bahn	-15
Allianz AG Holding	+135	Agrob St. A.	-15
AEG	+135	Aktien-Brau. Kaufbeuren	-13
Ceag	+131	Schwäb. Zellstoff	-13
Nordstern Allg. Vers.	+129	Würzburger Hofbräu	-13
Mercedes Automobil Holding	+128	Kraftw. Altwürttemb.	-12
Württ. Feuer	+119	Württ. Metallwerke Vz	-12
Commerzbank	+119	Andreae-Noris Zahn	-11
Thyssen Industrie	+119	Stolberger Zink	-10
Bremer Vulkan	+117	Adlerwerke Kleyer	-10

Hinweis: * Keine Vergleichskurse aus dem Vorjahr

Quelle: WestLB

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 160,75 (157,80); Elektrowerte: 336,68 (338,92); Autowerte: 715,67 (709,39); Maschinenbau: 181,81 (182,95); Versorgungsaktien: 156,49 (156,48); Banken: 434,19 (431,71); Warenhäuser: 129,12 (128,21); Bauwirtschaft: 389,28 (379,48); Konsumgüterindustrie: 131,66 (132,19); Versicherung: 1440,38 (1419,92); Stahlpapiere: 167,29 (166,77)

Kursgewinner:

Stock	450,00	+100,0	+28,5%
Deckel	225,00	+24,00	+11,9%
Gerling NA Gr.	5500,00	+500,0	+10,0%
Kraft Rheinf.	320,00	+25,00	+8,4%
Gerling NA Vz.	590,00	+40,00	+7,2%
Herlitz Vz.	149,50	+10,00	+7,1%
Moenus	96,50	+6,40	+7,1%
Colonia Vers.	950,00	+60,00	+6,7%
Hoechst	291,50	+18,00	+6,5%
Wasag-Chemie	750,00	+45,00	+6,3%

Kursverlierer:

Wibau	8,00	-4,00	-33,3%
Hageda	97,50	-17,50	-15,2%
Sellwolff	30,00	-4,00	-11,7%
Bibl. Inst.	350,00	-35,00	-9,0%
Reichelbräu	450,00	-40,00	-8,1%
Koepp	150,00	-10,00	-6,2%
Hoffmann St.	230,00	-15,00	-6,1%
Westafr. Vicl.	71,50	-4,50	-5,9%
Stuttg. Hofbr. St.	700,00	-38,00	-5,1%
Thür. Gas	465,00	-25,00	-5,1%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 730,00 T, Kötitzer 1980,00 T, VAB 4100,00 T

Düsseldorf: BASF 258,00, Contigas 325,00, IWK 310,00 T, Linde 565,00 T, Metallges. 285,00 T, Nixdorf 545,00, Schering –, VEW 133,50 bG

Frankfurt: Allweiler St. 280,00, Allweiler Vz. 206,00 G, BASF 258,00, Contigas 325,00, Frankona –, IWK 312,00 T, Linde 577,00, Magdeburger Feuer 510,00 G, Magdeburger Feuer NA 1400,00 T, Mainkraft 640,00 T, Metallges. 320,00, Moto Meter 210,00 G, Nixdorf 550,00, Schering 620,00, VEW 135,50 bG, Wibau 7,00 T

Hamburg: Doag 360,00 T, Schering 624,00

München: BASF 256,20 bG, Bremer Wolle 180,00 T, Contigas 329,00 G, Isar Amper 349,00, IWK 305,00 B, Linde 570,00 bG, Metallges. 300,00 B, Nixdorf 542,00, Schering 615,00, Stumpf 106,00 B, VAB 4200,00 bG, VAB Vz. 4200,00 bG, VEW 132,00 G, Wanderer 480,00 B

Bezugsrecht: Frankfurt: Bay. Hypo 6,50, Machines Bull 1,75, Telefónica 0,30

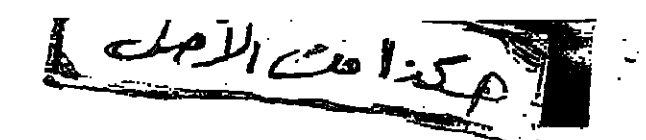
Devisenmärkte

Der US-Dollar notierte zum Jahresschluß 2,4613, so daß die kontinuierliche Abwärtsbewegung mit der niedrigsten Notiz des Jahres den Abschluß fand. Nachbörslich taxte man nur noch 2,447 bis 2,45. Ein Handel entwickelte sich nach der zeitlich vorgezogenen amtlichen Notiz allerdings nicht mehr. Die Kursentwicklung der meisten Währungen war ebenfalls weiterhin abwärts gerichtet. Die Norwegische Krone fiel auf das neue historische Tief von 32,36. Der Französische Franc notierte mit 32,585 auf Jahrestief. US-Dollar in: Amsterdam 2,772; Brüssel 50,36, Mailand 1678,50; Wien 17,33; Zürich 2,0727; Ir. Pfund/DM 3,056, Pfund/Dollar 1,4595; Pfund/DM 3,543.

Devisen und Sorten

30.12.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,4577	2,4457	1,4434	2,40	2,50
London[2]	3,537	3,551	3,493	3,50	3,65
Dublin[2]	3,051	3,065	3,01	2,99	3,14
Montreal[1]	1,7555	1,7635	6,7419	1,71	1,81
Amsterd.	88,64	88,86	88,545	87,75	89,50
Zürich	118,63	118,83	118,62	117,50	120,75
Brüssel	4,886	4,906	4,84	4,75	4,95
Paris	32,53	32,69	31,90	31,75	33,50
Kopenh.	27,37	27,49	27,215	26,50	28,25
Oslo	32,41	32,53	31,895	31,50	33,25
Stockh.**	32,38	32,54	31,775	31,50	33,25
Mailand[3]**	1,459	1,469	1,423	1,42	1,52
Wien	14,202	14,242	14,157	14,13	14,35
Madrid**	1,594	1,604	1,557	1,53	1,65
Lissabon**	1,55	1,57	1,472	1,10	1,90
Tokio	1,225	1,228	–	1,19	1,25
Helsinki	45,28	45,48	44,77	44,25	46,75
Buen.Air.	–	–	–	–	5,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,633	1,687	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,6725	1,6915	–	1,63	1,73
Johannbg.*	0,958	0,972	–	0,75	1,05
Hongkong*	31,41	31,69	–	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

F	6¾ dgl. 77	5/89	102,45	99,5
F	8 dgl. 79 I	7/89	106,6	104,5
F	6 dgl. 78 I	2/90	100,80bG	97,2
F	8 dgl. 80 II	7/90	107,85	104,65
F	9 dgl. 81	5/91	110,7	108,75G
F	10½ dgl. 81	9/91	117,85G	114,9
F	10¼ dgl. 81	11/1	117,85	114,1G
F	8 dgl. 82 I	2/92	107,15	104,5
F	10 dgl. 82	2/92	116,55	115,35
F	9½ dgl. 82	7/92	114,7	112,9
F	8 dgl. 82	11/92	107,40	104,8

F	6 Lowl.Rent.Bk.RS15	100,6G	99,75G
F	6 dgl. RS 16	100,65G	99,7G
F	6 dgl. RS 19	101G	99,5G
F	6 dgl. RS 77	100,1G	98,6G
F	7½ dgl. RS 27	101,2G	101,5G
F	6¾ dgl. RS 60	101,65G	99,75G
F	7 dgl. 94	102,75G	100,55
F	7 dgl. 99	100G	100,15G
F	8 dgl. 101	105,25G	104G
F	7½ dgl. 102	104G	102,25G
F	9¼ dgl. 124	104,2G	106,15G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Geringer Zinsrückgang

Der Kapitalmarktzins ist zwar 1985 gesunken – gemessen an der Marktrendite zehnjähriger Bankschuldverschreibungen von 7,40 auf sieben Prozent –, so daß der Anleger einschließlich Kursgewinn auf eine Gesamtrendite von rund elf Prozent kommt. Dennoch hat die Entwicklung des Zinses, der zwischen acht und 6,85 Prozent schwankte, die meisten Erwartungen nicht erfüllt. Die Einbindung des deutschen Kapitalmarktes in den internationalen Zins- und Wechselkurszusammenhang war letztlich doch stärker, als vielfach angenommen worden war.

F	3¼ dgl. 84 o. O.	88bG	·
F	3½ Hamro 84 m. O.	112G	·
F	3¼ dgl. 84 o. O.	91,75	·
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	180G	200G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102G	101,9
F	5¾ Jusco 85 m. O.	189G	143G
F	5¾ dgl. 85 o. O.	99,4	96,4G
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	120G	96,6
F	3¼ dgl. 84 o. O.	91,6	89,25G
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	139	106,25
F	3¼ Kaufhof 84 o. O.	78	79,8
F	3¼ Linde Int. m. O.	159G	103,5
F	3¼ dgl. o. O.	77,75	77,85

8 Arab.Banking 85/88	102,5G	101,5
10¼ Ard.Sund. 81/89	104,35	108,35
6½ Argentinien 78/88	98	98,9
7½ dgl. 79/89	98,25	97
5¾ Asiat.Entwbk78/88	99,6	96,9G
7¾ dgl. 79/89	105,3T	102,9G
10 dgl. 80/90	106,76G	108,25G
8¾ dgl. 80/90	106,1	104,8T
10 dgl. 81/91	106,75T	109G
10¼ dgl. 81/89	112,5T	112,25
9¼ dgl. 82/92	110,5G	109
9¼ dgl. 82/92 II	111G	108,8
8¼ dgl. 83/93	107	104,4

8 dgl. 84/92	93,5	*
8¼ dgl. 84/92	97	*
7¾ Estel 73/88	101,25G	100,5G
5¾ Eurriom 77/87	101,25G	98,1G
7¼ dgl. 85/93	99,9G	100,2
6½ Eurofima 72/87	102,9	100T
6½ dgl. 75/88	103,4T	100,5G
5½ dgl. 78/88	105T	99T
6½ dgl. 79/89	99,25G	102,75T
10¼ dgl. 81/91	101,75bG	111G
9 dgl. 82/92	108,75G	108,5
8½ dgl. 82/90	106	104,9T
7½ dgl. 83/91	104,25G	102,7

7 dgl. 85/90	102,15	·
5¾ Forsmarks 78/90	99,25	97
9 Fuerzas El. 84/92	108,5T	104,75T
9¼ G.D.F. 82/92	110,1G	108,5
4 G. Zbk. Wien 77/87	100,5G	98,5G
8¼ GMAC Ov. 82/87	105T	103,5
8¼ Gould Int.82/89	105,6G	102,75
7¾ dgl. 84/91	104,75T	101,6
3¾ GKN Finance 82/89	103,35	106,25
8 Hainal 84/91	103,4G	105T
6¾ Hamersley 72/87	100	99,5G

8½ dgl. 80/87	104,5T	102,9
8 Neufundland 71/86	100,5G	101,5T
6¾ dgl. 72/87	101,1	101,25T
6½ dgl. 73/88	–Zhg	99,8
7½ Neuseeland 71/86	100,5G	100,75G
7 dgl. 72/87	101T	100,75G
7¾ dgl. 76/86	101,35	103
5¾ dgl. 78/86	99,9	99,1
6½ dgl. 79/87	100,5	99,9
7½ dgl. 79/87	101,15	101,4
7¾ dgl. 80/88	102	103

8¾ dgl. 83/91	94,75	·
7¾ dgl. 84/92	95	·
8 Sumitomo 83/91	105,4G	105,25
6¾ Sveriginvbk 72/87	–Zhg	–Zhg
7 dgl. 73/88	–Zhg	–Zhg
9 Tenneco Int. 82/92	105,6G	106,85T
8 TENP 73/93	103,75G	102
6½ Traf. House 72/87	99,65G	99,5G
5¾ Trondheim 78/88	99,75G	97,5G
7 Ungar. Nat. Bk. 85/93	95,35	·
7¾ dgl. 85/95	101,15	·

5¾ Tauernaut. 78/93	97,36G	97,5G
9¾ dgl. 82/94	115,9	114,5G
6 TVO-Kraftw. 78/88	99,65G	97,5G

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Fester notierte Kaffee. In engen Grenzen uneinheitlich präsentierte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	30.12.	27.12.
März	345,75	346,25
Mai	324,50	325,75
Juli	291,00	293,50

Gemüsemittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

30.12.	27.12.
unerh.	36,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Geringfügig veränderte Terminkurse am 31. 12. Die Umsätze blieben auf kommerzielle Transaktionen beschränkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,73-0,65	1,95-1,85	3,85-3,65
Pfund/Dollar	0,43-0,41	1,30-1,27	2,55-2,50
Pfund/DM	2,70-1,50	6,60-5,20	11,3-10,9
FF/DM	31-15	78-62	142-126

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31.12.: Tagesgeld 4,00-6,00 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 31.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 31.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30.12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8¼	4¾-5	3⅞-4⅛
3 Monate	7⅞-8⅛	4¾-5	4-4⅛
6 Monate	7⅞-8⅛	4¾-5	4-4¼
12 Monate	7⅞-8⅛	4¾-5	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 30.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1280,00	1641,60
5 US-Dollar (Indian)**	780,00	941,60
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	627,00
1 £ Sovereign alt	195,50	245,67
1 £ Sovereign Elizabeth II.	186,50	235,41
20 belgische Franken	140,00	188,10
10 Rubel Tscherwonez	201,50	257,07
2 südafrikanische Rand	178,75	225,44

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,80, Rendite 6,30.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 30.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,798	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,442	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,99	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,48	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,10bG	6,55
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,10	6,46
Deutsche Bk. S	287,00	25.1.95	121,00	9,98
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	103,44	6,43
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	75,50	6,43
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	52,26	7,00
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,97	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,60	7,00
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	54,61	6,63
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,94	6,95
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,13	6,73
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,33	7,08
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,22	6,98
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	53,70	6,80

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,90 (4,90)	100,1	101,0	101,9	102,9	103,8	104,8
2	5,37 (5,37)	99,3	101,0	102,9	104,7	106,5	108,4
3	5,82 (5,85)	97,6	100,5	102,9	105,6	108,3	110,9
4	6,30 (6,35)	95,2	98,7	102,1	105,5	109,0	112,4
5	6,51 (6,53)	93,4	97,5	101,6	105,8	109,9	114,1
6	6,60 (6,63)	91,8	96,7	102,0	106,3	111,1	115,9
7	6,82 (6,82)	89,6	95,1	101,0	105,9	111,3	116,7
8	6,92 (6,92)	88,0	93,9	100,5	105,9	111,8	117,8
9	7,00 (7,01)	86,4	92,9	100,0	105,9	112,4	118,8
10	7,02 (7,04)	85,2	92,2	99,9	106,2	113,2	120,1
15	7,21 (7,20)	79,4	88,3	98,1	106,2	115,1	124,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

H. Graetz' „Volkstümliche Geschichte der Juden"

Heilige werden lebendig

Das Buch erschien vor knapp hundert Jahren, 1888, zum ersten Mal. Es wurde schnell Gegenstand erregter Kontroversen – und zugleich ein Hausbuch. Noch heute, da es als Nachdruck in einer sechsbändigen Taschenbuchausgabe vorliegt, erweist es sich als eine anregende, oft spannende Lektüre.

Die „Volkstümliche Geschichte der Juden" von Heinrich Graetz ist die populäre Fassung seiner elfbändigen „Geschichte der Juden", die 1853 bis 1875 herauskam. Ihr Verfasser wurde 1817 in Xions, in jenem Landesteil, der durch die polnischen Teilungen an Preußen fiel, geboren. Seine Wirkungsstätte war seit 1854 das neugegründete jüdisch-theologische Seminar in Breslau, wo er seit 1869 auch an der Universität lehrte. 1891 starb er in München.

Mit seinem Hauptwerk hat Graetz zum ersten Mal die Geschichte der Juden als Einheit und nicht nur als Appendix zur Geschichte der Gastvölker dargestellt. Der elfte Band, der bis in die damalige Gegenwart führt, forderte Treitschke zu einem heftigen



Angriff gegen Graetz heraus, dem er einen „Todhaß" auf das Christentum und jüdisch-nationalistischen Hochmut vorwarf. Auch in jüdischen Kreisen erntete Graetz nicht nur Zustimmung. Besonders denen, die zur Assimilation bereit waren, mißfiel das Werk mit seiner These vom „nationalen Charakter" der jüdischen Geschichte, weil es den Wert und das Gewicht der Juden in der Geschichte selbstbewußt hervorhob und Anpassung und Anbiederung verdammte.

Diese Haltung tritt noch stärker in der Kurzfassung der „Volkstümlichen Geschichte der Juden" hervor, die bis in die zwanziger Jahre immer wieder nachgedruckt und „in alle Sprachen, deren die Juden sich bedienen, in die englische, französische, hebräische, deutsch-jüdische, polnische und russische" (M. Brann) übersetzt wurde.

Graetz beginnt mit der Zeit der Könige und endet nach der Revolution von 1848. Er versteht zu erzählen. Könige wie Saul oder David sind bei ihm keine Heiligengestalten, sondern Männer voller Widersprüche, deren Taten für das jüdische Volk genauso wie ihre Fehler verzeichnet werden. Nicht anders schildert er die Propheten an ihrer Seite als Berater, Beweger, Mahner, aber auch als Auslöser unheilvoller Entwicklungen.

So geht es durch die Jahrhunderte. Graetz spart nicht mit Lob und Tadel. Er ergreift Partei, schreibt emotional, fällt Urteile für oder gegen einen Mann, für oder gegen seine Politik, seine Auffassung vom Judentum. Der Leser lernt dadurch selbst bekannte Stoffe aus einer ungewöhnlichen Perspektive kennen. Das gibt den Büchern auch heute noch ihren Reiz.

Für Graetz ist das Judentum eine Vernunftreligion. Er wendet sich gegen die „durch Komiteeberatungen entstandene Religion" des Reformjudentums genauso wie gegen den „Geist der trüben und wissensfeindlichen Überfrömmigkeit". Mit Kabbala, Mystik und Chassidismus, den er einen „Orden der Wundersüchtigen" und den „wüstesten Wahnglauben" nennt, hat er nichts im Sinn. Die Geschichte des Judentums ist für ihn eine Geistes- und Leidensgeschichte, geprägt vom „Forschen und Wandern, Denken und Dulden, Lernen und Leiden".

Der Begriff der „jüdischen Nation" ist bei Graetz jedoch kein vorweggenommener Zionismus. Er verbindet ihn nicht mit der Forderung nach Eigenstaatlichkeit. Das wurde von Treitschke und anderen, die in dem engen Nation-Begriff nach der Reichsgründung befangen waren, nicht erkannt und fälschlich als Forderung nach einer – unakzeptablen – Doppelnationalität aufgefaßt. Graetz versteht unter der „jüdischen Nation" vielmehr die geistige Selbstbehauptung der Juden als eine Schicksalsgemeinschaft, die sich immer ihrer gemeinsamen Herkunft und ihrer Zusammengehörigkeit bewußt blieb.

Dieser ungebrochene Stolz prägt und trägt seine „Volkstümliche Geschichte der Juden". Angesichts der reichen Literatur nach Auschwitz ist dieser Optimismus, daß sich das wahre Judentum immer behaupten werde, eine wichtige Leseerfahrung.

PETER DITTMAR

Heinrich Graetz, „Volkstümliche Geschichte der Juden", Deutscher Taschenbuch Verlag, München. 6 Bd. zus. 2044 S., 68 Mark



Im Bild sich immer wieder selbst gesucht: „Selbstbildnis nackt" (1933/34) von Edvard Munch, aus der Ausstellung in Mailands Palazzo Reale und Palazzo Bagatti-Valsecchi FOTO: MUNCH-MUSEET OSLO

Mailand zeigt eine intelligent zusammengestellte Schau der Werke von E. Munch

Ein ewiger Kampf, Liebe genannt

„Die Krankheit, der Wahnsinn und der Tod waren die Engel, die sich über meine Wiege beugten" steht im Tagebuch von Edvard Munch (1863–1944). Und an anderer Stelle: „Ich bin krank zur Welt gekommen, in einer kranken Umgebung und das Leben war wie ein von der Sonne erhelltes Fenster ... Wie gerne hätte ich am Tanz des Lebens teilgenommen." Selbst von der Lungenkrankheit befallen, an der Mutter und Schwester starben, während die älteste Schwester im Irrenhaus war, suchte er im Alkohol Hilfe gegen seine dunklen „Engel". Zugleich entstand ein Werk, das diese permanente Bedrohung, durch Selbstzweifel wie durch Unverständnis seiner Umgebung, zu höchster Kunst sublimierte.

Das ist derzeit in Mailand an den fast 300 Werken, die zum großen Teil aus dem Osloer Munch-Museum stammen, abzulesen. Im Palazzo Reale (Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen) und im Palazzo Bagatti-Valsecchi (Grafik) sind nicht nur die bekannten, oft reproduzierten Bilder (z. B. „Der Schrei" von 1893 oder das Porträt seines Freundes und Seelenverwandten August Strindberg) zu sehen, sondern auch Gemälde aus den letzten Lebensjahren des Künstlers.

Da die Bilder chronologisch gehängt wurden, spiegelt beispielsweise die Serie der Selbstbildnisse sehr genau die Entwicklung Munchs vom Verismus des frühesten Selbstporträts (1882) über die expressiven Bildnisse bis zu jenem abgeklärten – oder von Resignation geprägten – späten Gemälde, auf dem der alte Maler sich nackt zeigt oder aufrecht in seinem Zimmer steht, das Gesicht von der Last des Lebens fast ausgelöscht. Hier, wie in vielen seiner Bilder, verdrängen die Symbole die Wirklichkeit, wird die Kunst zur Selbstanalyse.

In seinem unglücklichen Verhältnis zu Frauen (Munch schrieb vom „Kampf zwischen Mann und Frau, genannt Liebe") Strindberg verwandt, in seiner tragischen Weltsicht Ibsen verbunden (für dessen „Gespenster" er Bühnenbilder schuf), hat er – abgesehen von den späten „Arbeiterbildern" – kaum soziale Themen behandelt. Seine Fragen zielten tiefer, suchten den Sinn der Existenz und fanden meist nur Einsamkeit und Verlorenheit, selten dagegen jene Harmonie, die das Bauernpaar unterm Kirschbaum, „Fruchtbarkeit" genannt, prägt.

Die große Mailänder Ausstellung erlaubt auch an regelmäßig wiederkehrenden Themen die unterschiedlichen Einflüsse auf Munchs Werk zu studieren. Nach den Jugendjahren in Paris, wo er Manet am höchsten schätzte, zog er nach Berlin, wo ihn vieles mit den Sezessionisten verband. Hier wurde seine erste große Ausstellung 1892 zum Skandal. Die Kritiker wetterten über den „anarchistischen Norweger", während Max Liebermann und andere Berliner Künstler die vorzeitige Schließung der Ausstellung zum Anlaß nahmen, die erste Sezession zu gründen.

Bis 1908 hat Edvard Munch fast ständig in Deutschland gelebt. Wiederholt arbeitete er für die Bühnen Max Reinhardts, doch anders als sonst die Szenaristen, die sich dem Stil des Hauses anpaßten, drückte er den Inszenierungen seinen unverwechselbaren Stil auf, einen Symbolismus, der in grafisch und farblich beherrschter Form von Seelenzuständen und kosmischen Mysterien erzählt. (Bis 16. März; Katalog Mazzotta, 35 000 Lire)

MONIKA von ZITZEWITZ

Zweimal Verdi in Venedig: „Stiffelio" und „Aroldo"

Der Erste war der Beste

Wie man aus Venezianern Türken macht oder aus braven Kurgästen des 19. Jahrhunderts weinselige Rittersleut, hatte Rossini ja zur Genüge vorgeführt. Von Verdi erlebten wir nun die Metamorphose eines protestantischen Sektenführers aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts in einen schottischen Kreuzritter des 14. Jahrhunderts. Zu bestaunen ist dies am Beispiel des 1850 uraufgeführten „Stiffelio" und seines sieben Jahre jüngeren Zwillingsbruders „Aroldo", der Zweitfassung des „Stiffelio".

Hier wurde kein Werk dem Publikumsgeschmack eines anderen Landes entsprechend zurechtgeschustert, hier hatte auch die Zensur nicht gewütet, obwohl sie natürlich einen Geistlichen, dessen Frau Ehebruch verübt und der daraufhin das Schwert ergreift, um den Rivalen zum Zweikampf aufzufordern, nicht ungeschoren davonkommen ließ. Hier galt es vor allem einmal, die Musik zu retten, die der Maestro in seiner Rücksichtslosigkeit in ein Stück gepackt hatte, dessen bürgerlichen Naturalismus damals noch kein Opernpublikum goutieren konnte.

In Venedig ist der Vergleich möglich: um 17 Uhr „Stiffelio", um 22 Uhr „Aroldo" – dazwischen ein kaltes Büfett, dazu zwei Besetzungen, die sich gut lasen, am Pult Eliahu Inbal, Chefdirigent am Teatro La Fenice. Pier Luigi Pizzi, der mit Rossinis „Maometto" und „Siège de Corinthe" schon hinreichend Erfahrungen mit Operndoubletten gesammelt hat, ließ sich, man mochte es kaum erwarten, tatsächlich zwei szenische Konzepte einfallen. Bereits der Modus der Aufführung legte nahe, was man von diesen Verdis zu halten hatte. Wie bei den zum „Jerusalem" gewordenen „Lombardi alle prima crociata", wird niemanden das Plädoyer für den Erstling, den genialen Wurf überraschen.

„Stiffelio", ein Gegenwartsstück, unter Assasverianern spielend, wurde von Verdi auf eine Weise vertont, mit der er stärker noch als mit „Traviata" alle Verbindlichkeiten der Konvention über Bord warf. Das beginnt bei der realistischen Dramaturgie und reicht bis zur musikalischen Sprache, die rezitativische Ensembles vorzuziehen scheint und nur die Figur von Linas Vater Stankar, der für die Ehre seiner Tochter tötet, mit baritonalen Strettaaufschwüngen bedient. Die Verbindung eines religiösen Themas mit einer Art musikalischer Prosa programmierte den Mißerfolg. Dem „Aroldo" suchte Verdi dann nachträglich den jugendlichen Risorgimento-Geist einzuhauchen, um zu retten, was zu retten war. Ohne Zweifel besticht der „Aroldo" unmittelbar, bereitet die Schablone nicht die geringsten Verständnisprobleme, doch sie erreicht nie die Spontanität der Frühwerke.

Im „Aroldo" führt Pizzi gediegenes Bühnenhandwerk des vorigen Jahrhunderts vor. Das schließt gotische Hallen, Friedhofsgemäuer und die obligate Einöde ebenso ein wie die schweren Draperien. Leider hat er auch einer Unzahl verzweiflungsvoll ringender Gesten den Weg auf die Bühne geebnet. „Stiffelio", das bürgerliche Trauerspiel, findet dagegen in einem purpurn ausgehängten, vage angedeuteten Raum statt. Kreuz und Gräber genügen für deutliche Symbole. Die pathologische Exaltiertheit in der Personenführung entlarvt rasch die grobholzige Psychologie.

Wer von Verdis Meisterschaft der Orchestrierung im „Stiffelio" gelesen hat, wird die Dezenz eines Klarinetten- oder Cellosolos, den gedämpften Streicherklang vergeblich vom Orchester des La Fenice erwarten, nachdem es sich mit berstender Lautstärke durch den „Aroldo" geboxt hatte.

Für den Tenorhelden Stiffelio bevorzugt Verdi eine fast baritonale Lage, benutzt tenorale Deklamation nur zur gelegentlichen Charakterisierung. Antonio Barasorda wird auch nach dieser Aufführung kaum bekannter sein. Aroldo darf hingegen arioser Leidenschaft frönen, was Jesus Pinto dazu nutzte, allen technischen Scharten zum Trotz, seine Befähigung zum tenore di forza auszusingen.

Da auch die beiden Baritone Antonio Salvadori als Egberto im „Aroldo" und Brent Ellis als Stankar im „Stiffelio" durch wüstes Chargieren, Indisposition und den Mangel nötiger Kantilene zu verdecken suchten, geriet der Abend zum Primadonnenwettstreit. Lucia Alibertis Mina ist die romantische Heroine, welche mit scharfgeschliffenen Höhen über den Ensembles leuchtet, deren sehr nach oben getriebene Mittellage nur gaumig trüben Gesang bereithält. Rosalind Plowright als Lina zeigt hingegen sofort, wie man mit den Farben einer Stimme zu spielen hat, wie man hinter vordergründig heiterer Musik tieferes Empfinden ahnen läßt, wo Verdi zum Musikdramatiker wird.

ROLF FATH

Neue ZDF-Vorabendserie mit Brigitte Horney

Oma ist die reine Pest

Wo sie auftritt, da ist Bühne. Im grauen Pelz steigt Brigitte Horney aus dem noblen BMW, strahlt die Fotografen mit einem erst 74jährigen Lächeln entgegen und läßt sich von ihnen zu einer nostalgischen Straßenlaterne lotsen, die sie umarmt, daß Kollegin Marlene vor Neid erblassen könnte. Der Star ist gutgelaunt und gibt Ratschläge. „Gute Fotografen", sagt die Horney zu einem, der vor ihr in die Knie gegangen ist, „fotografieren immer in Augenhöhe. Von unten habt ihr nur Nasenlöcher auf dem Bild."

Drinnen schaut sie sich um nach dem Autoren Justus Pfaue, der ihr vorerst ein Dutzend Folgen der Familienserie „Teufels Großmutter" geschrieben hat. Die Rolle gefällt der gebürtigen Berlinerin so gut, als wär's ein Stück aus ihrem Leben. Ist diese Dorothea Teufel, die am Sonntagmorgen ihre Kinder und Enkel mit einem 150-Watt-Mozart aus den Federn jagt, die den von ihr glücklich geschiedenen Mann (Peter Pasetti) weiterhin kommandiert, die sich aus Jux einen roten Porsche anlacht und die selbst Hausbesetzer im Handumdrehen in fleißige Studenten verwandelt, ist diese Dorothea nicht eigentlich ein liebenswertes Ekel? „Als Großmutter", reflektiert Frau Horney über ihre Rolle, „bin ich natürlich die reine Pest, aber ich habe diese Oma sehr gern." Im Film darf sie sein, wie sie im Leben gerne ist: „Immer lebendig und frech." Nur nichts runterschlucken, denn das verursacht Magengeschwüre.

Teufels Großmutter – ZDF, 18.20 Uhr

Als Regisseur steht Rob Herzet im Abspann, in Wahrheit aber führte das Duo Einschaltquote und Werbeeinnahme die Regie. Wieder einmal startet das ZDF den Versuch, das Niveau nach unten und die Popularität des Vorabendprogramms nach oben zu drücken. Das erste ist gelungen, am Erfolg des zweiten ist kaum zu zweifeln.

Aber nur nichts runterschlucken, sagt sich der Star und fragt voller Unschuld: „Was ist der Vorabend?" Wie soll sie das auch wissen, wo sie die eine Hälfte des Jahres in New York verbringt und den Rest vor den Kameras? Kurz vor 19 Uhr, wird ihr gesagt. „Also", sprudelt sie los, „wenn die Mutter das Essen kocht und nicht weiß, wohin mit den Kindern?"

Betroffenheit legt sich wie Mehltau über die Mienen der Mainzelmännchen, aber der Star kennt keine Gnade. „Ich sehe immer fern, wenn ich bügle", plaudert sie aus dem femininen Nähkästchen. „Wissen Sie eigentlich, daß viele Hausfrauen fernsehen, wenn sie bügeln? Und wißt Ihr warum? Da braucht man sich nicht zu rechtfertigen, daß man fernsieht."



Sprüht vor Lust und Lebensfreude: Brigitte Horney FOTO: TEUTOPRESS

Der Mehltau gefriert zu gequältem Grinsen.

Sie war krank, hatte sich bei Dreharbeiten auch noch einen Fuß gebrochen und mußte den Tod ihres zweiten Mannes verkraften. Jetzt aber sprüht sie wieder vor Lust und Freude am Leben. Brigitte Horney hatte als junges Mädchen Tanzen gelernt, startete in Würzburg zu einer Bühnenkarriere und wurde beim Film zum Star. Im Alter hat sie nun zur Rolle der Großmutter gefunden, nicht zur guten oder gar zur komischen, nein, sie ist die kratzbürstige, anspruchsvolle, egoistische, geschäftlich erfolgreiche, die sich unter der rauhen Schale aber doch so sehr nach Liebe und Anerkennung sehnt. Eine märchenhafte Mischung fürs Vorabend-Gemüt.

PETER SCHMALZ

Vom Eigenleben elektronischer Geräte: Das TV-Spiel „Tod aus dem Computer"

Wenn die Software sich verselbständigt

Anne-Dore Wender ist eine junge Computerspezialistin, die auf Bitten ihres Feundes Rainer aus einer Datenbank bestimmte Namen heraussuchen soll. Namen von Menschen, die Zeugen eines seltsamen Verbrechens waren: Irrtümlich ist Rechtsanwalt Haspergs Frau erschossen worden. Der Witwer verlangt Gerechtigkeit, kommt aber bei seinen Recherchen nicht voran. Die Zeugen werden geheimgehalten.

Anne-Dore nun tüftelt so lange, bis sie das Paßwort des fremden Systems findet und damit auch auf die besagten Namen stößt. Ihr geschulter Verstand hat eine knifflige Aufgabe gelöst, doch was in der Folge geschieht, entzieht sich sogenannter Vernunft. Was anfangs wie eine spannende Story über Computer-Kriminalität aussieht, entpuppt sich schließlich als Verknüpfung mysteriöser Ereignisse, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt.

„Unheimliche Geschichten" heißt denn auch der Obertitel des Krimis „Der Tod aus dem Computer", den Detlef Müller im Auftrag des SFB schrieb. Vor einigen Monaten startete der Berliner Sender die lose Reihe mit dem Fernsehspiel „Das Gesicht auf der Wand", einer geheimnisvollen Erzählung, die beim Publikum recht gut ankam.

Der Tod aus dem Computer – ARD, 21.03 Uhr

An diesen Erfolg versucht Müller jetzt anzuknüpfen mit seiner Geschichte über das Eigenleben der elektronischen Geräte, von denen er – nach eigenem Eingeständnis – nichts versteht. Vom Fernsehstücke-Schreiben hingegen versteht er einiges: Seit etwa 20 Jahren verfaßt er Drehbücher für ARD und ZDF – Serien wie „Der Pfarrer von Kreuzberg", „Eurogang", Specials wie „Berlin zwischen Kiez und Ku'damm" und allein 25 Folgen des Krimi-Dauerbrenners „Der Alte".

Begonnen hat der Berliner Detlef Müller als Kabarett-Texter: Mit Beiträgen für die legendären Wolfgangs Müller und Neuss. Daneben fertigte er Hörspiele, um dann beim Fernsehen einzusteigen. Im Unterschied zur Komödie habe das Deutsche Fernsehen – laut Müller – einen eigenen Krimistil entwickelt, der offensichtlich auch im Ausland Anklang findet. Den „Alten" mögen Italiener ebenso wie Skandinavier. Wahrscheinlich beruht die Sympathie für diese TV-Produkte darauf, daß sie als interessante Alternative zu den amerikanischen Action-Krimis empfunden werden.

Das dürfte auch für den „Tod aus dem Computer" zutreffen, der zudem noch sehr prominent besetzt ist: Neben Susanne Uhlen spielen Klaus Schwarzkopf, Alexander Kerst und Bernd Herzsprung.

CORNELIA REISER

KRITIK

Der Kanzler und Marlene

Gewiß, gewiß, Bleigießen ist interessanter als Fernsehen, zumal an Silvester, aber Fernsehen muß ja auch sein, ein Jahr geht schließlich nicht nur kalendarisch zu Ende, sondern auch öffentlich-rechtlich.

So bemühten denn unsere TV-Oberen alles, was Rang und Namen hatte, von Freddy Quinn aus dem trauten Jahre 1962 (ARD) bis zu Herbert von Karajan, live aus der Berliner Philharmonie frisch in Deutschlands Stuben (ZDF). Und die Dritten Programme einigten sich wieder auf „Dinner for one".

Da hatte es freilich ein Karlheinz Rudolph als Jahresrückblick-Moderator nicht leicht, in Fahrt zu kommen, denn er ist kein Komödiant, schon das Sprechen fällt ihm lästig, aber immerhin: Die Zusammenstellung der Jahresereignisse zeugte von Können und Fleiß.

Aber der Reihe nach: Im Ersten kam nach den Nachrichten erst Helmut Kohl, dann Diether Krebs mit der schönen Iris Berben, dann Heinz Schenk, dann der Emil Steinberger aus der Schweiz und dann das Neujahrsgeläute. Das war Silvester à la ARD. Im ZDF kam nach dem Herrn Kanzler Frau Marlène Charell, die langbeinige Schöne. Sie präsentierte programmgemäß sechs veritable Clowns und zahlreiche Akrobaten, Kosaken, Polizisten und Elefanten. Bis zum Glockenläuten um eine Minute vor null gab's Profis, und was für Profis: Jerry Lewis und Sammy Davis jr.

Auch sonst zum Schelten kein Anlaß, denn mit kundiger Hand hatten die Mainzer aus ihrem Frostfach, Jahrgang 1973, das Händelsche Orchesterkonzert Nr. 26 mit den Münchner Bläser-Solisten unter Wolfgang Sawallisch herausgeholt und auf die Platte gelegt, damit galten sie alle ihre Sünden ab.

Apropos Sünden: Mußte der Heinz Schenk sein? Doch wohl nur als Sinnbild der beginnenden Provinzialisierung unseres öffentlich-rechtlichen Amüsements. Immerhin sang er nicht, wenigstens das haben ihm seine hessischen Aufseher verboten. Und weil wir gerade beim Vermiesen sind: „Sketchup" wäre witzig genug nur mit Krebs und der Berben, ganz und gar ohne jede Zotenandeutung.

Einen schönen Gruß noch an unseren Schweizer Silvester-Freund, den „Feuerwehrmann" Emil Steinberger. Es war sehr schön, es hat uns sehr gefreut, es hat uns nur zu lange gefreut, so lange, bis es uns dann nicht mehr freute.

V. P.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 Marktplatz der Sensationen
Unabsehbare Folgen
11.05 Umschau
11.20 Donauwalzer
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.30 Gute Laune mit Musik
Melodien von Adamo
13.55 Die Vermählung ihrer Eltern geben bekannt
Amerkanischer Spielfilm (1960) nach Erich Kästners „Das doppelte Lottchen"
Mit Hayley Mills, Maureen O'Hara u.a.
16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Tiere und Raketen
Wildleben auf Cape Canaveral
16.55 Ein Loch in der Grenze (1)
Fünfteilige Geschichte dreier Ausreißer
17.20 Von Graureihern und Grasfröschen
Eine Entdeckungsreise in den Feuchtgebieten Südenglands
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Weichenstellung
Geschichten um die Eisenbahn
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Unheimliche Geschichten
Der Tod aus dem Computer
Ein Kriminalfilm mit Sondereffekten
Von Detlef Müller
Mit Susanne Uhlen, Bernd Herzsprung, Klaus Schwarzkopf u. a.
Regie: Dieter Finnern
22.30 Tagesthemen
23.00 Julia
Fernsehspiel von Marc Gilbert Sauvajon nach Somerset Maugham und Guy Bolton
Mit Rosel Zech, Michael Degen, Beat Knoll, Franz Kollasch u. a.
Regie: Wolfgang Glück
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

13.20 Michael Strogoff
3. Teil: Der Kurier wird geblendet
Mit Raimund Harmstorf, Lorenzo Guerrieri, Rada Rassimov u.a.
14.50 heute
14.55 In der Heimat der Eisbären
Dokumentarfilm von Juri Ledin
16.00 heute
16.04 allahu akbar – Allah ist groß
5. Teil: Orient – Okzident, das Verhältnis zum Abendland
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Penthouse am Nil
Film von R. H. und C. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
Zwölfteilige Fernseh-Serie von Justus Pfaue
1. Teil: Die Sonntags-Oma
Mit Brigitte Horney, Peter Pasetti, Loni von Friedl u. a.
Regie: Rob Herzet
19.00 heute
19.30 Die Schwarzwaldklinik
Der Versager
Von Herbert Lichtenfeld
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Warum leben Frauen länger als Männer?
Ein Report von Heiner Gatzemeier
21.45 heute-journal
22.05 Allahs Schatten über Atatürk
Die Türkei zwischen Europa und Islam
Bericht von Peter Scholl-Latour
22.50 Freunde in Preußen
oder ... ob ein echter Jude etwas Unwahrscheinliches sei
Fernsehfilm von Heiner Michel
Mit Jan Spitzer u. a.
Regie: Rolf Busch
0.25 heute

SAT 1

15.00 Kum Kum
15.30 Antimos, der Maler
16.00 Musicbox
17.00 Kickerstammtisch
18.00 Abenteuer Wildnis
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 BRAVO TV
19.45 Kali-Yug
Die Göttin der Rache
Deutsch-ital.-franz. Spielfilm (1963)
Mit Lex Barker, Senta Berger, Paul Guers, Klaus Kinski u. a.
Regie: Klaus von Wahl
21.30 APF blick
22.15 Galerie Buecher
22.45 High Chaparral
Auld Lang Syne
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Ein Länder-Magazin
19.00 heute
19.30 Derrick
Die Puppe
20.30 Gott via Satellit
Fernsehkirchen in den USA
Von Jean Louis Roy
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Porträt: Jane Tilden
Film von Jürgen Kaizik
22.30 Gesichter der Renaissance
Isabella d'Este: Schönheit als politisches Argument
Von Gino Cadeggianini
23.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein langer Ritt nach Eden
Italo-Western (1976)
21.55 RTL-Spiel
22.05 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST / NORD

Gemeinschaftsprogramm:
13.30 Tennis-Junioren-Masters-Turnier
15.30 Nofretete in neuer Residenz
Ägyptisches Museum Berlin
16.00 Der Regenbogenprinz
16.30 Wilde Rocky Mountains (3)
Die Bergseen
17.15 Sport extra
18.15 Talentschuppen Berlin (1)
Nur für West:
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Deutsches aus der anderen Republik
19.45 Alte Ansichten
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Einladung zum Tanz
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Gene Kelly, Igor Youskevitch, Claire Sobert u. a.
Musik: Jacques Ibert, Nicolai Rimsky-Korssakow, Roger Edens, André Previn
Choreographie und Regie: Gene Kelly
21.45 Die Goldmine am Cuno Cuno
Bericht aus Peru von Heinz Weber
22.30 Break-Dance
Goran und „der große Mix"
23.15 Literatur im Kreiselkoop
Heute: die Schriftstellerin Eva Schmidt
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Erlebnisse und Abenteuer hinter dem Polarkreis
18.30 Computer-Shop
19.05 Autoreport
19.20 Fanny
Amerikanischer Spielfilm (1960)
21.30 Drei aktuell
21.45 São Paulo – Die Stadt macht mich kaputt
Brasiliens Millionenstadt aus der Sicht der Armen
22.30 Kein schöner Land (1)

SÜDWEST

18.00 Der Maulwurf kommt in die Stadt
Zeichentrickfilm
18.30 Waldeslust
Ein Förster und sein Revier im Wechsel der Jahreszeiten
18.58 Regionales
19.26 Sandmännchen
19.30 The Band
Amerikanischer Musikfilm (1978)
Regie: Martin Scorsese
21.25 Frühstück
Die Kultur unserer Morgen-Mahlzeit
Film von Lous Saul
22.10 Das Klavierwerk Johann Sebastian Bachs (2)
Sendereihe mit Glenn Gould
Die Kunst der Fuge
23.10 Die Fotogeschichte
Der Buchhalter
Von Ernst Witzel
23.40 Nachrichten

BAYERN

17.45 Liechtenstein
Von Fürsten, Macht und Kunst
18.45 Rundschau
19.00 Das Haus in Montevideo
Deutscher Spielfilm (1951)
20.45 Die große Befreiung
Tod und Erneuerung im tibetischen Buddhismus
21.30 Rundschau
21.45 Die Insel der eisernen Lady
Bericht über die Innenpolitik in Großbritannien
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
0.05 Rundschau

Lobet den Bindestrich

H. B. – Nun verschreckt die Technik also das allzeit gefügige Deutsch mit neuen Wort-Monstern. Zum Beispiel mit der Wiederaufbereitungsanlage (25 Buchstaben) und der Datenverarbeitungsmaschine (26 Buchstaben) – Wörtern von einer Länge, bei der dem Alphabet und dem Leser der Atem ausgeht. Da muß sich sogar ein früherer Rekordhalter wie das Völkerschlachtsdenkmal (21 Buchstaben) verstekken, an dem sich ehedem ausländische Touristen die Zunge verrenken – vom Lokomotivenschuppenfensterbrett (31), dem Zungenbrecher unserer Kinderzeit, ganz zu schweigen.

Vor Jahrzehnten wurden die Volontäre der alten Ullstein-Blätter streng ermahnt, es den Lesern bequem zu machen und auf keinen Fall mit dem Bindestrich zu sparen. Im modernen Journalismus, der die Spalten gern schlank hätte, sind die Wort-Monster dazu verdammt, ein stramm sitzendes Korsett zu tragen. Es sind Spalten mit Taillen wie Dior-Modelle, bei denen sich ein linguistisches Ungetüm kaum noch in einer einzigen Zeile einschnüren läßt. Die Sprache hat uns mit einem lobenswerten Wortreichtum (etwa 300 000 Wörtern) und dank ihres besonderen Hanges zur Zusammensetzung mit großer Ausdrucksfähigkeit beschenkt. Sie ist schnell mit dem Mörtel zur Hand, der bis zu vier Substantiva in einen Zementblock vermauert, mit dem die Telegrafenämter ihre liebe Mühe haben.

Mit Grund berechnen sie Wörter von mehr als einem runden Dutzend Buchstaben doppelt – eine Verlegenheit, in die Postbeamte romanischer Länder nur selten geraten. Mehr noch als die Umständlichkeit liebt das geschätzte Deutsch nun einmal ein breitgefächertes Kompositum, das unbestritten seine Vorzüge hat. Da sollte man öfter versucht sein, zu dem altbewährten Bindestrich zurückzukehren. Zu ihm möchten diese Zeilen in aller Behutsamkeit raten. Es ist eine Hilfe in allen Ausdrucks- und Schreibweisen.

Silbenreiche Bandwürmer sind eine Rutsche für die sprachlichen Hundertfüßler, die auf abschüssiger Bahn leicht ins Schleudern geraten. Mit dem Bindestrich stehen die Wörter – sagen wir die über 15 Buchstaben – auf festerem Boden. Ende der Schreibanleitungs-Glosse (23 Buchstaben).

Museen: Höhere Eintrittsgelder, weniger Besucher

Die große Show lohnt

Alle Jahre wieder wird mancherorts mit unschöner Regelmäßigkeit an deutschen Museen Geld erhoben, wo bislang kein Obolus zu entrichten war, oder es werden schon bestehende Eintrittspreise erhöht. Politische Entscheidungsträger, Stadtkämmerer und andere Kümmerer öffentlicher Kassen konnten und können der Versuchung nicht widerstehen, am ungebrochenen Besucherboom mit klingender Münze zu partizipieren. Dabei wird durch eine Untersuchung des Instituts für Museumskunde der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (IfM) in Berlin-Dahlem „deutlich bestätigt", daß die Einführung oder Erhöhung von Eintrittsgeld die Besucherzahlen zurückgehen läßt.

Da die Aufgabe sehr kurzfristig gelöst werden mußte, konnten für diese Erhebung in Form einer repräsentativen Stichprobe nur 239 Museen in 44 Groß-, Mittel- und Kleinstädten der Bundesrepublik ausgewählt werden. 205 (85,8 Prozent) der verschickten Fragebogen kamen zurück, obwohl den angeschriebenen Häusern für die Beantwortung nur drei Wochen zur Verfügung standen. Die Untersuchung, von Bernhard Graf, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfM, durchgeführt, enthüllt, daß die Politik der kleinen Schritte auch bei den deutschen Museen Nachahmer gefunden hat.

Jahraus, jahrein halten zwei bis drei Prozent von ihnen am Eingang erstmals die – meist öffentliche Hand – auf. In Zahlen: Von 1980 bis 1983 stieg die Zahl der Häuser mit kostenpflichtiger Eintrittskarte von 112 auf 132 oder von 46,9 auf 55,2 Prozent. (Das Zahlenwerk legt die 239 angeschriebenen Häuser gleich 100 Prozent zugrunde.) Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Museen mit kostenlosem Zugang von 78 auf 73 (32,6 zu 30,5 Prozent) zurück.

Aber auch da, wo ohnehin schon Geld am Eingang genommen wird, ist die Tendenz zu mehr Geld unverkennbar. In den verschiedenen Preisgruppen ermittelten die Berliner Forscher von 1980 bis 1983 diese kleinen, aber gar nicht feinen Fort-Schritte: Die Zahl der Museen mit Eintrittspreisen von 1,51 bis 2,00 Mark stieg von 32 auf 52, in der Gruppe von 2,01 bis 2,50 Mark von 5 auf 16, und die Zahl der Häuser, die mehr als 2,51 Mark kassieren, stieg von 12 auf 25 Prozent. Bis zu 1,50 Mark nehmen statt 55 nun nur noch 38 Prozent. Diese Tendenz setzte sich auch 1984 fort.

Unter den Gründen für den Rückgang der Besucherzahlen nannten die Museumsleiter an erster Stelle die Schließung des Hauses oder einzelner Räume, gleich danach jedoch die Einführung oder Erhöhung von Eintrittsgeld. Die Senkung oder Abschaffung von Eintritt rangiert unter den Gründen für steigende Besucherzahlen dagegen erst an achter Stelle – was wohl mit der Rarität eines solchen Vorgangs zusammenhängt.

Mehr Menschen in die Museen spülten eindeutig große, repräsentative Sonderausstellungen. Sie führen unangefochten die Tabelle mit den Gründen an, die die Museumsleiter für steigende Besucherzahlen nennen konnten. Das Publikum hat sogar Verständnis, daß für derlei Aktivitäten deftige Eintrittspreise gefordert werden.

So erlöste die Nationalgalerie in Berlin 1983 aus ihren beiden Sonderausstellungen „Hodler" und „Picasso" rund 750 000 Mark. Ermutigt durch solche Erfahrungen wird sie 1986 für die Francis-Bacon-Ausstellung wiederum 6 Mark Eintritt fordern; dieselbe Schau war 1985 in der Stuttgarter Staatsgalerie für 5 Mark zu besichtigen.

Daß die Erhöhung von Eintrittsgeldern das Dauerpublikum im und aus dem Umkreis des Museumsortes abschreckt, mußte das Römisch-Germanische Museum in Köln auf das Schmerzlichste erfahren. Die zweimalige Heraufsetzung des Preises von 1,00 auf 2,00 Mark im Jahre 1981 und um eine weitere Mark im Jahr darauf ließ die Besucherzahlen drastisch fallen: Von 718 231 im Jahre 1980 vor der ersten Erhöhung über 582 364 im Jahre 1981 auf 399 474 nach der zweiten Heraufsetzung 1982.

Angesichts dieser Zahlen nennt es das IfM einen „fragwürdigen Erfolg", wenn die Einnahmen des Museums durch den erhöhten Eintritt erheblich gesteigert werden konnten. (Die Kölner Erfahrungen mögen unter anderem den Stiftungsrat Preußischer Kulturbesitz bewogen haben, von der lange ventilierten Einführung eines Eintrittsgeldes für die Staatlichen Museen in Berlin abzusehen.)

Das Kosten-Nutzen-Argument sollte deshalb auch keinesfalls auf den Normalbesuch von Dauerausstellungen der Museen angewendet werden, wie IfM-Direktor Andreas Grote in einem Gespräch mit der WELT betonte. Wer Kultur für alle fordere, sollte auch die Zugänglichkeit für alle ermöglichen. Das von den Befürwortern der Eintrittsgelder gerne benutzte Argument „Was nichts kostet, kann auch nichts taugen", entspricht nach Erkenntnissen des IfM und des Deutschen Museumsbundes nicht der Denkweise der durchschnittlichen Museumsbesucher. Lediglich den Privatmuseen räumt Grote ein, daß sich ihnen die Frage der Rentabilität sehr wohl stellt.

HEINRICH KÖNIG

MUSIKKALENDER

3. **Hannover,** Staatsoper; Bizet: Carmen (ML: Mahlke, R: Franz, A: Meyer/Mogendorf)
4. **Oberhausen,** Stadttheater; Tschaikowsky/Gleede: Die Dornenrose (Ch.: Markus, A: Schores)
5. **Münster,** Stadttheater; Barbieri: Lamparilla oder Der Barbier aus der Vorstadt, DE (ML: Modos, R: Gottschalk, A: Günther
Basel, Stadttheater; Händel: Admeto (ML: Linde, R: Holliger, A: Fischer)
8. **Heidelberg,** Stadttheater; Strauss: Salome (ML: Schäfer, R: Rasky, A: Teepe)
9. **Duisburg,** Deutsche Oper am Rhein; Prokofieff: Romeo und Julia (Ch.: nach Erich Walter, B: Villareal)
Freiburg, Stadttheater; Papierflieger-Papierflügel (Ch.: Krisztina Horváth, B: Ziefle)
11. **Dortmund,** Großes Haus; Smetana: Die verkaufte Braut (ML: Marik, R: Kreyssig, A: Meyer)
12. **Darmstadt,** Staatstheater; Monteverdi: Die Krönung der Poppea (ML: Wächter, R. u. A.: Schlumpf)
18. **Zürich,** Opernhaus; Strauss: Salome (ML: Welkert, R: Lavelli, B: Bignens)
Krefeld, Stadttheater; Dukas: Ariane et Barbe-bleue (ML: Bäumler, R: Pimlott)
Kassel, Staatstheater; Verdi: Aida (ML: Nelsson, R: Schoenbohm, B: Reuter)
Salzburg, Kleines Festspielhaus; Janácek: Jenufa (ML: Graf, R: Mirdita, A: Grübler)
19. **Bielefeld,** Stadttheater; Meyerbeer: Der Prophet (ML: de Villiers, R: Dew, A: Pilz)
Frankfurt, Opernhaus; Forsythe: Isabelle's Dance, U (ML: Presser)
23. **Hannover,** Staatsoper; Mozart: Die Hochzeit des Figaro (ML: Albrecht, R: Kreppel, A: Grübler)
24. **Stuttgart,** Staatsoper; Flotow: Martha (ML: Hauschild, R. u. A.: Loriot)
25. **München,** Nationaltheater; Kirchner: Belshazar, U (ML: Wakasugi, R: Horres, A: Reinhardt
Düsseldorf, Deutsche Oper am Rhein; Schoeck: Penthesilea (ML: Erckens, R: Düggelin, A: Mai)
26. **Köln,** Theater Kefka; Reimann: Die Gespenstersonate (ML: Beaumont, R: Leibrecht)
29. **Hannover,** Landesfunkhaus; 28. Tage der Neuen Musik (bis 3.2.)
30. **Freiburg,** Stadttheater; Dinescu: Hunger und Durst, U (ML: Mounk, R: Wiesner, A: Parbs)
Köln, Opernhaus; Tanz-Forum: Epigraphe antique / La Valse / Daphnis und Chloe (ML: Koch, Ch.: Burth/Ulrich)

Friedrich der Große reitet für die „DDR" – Die Fernsehserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria"

In Notwehr gegen den Schurken Brühl

Und ewig reiten die Preußen! Just am Vorabend des Gedenkjahres zum 200. Todestag des Preußenkönigs Friedrich II. (Austellungen und Konzerte zu diesem Anlaß sind in den Schlössern Potsdams vor allem für Valuta zahlende Westtouristen schon geplant) strahlte jetzt Ost-Berlins Fernsehen eine vierteilige Serie über den Großen König aus: „Sachsens Glanz und Preußens Gloria". Ein kesses Berliner Witzwort, das man in den wenigen noch verbliebenen Eckkneipen zwischen Spree und Panke oft hört, seit auf Honeckers Befehl die von Rauch geschaffene Statue Friedrichs auf ihren angestammten Platz Unter den Linden zurückgekehrt ist, fand damit wenigstens seine filmische Umsetzung: „Großer König, steig hernieder und regier uns Preußen wieder! Laß' in diesen schweren Zeiten lieber unsern Erich reiten!"

Friedrich reitet tatsächlich wieder, und zwar an der Spitze von Preußens Gloria nach Schlesien, Böhmen und Sachsen. Die Trommeln dröhnen, die Trompeten schmettern, die Fahnen und Standarten mit dem Adler Preußens flattern im Wind. „Der erste Diener seines Staates" darf leuchtenden Auges die Doktrin der Pflicht und Ehre verkünden: „Wer die Bedürfnise der Armee nicht kennt, wer es nicht versteht, die Truppen zu schulen und zu führen, der wird – und wäre er auch ein großer General oder der schlaueste Politiker – niemals Großes ausrichten..."



Charmant, aber skrupellos, machtbesessen und geldgierig: Ezard Haußmann als Graf Brühl in der Ost-Berliner Fernsehserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria" FOTO: DIE WELT

Einige Schwierigkeiten für die Verfertiger der Serie (Drehbuch Albrecht Börner, Regie Hans-Joachim Kasprzik) scheint es lediglich bei der Auswahl von Friedrichs Antipoden gegeben zu haben. Die historischen Hauptgegner Österreich und Rußland scheiden ja für heute aus, und auch Frankreich und Schweden kommen für einen Dramaturgen, der von der SED-Kulturkommission angeleitet wird, nicht in Betracht. Man möchte ja vor allem beim Großen Bruder um Gottes willen keine schlafenden Hunde wecken. So blieb denn nur das arme Sachsen übrig, das in der „DDR" seit 1952 als Land ohnehin nicht mehr existiert. Heinrich von Brühl, der mächtige Minister des schwachen Sachsenkönigs August III., rückt auf jene Stelle, auf die eigentlich die Kaiserinnen von Österreich und Rußland gehören.

Mit dem Tod August d. Starken beginnt die Serie. Thronfolger August III., vorzüglich dargestellt von Rolf Hoppe, den man seit dem Film „Mephisto" auch im Westen schätzt – er spielte damals den Göring – erschlafft schnell in den Armen seiner Mätressen. Er jagt in Moritzburg und genießt seine teuer erworbenen Kunstschätze. Brühl regiert. Brühl treibt Ämterschacher und bekämpft erbarmungslos seine Gegner. Brühl intrigiert gegen jedermann. Brühl läßt Steuern und Staatseinnahmen in seine weiten Taschen fließen.

Das Land blutet aus. Selbst am Sold der Offiziere und Soldaten der Armee (man denke!) vergreift sich der schurkische Brühl. Einem solchen Rokoko-Magnaten steht es natürlich gut an, Feste zu geben, auf Bällen zu charmieren, viele Mätressen zu haben und Kabalen zu stricken, die nun alle üppig vom Fernsehen nachinszeniert werden können. Die DEFA-Filmleute, die es längst satt haben, immer nur trockene Parteisekretäre, Aktivistinnen und Partisanenhelden zu spielen, schwelgen dann auch geradezu in Kostümen und Perücken. Sie tanzen freudig Quadrille und bewegen sich mit Wonne im Liebesspiel, das gelegentlich die Grenze zum Historien-Porno überschreitet.

Aber auch an Hieb- und Degenstücken fehlt's nicht. Da werden Agenten des Preußenkönigs von Reitern verfolgt, Kavalliere kreuzen ihre Klingen, und sogar böse Journalisten rücken ins Bild und werden auf Brühls Befehl in die Verliese des Königsteins geschleppt. Ein aufmüpfiger Drucker wird gefoltert, nachdem er die staatsfeindliche Parole setzte: „Welchen Sinn hätten gefährliche Gedanken, wenn man sie nicht unters Volk brächte!"

Der ewige Hofball von Dresden endet im Schrecken. Denn Brühl spekulierte politisch falsch. Anstatt das alte Bündnis zwischen Wettinern und Hohenzollern zu pflegen, schlägt er sich – beraten von der katholischen Habsburgerin, der Gattin Augusts III., Königin Josefa, und ihren intriganten Beichtvater Guarini – auf die Seite der Feinde Preußens.

Zur rechten Stunde ergreift Preußens König „in Notwehr vor dem Angriff der großen Koalition Österreichs, Rußlands, Frankreichs und Sachsens" zum Schwert. Auf der Brühlschen Terrasse gehen die Lichter aus. Friedrichs Soldaten marschieren in Sachsen ein, die kleine Armee des Landes verschanzt sich bei Pirna in ein Hungerlager. Doch die Verbündeten, zur Rettung erwartet, lassen sich viel Zeit. Brühl und sein Herr flüchten auf den Königstein. Ist es nun sächsische Heimtücke oder christkatholische Bosheit oder einfach Adlershofer Feindpropaganda: Der Beichtvater des sächsischen Herrscherpaares empfiehlt den Giftmord an Friedrich. Mit Gold wird sein Kammerdiener bestochen. Doch der Tierliebhaber auf dem Preußenthron reicht die flüssige Schokolade seinem Windspiel, das elend umkommt. Die Feinde sind entlarvt.

Diese Szene sah man übrigens schon vor fünfzig Jahren im UFA-Film „Fridericus" nach dem Roman Walter von Molos. Sie geriet damals sehr viel überzeugender. Aber dafür gewinnen die alten UFA-Traditionen in den Schlußsequenzen der Serie, nämlich beim endlosen Schlachtgetümmel, unmittelbare Bedeutung: Friedrich siegt ausführlich – und zwar unter intensiver Zuhilfenahme alter Aufnahmen aus dem UFA-Archiv!

Sachsens Armee kapituliert. Bei Kolin verliert dann Friedrich auch einmal eine Schlacht. Aber hoch steigt sein schwarzer Adler auf über Rosbach und Leuthen, und das Urteil des marxistischen Historikers Franz Mehring, drei Jahrzehnte lang totgeschwiegen in der „DDR", darf sich nun endlich voll und ganz bestätigen: „Unter dem verkommenen Fürstengesindel seiner Zeit war Friedrich in seiner Art ein ganzer Kerl... Sein Glück machte ihn nicht übermütig. Und das Unglück trug er mit Standhaftigkeit, die respektabel war. Die blödsinnige Verschwendung der damaligen Höfe hielt er sich vom Leibe und namentlich auch den leeren Tand des Größenwahns..."

Preußens Gloria und Sachsens sterbender Glanz – Anfang eines wieder einmal ganz neuen Preußenbildes im wirksamsten Propaganda-Medium der „DDR".

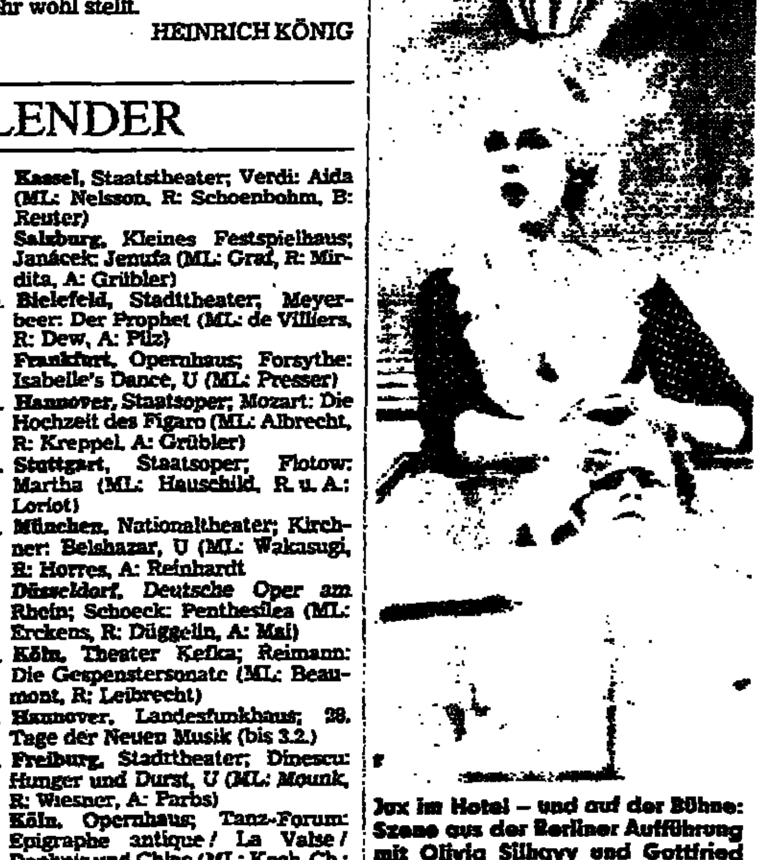
DIETER BORKOWSKI

„Theater im Hotel" im Berliner Schiller-Theater

Gegen Bühnen-Bierernst

Einst war schöner Theaterusus, zu Silvester alle frommen Bande der seriösen Kulissenkultur zu verachten und am letzten Abend des Jahres sich dem vollen Knalltütenhumor hinzugeben. Das Publikum kam, füglich schon etwas angeschickert, ins Parkett. Die Kritiker, ebenfalls schon silvestrig angegangen, drückten ihre strengen Augen zu. Der schöne, alte Brauch ist weitgehend vergessen. Unsere hochsubventionierten Schauspielinstitute können sich, seit jede Neuinszenierung soviel wie ein besseres Mietshaus kostet, den alten, fröhlichen Sparren nicht mehr leisten. Wegwerf-Aufführungen nur für wenige Abende wären fiskalisch unvertretbar. Auch da hat der Bierernst obsiegt.

Heribert Sasse, Herr der Berliner Staatsbühnen, steuert Contra. Er hat aus dem Archiv resoluter Publikumsbelustigung ein altes, amerikanisches Knatterstück ausgraben lassen. Das wurde schon vor mehr als 30 Jahren von Barlog inszeniert, hieß einst „Bedienung – bitte!", wurde jetzt in „Theater im Hotel" umbenannt und nun, ohne Rücksicht auf höhere Ansprüche, wieder in Gang gesetzt.



Jux im Hotel – und auf der Bühne: Szene aus der Berliner Aufführung mit Olivia Silhavy und Gottfried Breitfuß FOTO: BINDER/THIELE

Die inzwischen deutlich etwas mürbe gewordene Broadway-Farce von den beiden Pointenschustern John Murray und Allen Boretz nimmt seinen (nun ja!) Humor aus der Possenkonstruktion: eine äußerst lodderige und ökonomisch total ungefestigte Schauspielertruppe ist in ein Hotel eingefallen. Sie leben dort wie die Schnorrer. Sie suchen immer nur nach Geld-Paten für ihr fragwürdiges Unternehmen.

Sie geraten pausenlos in immer neue Bredouillen, so daß die Kulissen, ehe sie noch stehen könnten oder überhaupt bezahlt wären, ständig am Wackeln sind. Das ist ein bißchen broadway-intern, ist mit den Jahren auch etwas ranzig und altertümlich geworden. Aber was soll's? Den sonst doch eher seriös verkrusteten Ensemblemitgliedern soll endlich wieder Gelegenheit gegeben sein, tolldreist auf die Pauke zu hauen. Spaß soll sein! Er bleibt, so viel hübsch alberne Schauspielerei man erblickt, denn doch reichlich gedrückt.

Edwin Noël hat's großzügig und sichtbarlich teuer (Bühnenbild: John Gunter) auf der gefräßig großen Bühne des Schiller-Theaters eingerichtet. Oft fehlt das zügige Tempo. Manchmal bleibt der Spaß überhaupt stehen, obgleich man immerhin von Horst Bollmann, von dem wunderbar albernen Rolf Schult als theatralischem Stehaufmännchen, von Jürgen Thormann als Hoteldirektor, von Heinz Rabe als verrückten, alten „Stanislawski-Schauspieler", von Friedhelm Ptok als tranigem Regisseur, von Dieter Ranspach als vermeintlichem Geldzuträger und schließlich von Friedrich Bauschulte als reichem Retter aus der Not – obgleich man doch ein paar ganz schön alberne Darstellungen kostet.

Trotzdem: Der große, rücksichtslose und vollends befreiende Jux bleibt aus. Man nahm, bestenfalls, einen dünnen Feydeau-Verschnitt zur Kenntnis. Ein paar Buhrufe versalzten denn auch gleich die ziemlich dünne, mühsam gerührte Suppe. Sonst freundlicher Beifall. Jubel – Trubel wahrlich nicht.

FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführungen am 6., 13., 24., 27.1.; Kartenauskunft: 030/31951.

Zum Tode des Hollywood-Produzenten Sam Spiegel

Mit Charme des Balkan

Er besaß einen echten Charme, eine traurige europäische Anmut und die großartigen Manieren eines ungarischen Kavallerieoffiziers, die er beibehalten hatte, obwohl eine gefahrvolle Vergangenheit hinter ihm lag. Wohin er auch ging, immer kannte er sofort vier oder fünf sehr schöne Mädchen, die er nie für sich allein beanspruchte." Mit diesen wenigen Strichen charakterisierte Peter Viertel einen der letzten der großen Produzenten, deren sich Hollywood erfreute, jener Männer, die mit dem richtigen Riecher genau das richtige Drehbuch für den großen Erfolg herauszupicken verstanden.

In dieser „Kurzbiographie" steckt schon alles, was die Persönlichkeit von Sam Spiegel auszeichnete: Seine europäische Herkunft (1904 wurde er im damals noch österreichischen Jaroslaw geboren), den müden, attraktiven Charme eines zwischen West- und Osteuropa aufgewachsenen Mannes, die Zwangsemigration nach Amerika und nicht zuletzt seine Lebenslust und seinen Wagemut (ein zaghafter Produzent ist ohnehin undenkbar).

Daß in Wahrheit der Produzent der wichtigste und einflußreichste Mann ist, wird von den Regisseuren geflissentlich übersehen – aber an dem Mann mit dem Geld gibt's kein Vorbeikommen. Deshalb reizte Spiegel diese Position. Sie gab ihm die Möglichkeit, vom Drehbuch bis zur Endabnahme eines Films jede Phase zu kontrollieren und zu beeinflussen.

Seine gute Nase verraten die großen Erfolge der fünfziger und sechziger Jahre. „Die Brücke am Kwai" mit Alec Guinness und William Holden oder Peter O'Toole als „Lawrence von Arabien" zogen die Massen ins Kino, und selbst die Verfilmung des schwülen und reißerischen Tennessee-Williams-Dramas „Plötzlich im letzten Sommer" konnte er mit einer Starbesetzung (Katherine Hepburn, Elizabeth Taylor und Montgomery Clift) zu einem Erfolg machen.

Der Kosmopolit Samuel P. Spiegel, der 1927 als Tuchmacher in die USA kam, zum Berater der MGM wurde, für die Universal deren Hauptfiliale in Berlin leitete, ging 1933 von dort aus über Wien, Paris, London und Mexiko zurück nach Hollywood, zunächst als Drehbuchschreiber, aber bald wechselte er von der Schreibmaschine zum Rechenstift des Produzenten. Als „S. P. Eagle" produzierte er Filme wie „Tales of Manhattan" oder „The Stranger". Erst mit Kazans „Faust im Nacken" verschwand 1954 der Produzent „Eagle" endgültig, um Sam Spiegel Platz zu machen.

Während der 70er Jahre, als eine neue Generation von Filmemachern gegen das selbstherrliche Produzentensystem von Hollywood protestierte und bewies, daß man auch auf andere Weise erfolgreiche Filme drehen konnte, zog Spiegel sich erst einmal zurück. Erst 1976 meldete er sich wieder zu Wort, um mit der Verfilmung des Fitzgerald-Fragments „The Last Tycoon" den Schlußstrich unter die neben David O. Selznick und Louis B. Mayer erfolgreichste Produzentenlaufbahn zu setzen.

Am letzten Tag des Jahres ist Spiegel im Alter von 81 Jahren gestorben – an einem Ort, der die passende Kulisse für erfolgreiche Taikune abgibt: auf der Karibik-Insel Saint Martin.

RAINER NOLDEN



Hatte stets den richtigen Riecher für einen erfolgsträchtigen Film: Der Produzent Sam Spiegel FOTO: KEYSTONE

JOURNAL

Forschungsprojekt über Juden in Deutschland

dpa, Duisburg

Ein Forschungsprojekt über die Entwicklung des Judentums in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hat an der Gesamthochschule Duisburg begonnen. Ziel der Arbeit ist eine Bestandsaufnahme der jüdischen Bevölkerung in beiden deutschen Staaten, wobei der Weg zur Integration der Juden nachgezeichnet werden soll. Schwerpunkte sind die demographischen, soziologischen und psychologischen Faktoren. Die Stiftung Volkswagenwerk unterstützt das Vorhaben, an dem auch das Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte beteiligt ist, mit 300 000 Mark.

Die Piaf in einer Beueler Fabrikhalle

DW. Bonn

Susanne Tremper leiht ihr Stimme und Statur, der Piaf, in dem gleichnamigen Stück der Engländerin Pam Gems. Die theatralische Montage der Biographie der berühmten Chansonsängerin, die das Bonner Theater in der Beueler Halle von Horst Zankl in Szene setzen ließ, löste beim Publikum viel Begeisterung aus (Eine Besprechung folgt).

Auf den Spuren der Neandertaler

D. B. Marburg

Das Landesamt für Denkmalpflege Hessen untersucht mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Jagdstation der Neandertaler im Tal des Netzebaches in der nordhessischen Landschaft „Waldeck". Bei den Grabungen unter Leitung des Marburger Archäologen Lutz Fiedler wurden bisher vier Fundschichten mit zahlreichen Knochenresten vom Mammut und vom Wildpferd entdeckt, die offenbar die bevorzugte Jagdbeute darstellten. In einer Schicht wurde eine rundliche Ansammlung von größeren Steinen gefunden, die wohl der zusammengestürzte Rest einer Behausung sind.

England ehrt das Domesday Book

J. St. London

Mit zwei großen Ausstellungen wird in England der 900. Geburtstag des Domesday Buches, eines der berühmtesten Manuskripte, gefeiert. Wilhelm der Eroberer hatte es Weihnachten 1085 in Auftrag gegeben. Mit diesen statistischen Aufzeichnungen, den bemerkenswertesten in einem mittelalterlichen Königreich, wurde für die meisten englischen Städte und Dörfer der Anfang einer Landvermessung gemacht. Das Public Record Office in London, in dem sich das Buch seit 1859 befindet, wird von April bis Ende September mit Modellen, audiovisionellen Hilfsmitteln sowie Kunstgegenständen versuchen, die Atmosphäre des 11. Jahrhunderts lebendig werden zu lassen. Die andere Ausstellung, „Domesday 900", findet vom 27. März bis zum 1. November in der historischen Great Hall in Winchester statt, wo das Buch zusammengestellt wurde.

Pierre Boulez auf Tournee durch die USA

AFP, Paris

Eine Tournee mit 14 Konzerten macht Pierre Boulez mit dem von ihm geleiteten IRCAM und seinem Ensemble Intercontemporain von 11. Februar bis 9. März in den USA. Auf dem Programm steht u. a. eine Neufassung seines Werks „Repons". Außerdem werden Kompositionen von Karlheinz Stockhausen, György Ligeti, Eliott Carter, Franco Donati sowie Schönberg, Varese und Ives gegeben.

Versöhnungspreis der Taize-Gemeinschaft

dpa, Paris

Ein neugeschaffener Gandhi-Versöhnungspreis der ökumenischen Gemeinschaft von Taize in Südfrankreich ist der 85jährigen Polin Aniela Urbanowicz zuerkannt worden. Der Preis wurde der in Warschau lebenden Frau wegen ihres Einsatzes im Zweiten Weltkrieg verliehen. Sie habe als Mitglied des polnischen Widerstandes „unter dem Feuer der Bomben Menschenleben gerettet, als ihr Ehemann und ihre Tochter im Konzentrationslager Auschwitz starben".

Kunstschreiner-Schule Boulle 100 Jahre alt

AFP, Paris

Ihren hundersten Geburtstag feiert 1986 die Boulle-Schule, eine Ausbildungsstätte für Kunstschreinerei und die älteste der vier Pariser Hochschulen für angewandte Kunst. Die Ecole Boulle wurde vor hundert Jahren von der Stadt Paris gegründet und richtete sich vor allem an den Nachwuchs aus dem Möbelschreiner-Viertel von Paris, dem Faubourg Saint Antoine. Benannt ist sie nach dem Hofkunstschreiner André-Charles Boulle (1642-1732).

Sind britische Bomben an Glenn Millers Tod schuld?

RAF-Pilot berichtet über Einsatz am 15. Dezember 1944

AP, **London**

Die seit Jahrzehnten andauernden Mutmaßungen über die Umstände des Todes des amerikanischen Bandleaders Glenn Miller sind um eine Version bereichert worden: Danach führten Bombenabwürfe aus einem großen britischen Bomberverband über dem Ärmelkanal zum Absturz des leichten Flugzeuges, in dem Miller von Großbritannien nach Frankreich unterwegs war.

Glenn Miller, der mit seinem Orchester einen unverwechselbaren Sound kreierte und als amerikanischer Major im Zweiten Weltkrieg für die US-Truppen spielte, flog am 15. Dezember 1944 mit einer einmotorigen Maschine vom Typ Norseman aus England ab, um in Frankreich ein Konzert für Soldaten zu arrangieren. Doch die Maschine verschwand über dem Kanal, nie wurde eine Spur von ihr und den Insassen – dem Piloten und dem Musiker – gefunden. Seither ist immer wieder versucht worden, dieses Rätsel zu lösen.

Alan Ross von der britischen Gesellschaft der Freunde Glenn Millers berichtete nun, es gebe eine Theorie, wonach aus einem britischen Flugzeug abgeworfene Bomben zum Absturz der vermißten Maschine geführt hätten. Spekulationen darüber gebe es, seit der nun in Südafrika lebende einstige Navigator Fred Shaw in den 50er Jahren den Spielfilm über das Leben Millers gesehen und sich anhand seines alten Logbuches daran erinnert habe, daß das Flugzeug mit dem Bandleader zu der Zeit verschwunden sei, als britische Flugzeuge Bomben über dem Kanal abgeworfen hätten. Shaw, der damals in einem Lancaster-Bomber saß, schrieb in dieser Sache dem britischen Verteidigungsministerium, das seine Ansichten aber verwarf.

Besatzung beobachtete leichtes Flugzeug

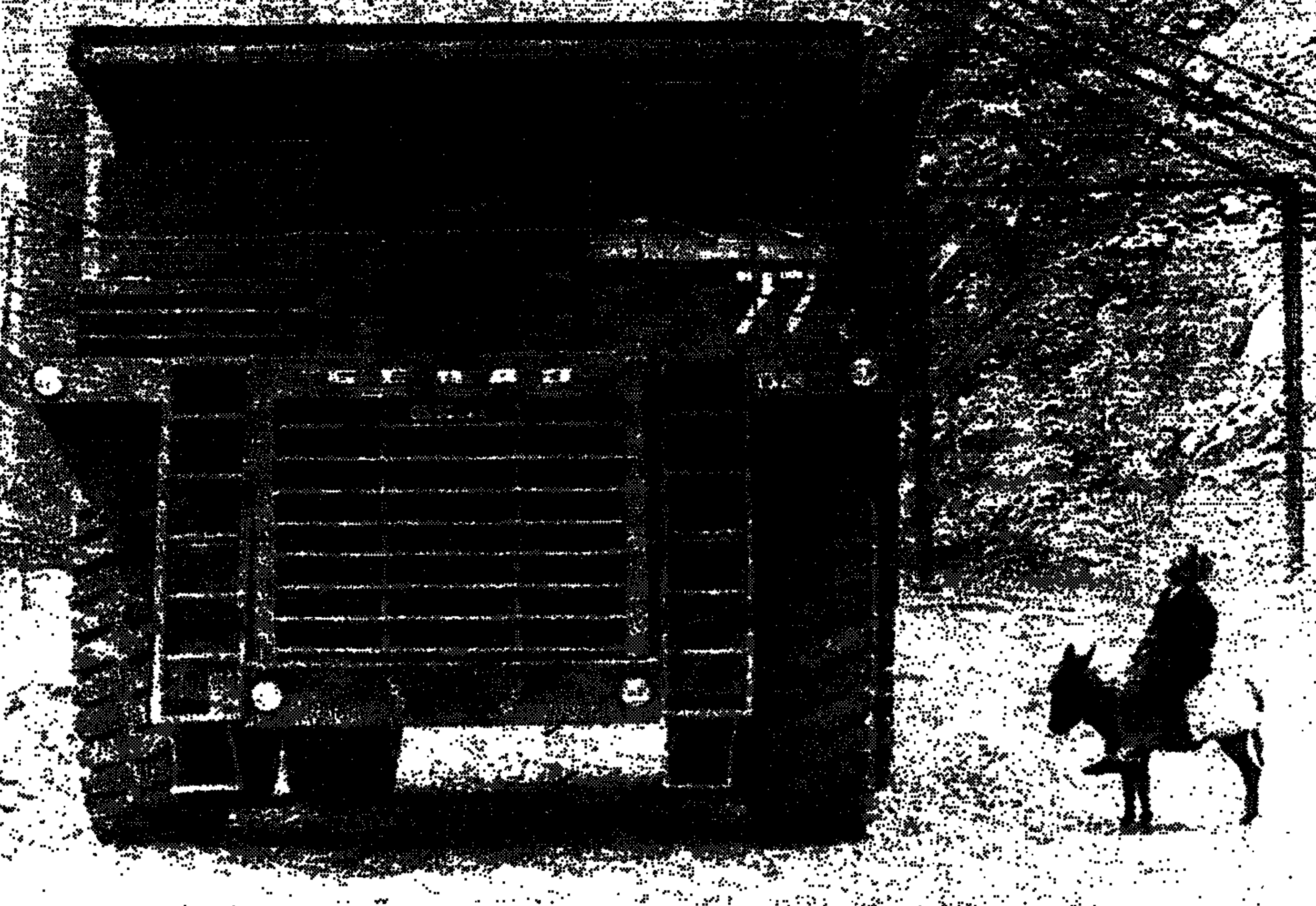
Ross machte sich mit Erfolg auf die Suche nach Victor Gregory, der damals Pilot dieser Lancaster war. Und der nun 65jährige erklärte jetzt in einem Telefongespräch, an dem Tag, an dem Miller verschwand, hätten Mitglieder seiner Besatzung ein leichtes Flugzeug beobachtet, „das ins Trudeln kam und ins Meer stürzte" – offenbar als Folge der Druckwellen, die beim Abwurf von Bomben entstanden seien. Einer seiner Begleiter habe die Maschine als eine Norseman identifiziert, zwei hätten den Absturz in den Kanal gesehen. „Das sind die Tatsachen", sagte Gregory. „Die Air Force hat festgestellt, daß Glenn Miller auf einem Kurs unterwegs war, der genau durch unser Abwurfgebiet führte. Er war zur gleichen Zeit in der Luft wie wir. Keine andere Norseman wurde an dem Tag als vermißt gemeldet. Für mich ist das der hundertprozentige Beweis, daß das Glenn Miller war."

Gewaltige Druckwellen nach der Explosion

Gregory erläuterte, damals seien 138 Bomber unterwegs gewesen: Ein geplanter Luftangriff auf Ziele in Deutschland sei wegen schlechten Wetters abgesagt worden, die Maschinen hätten abgedreht und beim Rückflug nach Großbritannien ihre Fracht über dem Kanal abgeworfen. Darunter waren schwere Bomben, die Meter über dem Ziel explodierten und gewaltige Druckwellen erzeugten. Er selbst habe von seinem Sitz aus das leichte Flugzeug nicht sehen können, sagte der ehemalige Pilot. Andere Besatzungsmitglieder hätten aber die Wirkung der Bombenabwürfe beobachtet. „Sie haben einfach gedacht, daß das Flugzeug dort nichts zu suchen hatte." Er wolle nicht gefühllos erscheinen, „aber es war Krieg, und wir kämpften ums Überleben".

Auf die Frage, warum diese Darstellung erst so spät bekannt werde, sagte Gregory, die Besatzungen der Bomber hätten damals nicht offiziell über ihren Einsatz Bericht erstatten müssen, weil der Angriff abgeblasen worden sei. „Unter den Besatzungsmitgliedern wurde über den Absturz dieses Flugzeuges gesprochen, aber das war für uns nichts Besonderes. Wir haben Hunderte von Flugzeugen im Krieg verloren." Erst später sei bekanntgeworden, daß Glenn Miller vermißt werde, doch „ich brachte das nicht mit unserem Flug am 15. Dezember in Zusammenhang".

Ein Sprecher der Royal Air Force sagte, diese neue Erklärung sei „ziemlich dünn". Die Behörden benötigten „eine Menge mehr Beweise", ehe sie sich mit dieser Theorie näher beschäftigen könnten. So gelte weiterhin die Darstellung, daß Glenn Millers Flugzeug in schwerem Wetter über dem Kanal verschwunden sei.



Erfahrungsaustausch zweier Lastenträger

Begegnung in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan (FOTO: DPA)

Seit Geburt blind: Bundesrichter geht in Ruhestand

DW. **Karlsruhe**

Beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe trat mit dem Jahresende ein Bundesrichter in den Ruhestand, der in den 22 Jahren seiner Tätigkeit im II. Zivilsenat für seine Arbeit sehr viel mehr Zeit aufwenden mußte als seine Kollegen. Hans-Eugen Schulze, der jetzt seine richterliche Tätigkeit beendet, ist von Geburt an blind.

Der Richter in dem unter anderem für Vereins- und Gesellschaftsrecht zuständigen Senat kam fast ohne fremde Hilfe aus: Er hatte lediglich eine Vorleserin. Mit einer Blindenschrift-Maschine und Kassettenrekordern konnte er alle Vorgänge erfassen, umsetzen, in Blindenschrift niederschreiben und später seine Urteilsentwürfe formulieren. Schulze legte sich im Laufe der Zeit in Blindenschrift ein umfangreiches Archiv und Karteien an, die es ihm jederzeit möglich machten, auf frühere Urteile seines Senats zurückzugreifen.

In seiner Jugend war der heute 63jährige Richter Stuhl- und Mattenflechter. Nach einer Ausbildung zum Stenotypisten und Telefonisten und einigen Jahren Tätigkeit als Justizangestellter machte er an der Blindenstudienanstalt in Marburg sein Abitur und studierte dann Jura. Beide juristische Staatsexamen legte er mit Auszeichnung ab. Seine Richterlaufbahn begann er in Bochum; 1963 wurde er zum Mitglied des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe gewählt.

Für den blinden Richter ist der Abschied vom Amt gleichzeitig Startschuß für eine noch umfangreichere Tätigkeit in der Blindenarbeit. Schulze, der seit Jahren im Vorstand der Christoffel-Blindenmission in Bensheim (Bergstraße) mitarbeitet, will seine Tätigkeit für blinde Mitbürger in der Bundesrepublik, noch mehr aber in den Entwicklungsländern, intensivieren.

„Mary Lou" machte Ricky Nelson zum Teenager-Idol

Rockstar der 50er Jahre starb bei Flugzeugabsturz

DW. **De Kalb/Texas**

Der amerikanische Rock- und Country-Sänger Ricky Nelson (45), ein Teenager-Idol der 50er Jahre, ist an Silvester bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Die Maschine war auf dem Weg nach Dallas (Texas). Zusammen mit ihm starben die fünf Mitglieder seiner Band und seine 27jährige Freundin Helen Blair. Nur der Pilot und der Kopilot der Douglas DC-3 konnten mit zum Teil schweren Brandverletzungen geborgen werden.

Nach Angaben der Behörden hatte die zweimotorige Chartermaschine aus noch ungeklärtem Grund Feuer gefangen, stürzte über einem Waldgelände in der Nähe der texanischen Stadt De Kalb ab und explodierte am Boden. Die Maschine war auf dem Flug von Guntersville (Alabama) nach Dallas, wo Ricky Nelson ein Silvesterkonzert geben wollte.



Mit seiner Band in den Tod geflogen: Ricky Nelson FOTO: AP

Nelson gehörte zu den zahlreichen amerikanischen Entertainern, die durch das Fernsehen berühmt wurden. Der Rocker wurde am 8. Mai 1940 in Teaneck (New Jersey) als Eric Hilliard „Ricky" Nelson geboren. Seine Glanzzeit hatte er in den 50er und 60er Jahren, als er als 12jähriger durch Songs in Fernsehserien bekannt und schließlich zu einem Star des Rock'n'Roll wurde.

In der populären Unterhaltungsserie „The Adventures of Ozzie and Harriet", die von 1952 bis 1966 lief, war er nacheinander ein zwölfjähriger Darsteller mit Bürstenhaarschnitt, ein singendes Teenager-Idol und zuletzt ein 25 Jahre alter Ehemann.

Die größten Hits des gutaussehenden Sängers waren „Hello, Mary Lou", „Poor Little Fool", „I'm walking" und „Travelin' Man". Auch in mehreren Filmen, darunter „Rio Bravo" mit John Wayne (1958), „Story of Love" (1953) und „Love and Kisses" (1965), spielte er mit.

Später wurde es in den Medien ruhiger um das einstige Rock-Idol. Auf Tourneen durch die USA füllte Ricky Nelson mit seinen alten und neueren Liedern mit Country-Einschlag aber immer noch die Säle. Der Sänger war nach einem Comeback 1973 mit dem Song „Garden Party", den er zusammen mit seiner Country-Rockgruppe „Stone Canyon Band" aufgenommen hatte, wieder etwas ins Geschäft gekommen.

Sein letztes Konzert hatte er am Montag abend in Guntersville gegeben. Die geplante Vorstellung in Dallas am Silvesterabend wurde nach Auskunft der Veranstalter nicht abgesagt, sondern zu einem „Gedenkabend für Ricky Nelson" umgestaltet. Er war seit 1963 verheiratet und hinterläßt Frau und vier Kinder.

Silvester-Eiswein: Mostgewicht von 170 Grad Öchsle

DW. **Bensheim/Mainz**

Eine besondere Wein-Rarität, der „Silvester-Eiswein", ist jetzt erstmals im Anbaugebiet Bergstraße gelesen worden. Bei einer Außentemperatur von minus zehn Grad ernteten 20 Leserinnen und Leser der Hessischen Staatsweingüter am frühen Silvestermorgen 75 Zentner gefrorene Rieslingtrauben der Lage „Heppenheimer Centgericht". Sie erbringen rund 400 Liter Eiswein mit einem Spitzenmostgewicht mit 170 Grad Öchsle.

Der 1985er Eiswein wird nach Angaben der Staatsweingüter eine besonders hohe Qualität aufweisen, weil die Trauben eine vorzügliche Reife aufwiesen und sich bis zur Lese sehr gut am Rebstock gehalten hatten. Eiswein muß mindestens 125 Grad Öchsle Mostgewicht haben.

Der bisher früheste Lesetermin für diese Spezialität, die erst ab minus sieben Grad eingebracht werden kann, war an der Bergstraße 1983 am 15. November, kurz nach der Hauptlese. Der bislang „späteste" Eiswein wurde in diesem Anbaugebiet am 16. Februar registriert, als am Aschermittwoch ein „1982er" gelesen wurde. Eisweine der Hessischen Staatsweingüter haben auf Versteigerungen während der letzten Jahre Spitzenpreise zwischen 170 und 420 Mark je Flasche erzielt.

Auch im rheinhessischen Horrweiler (Kreis Mainz-Bingen) wurde am Silvestermorgen bei Temperaturen von neun Grad unter dem Gefrierpunkt Eiswein gelesen. Rund 40 Helfer von fünf Weinanbaubetrieben waren noch vor Sonnenaufgang am Werke und ernteten im Schnee Trauben der Rebsorte Sylvaner und Ruländer. Das Mostgewicht der Ernte – sie soll mehrere hundert Liter Eiswein ergeben – wurde mit mehr als 160 Grad Öchsle angegeben.

Friedlichster Jahreswechsel seit langem

dpa, **Hamburg**

Das Jahr 1986 begann in der Bundesrepublik Deutschland mit der friedlichsten Silvesternacht seit langem. Weniger Menschen als in den Jahren zuvor wurden bei der Silvesterknallerei verletzt, für die die Bundesbürger wieder rund 100 Millionen Mark verpulverten. Die Polizei verzeichnete auch vielfach – wie etwa in Hannover – weniger Trunkenheitsfahrten als in den vergangenen Silvesternächten. Beim folgenschwersten Verkehrsunfall zum Jahreswechsel wurden vier Menschen getötet und zwei schwer verletzt: Ein Geisterfahrer war am frühen Neujahrsmorgen bei Köln mit einem vollbesetzten Personenwagen zusammengestoßen. Drei Tote und zwei Verletzte forderte ein Unfall am Silvesterabend im Landkreis Mühldorf/Inn, als ein Münchner mit seinem Wagen auf die Gegenfahrbahn geriet und mit einem Personenwagen zusammenstieß. Ein Mann starb, als in seinem Wagen selbstgemischter Sprengstoff explodierte. Mehrere Brände richteten Millionenschäden an.

Kälteste Nacht

dpa, **Hamburg**

Die klare Silvesternacht war nach Angaben von Meteorologen die bisher kälteste dieses Winters. Besonders harter Frost herrschte mit Temperaturen bis zu minus 16 Grad an der Bergstraße und in der Pfalz. In den Hochtälern des Rothaargebirges sanken die Temperaturen auf minus 14 Grad. Auch in Baden-Württemberg und in Unterfranken war es mit minus 13 Grad bitter kalt. Bis zum Wochenende soll der Winter nach Ansicht der Meteorologen seine Herrschaft festigen. Für Norddeutschland sagten sie für die kommende Nacht Schneefall mit Sturm voraus. Über Frost statt Schnee klagten gestern Wintersportler vor allem in den Alpen. Für ideale Skiabfahrten war die Schneedecke immer noch nicht dick genug. Über Bilderbuchwetter freuten sich hingegen die Berliner: Von fast wolkenlosem Himmel schien die Sonne auf eine sieben Zentimeter dicke Schneedecke.

Keine Kostenübernahme

AP, **Kassel**

Krankenkassen müssen nur die Kosten eines Krankenhausaufenthalts übernehmen, wenn die Behandlung in der Klinik erforderlich ist, um Krankheiten zu heilen, den Gesundheitszustand zu bessern oder eine Verschlimmerung der Krankheit zu verhüten. Für reine Pflegefälle brauchen die Kassen nicht zu zahlen. Das entschied das Bundessozialgericht in Kassel. (Az.: 3 RK 33/84)

Späte Rückgabe

AP, **Harrisburg**

Eine bibliophile Kostbarkeit, die möglicherweise vor über 160 Jahren ausgeliehen wurde, hat in die Staatsbibliothek Harrisburg im US-Staat Pennsylvania zurückgefunden. Eine 328 Jahre alte, ledergebundene Sammlung britischer Gesetzestexte aus den Jahren 1656 und 1657 lag, eingehüllt in einem Umschlag, jetzt im Einwurfkasten der Bücherei. Es handelt sich um „Tounsend's Collection", erschienen 1657, lange bevor sich die amerikanischen Kolonien die Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpften.

Schreckens-Bilanz

SAD, **London**

Flug- und Versicherungsexperten in der Londoner City haben die negative Rekordbilanz über das verlustreichste Jahr in der Geschichte der Zivilluftfahrt gezogen. 1985 sind bei Flugzeugunglücken insgesamt 1915 Menschen umgekommen – mehr als in jedem anderen Jahr zuvor. Bei Jet-Unfällen verloren 1533 Passagiere und 89 Besatzungsmitglieder ihr Leben.

4,8 Milliarden Menschen

AP, **New York**

Die Weltbevölkerung hat einer zur Jahreswende veröffentlichten UNO-Statistik zufolge von Mitte 1984 bis Mitte 1985 um 79 Millionen zugenommen und belief sich damit auf 4,842 Milliarden. Das war eine Steigerung um 1,7 Prozent. Der geringste Zuwachs wurde mit 0,4 Prozent in Europa verzeichnet, das 492 Millionen Menschen zählte. Nicht in dieser Zahl enthalten ist die Bevölkerung der gesamten Sowjetunion (europäischer und asiatischer Teil), die um 0,7 Prozent auf 278 Millionen zunahm. In Asien (ohne sowjetisches Territorium) stieg die Bevölkerungszahl um 1,7 Prozent auf 2,824 Milliarden. Einen wesentlich höheren Zuwachs gab es mit drei Prozent in Afrika, wo Mitte 1985 rund 553 Millionen Menschen lebten. Die Bevölkerung Nord- und Mittelamerikas stieg um 1,5 Prozent auf 401 Millionen, die Südamerikas um 2,3 Prozent auf 269 Millionen.

LEUTE HEUTE

Peinlicher Irrtum

In das neue Aufklärungsbuch der amerikanischen Sexologin **Ruth Westheimer** hat sich ein peinlicher Fehler eingeschlichen, der Leserinnen zu einer ungewollten Schwangerschaft verhelfen könnte. Es sei „sicher", in der Woche des Eisprungs und der Woche davor Geschlechtsverkehr zu haben, heißt es in dem Buch „First Love: A Young People's Guide to Sexual Information". Richtig ist das Gegenteil. Nachdem der Irrtum bemerkt worden war, rief der Verlag die gesamte Auflage zurück.

Zu heiße Rhythmen

Stumm ist der Lokale Rundfunksender „Radio frequence Loire" im mittelfranzösischen Saint-Chamond ins Neue Jahr gegangen. Der Pfarrer **Claude Dumas** einer benachbarten Gemeinde hatte der auf seinem Kirchturm installierten Antenne den Strom abgedreht. Der sozialistenfreundliche Sender und der zur bürgerlichen Opposition stehende Geistliche hatten bis Weihnachten friedlich zusammengelebt. Dann warf der Pfarrer dem Sender vor, seine Mitternachtsmette absichtlich mit Verspätung übertragen zu haben. Weiter klagte er, daß durch Interferenzen zwischen der Sendeantenne und der kircheneigenen Lautsprecheranlage des öfteren kirchenfremde Rockrhythmen seine Predigt störten.

Spurlos verschwunden

Von dem am Montag in Bilbao entführten Geschäftsführer des spanischen Fußballklubs Athletic Bilbao, **Juan Pedro Guzman**, fehlt bisher jede Spur. Nach Auskunft der Familie gab es noch keine Nachricht von den Entführern. Der 43jährige befand sich in einem Lokal, das er verließ, als er von Unbekannten herausgerufen wurde. Er hatte vor drei Jahren Drohbriefe der baskischen ETA erhalten.

WETTER: Schnee, im Westen Regen

Lage: Ausläufer eines Sturmtiefs bei Irland führen mildere Meeresluft nach Deutschland. Der äußerste Norden wird weiterhin von Kaltluft beeinflußt.

Vorhersage für Donnerstag: Im Westen und Südwesten Niederschläge in Regen übergehend. Höchsttemperaturen im Westen und Südwesten zwischen null und plus 4, sonst zwischen minus 4 und minus 1 Grad. Nächtliche Tiefstwerte im Westen und Süden um plus 2, sonst minus 2 bis minus 6 Grad. Mäßiger, zeitweise böig auffrischender Südostwind.

Weitere Aussichten: Stark bewölkt mit weiteren Niederschlägen, im Norden und Osten als Schnee, sonst als Regen.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.27 Uhr*, Untergang: 16.26 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr*, Untergang: 11.59 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 2. Jan., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum; T Tiefdruckzentrum; wolkenlos; heiter; halb bedeckt; wolkig; bedeckt; Windstille; Nordwind 10 km/h; Ostwind 20 km/h; Südwind 30 km/h; Westwind 40 km/h; Nebel; Nieseln; Regen; Schnee; Schauer; Gewitter; Niederschlagsgebiet; Temperaturen in °C; Warmfront; Okklusion; Kaltfront am Boden; Kaltfront in der Höhe; Luftströmung warm; Luftströmung kalt; Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	-10	he
Bielefeld	-5	bw
Braunlage	-8	bw
Bremen	-4	bw
Dortmund	-5	bw
Dresden	-8	wl
Düsseldorf	-4	bw
Erfurt	-9	Ne
Essen	-5	bw
Feldberg/S.	-11	he
Flensburg	-6	bd
Frankfurt/M.	-6	bd
Freiburg	-3	he
Garmisch	-3	bd
Greifswald	-6	bw
Hamburg	-6	bw
Hannover	-5	bw
Kahler Asten	-11	bd
Kassel	-6	bd
Kempten	-4	bw
Kiel	-5	bw
Koblenz	-5	bw
Köln-Bonn	-4	bw
Konstanz	-3	bd
Leipzig	-7	he
List/Sylt	-2	bd
Lübeck	-7	he
Mannheim	-4	he
München	-6	S
Münster	-6	bw
Norderney	-4	bw
Nürnberg	-4	S
Oberstdorf	-2	bw
Passau	-4	S
Saarbrücken	-7	bd
Stuttgart	-4	S
Trier	-7	S
Zugspitze	-16	bw
Ausland:		
Algier	15	bw
Amsterdam	-2	bd
Athen	15	bd
Barcelona	12	bw
Belgrad	0	bd
Bordeaux	5	R
Bozen	3	Sr
Brüssel	-2	bd
Budapest	-2	bd
Bukarest	0	bd
Casablanca	15	bw
Dublin	6	bw
Dubrovnik	11	bw
Edinburgh	3	bw
Faro	15	bw
Florenz	6	R
Genf	-2	bw
Helsinki	-6	he
Hongkong	15	wl
Innsbruck	-2	S
Istanbul	17	bw
Kairo	25	bw
Klagenfurt	-2	bw
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	-1	bw
Korfu	14	bw
Las Palmas	19	he
Leningrad	-6	S
Lissabon	16	bw
Locarno	2	bd
London	5	bw
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	-9	bd
Madrid	11	bw
Mailand	3	Sp
Malaga	16	bw
Mallorca	14	bw
Moskau	-9	he
Neapel	12	R
New York	2	he
Nizza	11	he
Oslo	-11	he
Ostende	-2	wl
Palermo	11	bw
Paris	-2	Ne
Peking	-1	he
Prag	-7	he
Rhodos	17	bd
Rom	11	he
Salzburg	-8	S
Singapur	30	bw
Split	10	he
Stockholm	-15	he
Straßburg	-3	bw
Tel Aviv	22	he
Tokio	10	R
Tunis	13	bw
Valencia	13	bw
Varna	2	bd
Venedig	5	bw
Warschau	-10	S
Wien	-5	S
Zürich	-2	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Luise, die Wildsau, als Star in der Oper

E. REVERMANN, **Hannover**

Wohl kein Angestellter im öffentlichen Dienst ist Silvester so gefeiert worden wie Luise. Als Stargast beim Gala-Abend in der Oper Hannovers lag dieser Wildsau aus den Reihen der Polizei die Prominenz zu Füßen. Umgeben von Ballett und Opernchor („Ach Luise, keine Wildsau ist wie diese") durfte die vierbeinige Rauschgiftfahnderin in der Operetten-Pause beweisen, daß sie nach Abschluß ihrer „Azubi"-Zeit am Silvesterabend zu recht die erste verbeamtete Sau der Welt ist.

Mit Kleeblatt-Schmuck und besonders gebürsteten Borsten grunzte die 18 Monate alte Sau vorbei an eleganten Abendroben, um auf der Bühne Schnüffelkunst der Sonderklasse zu demonstrieren: In Koffern verstecktes Rauschgift – dafür hatte Luise den absolut richtigen Riecher. Und als ihrem ständigen Begleiter, dem schon pensionierten Polizeihund „Bill", die geschenkte Wurst aus dem Maul fiel, zeigte Luise, wie man bei öffentlichen Angeboten zum persönlichen Eigennutz zuschnappen kann.

Mit dem Gala-Auftritt dürfte sich jetzt wohl langsam auch der politische Wirbel um Luise legen. Als Polizeihauptwachtmeister Werner Franke als Ausbilder von Rauschgifthunden vor Jahresfrist fand, zum Stoff-Schnüffeln eigne sich ein Schwein vielleicht gar besser, kam Unmut in Amtsstuben auf: Ein Schwein in den Reihen der Polizei sei zu suspekt und schade dem Beamten-Image. Wie im Schweinsgalopp fand man auch prompt Paragraphen, die beispielsweise Futterkosten wohl für Polizeipferde oder Diensthunde erlaubte, nicht aber expressis verbis auch für eine Sau im Dienst.

Dabei hatten die feinen Beamten allerdings die Rechnung ohne Landesvater Ernst Albrecht gemacht: Der Ministerpräsident protegierte höchstpersönlich das in Hildesheim stationierte Polizei-Schwein. Bis Jahresende sollte ein – wie es sich für Beamte gehört – „Erfahrungsbericht für die Azubi-Zeit" erstellt werden, was nun auch passierte und Luise, das Schwein, mit Beginn des Neujahrsmorgens in den hohen Beamtenstand erhob.

Ab heute darf Luise nun auch offiziell an der Front eingesetzt werden, auch beim Aufspüren von Sprengstoff. Vor allem Spezialisten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden sind scharf auf Luise: Schnüffelt diese Sau doch besonders gern im allertiefsten Dreck, wo Hunde und Polizisten nur die Nase rümpfen. Luise tut das alles für ein Bonbon...



Sauerei auf der Opernbühne: Polizeischwein Luise in Aktion

FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

ZU GUTER LETZT

Die Serbin Ema Begovic war noch nie krank und noch nie beim Arzt. Die 119jährige muß allerdings, wie sie der Zeitung „Vecernje Novosti" gestand, jetzt bald einmal zum Zahnarzt".